Nr. 99.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6469.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

8. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 6, Nr. 4106.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 30. April 1891. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Abonnements-Einladung.

Für die Monate Mai und Juni eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

Vorwärts
Berliner Volksblatt
mit dem
„Sonntagsblatt"
als **Gratisbeilage.**

Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungsspediteure, sowie **unsere Expedition, Beuthstr. 3,** Bestellungen zum Preise von **1 Mark 10 Pf.** monatlich, **frei ins Haus,** entgegen.

Für außerhalb nehmen sämmtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von **2 Mark 20 Pf.** für die Monate Mai und Juni entgegen.

Die Redaktion und Expedition des
„Vorwärts" Berliner Volksblatt.

Rudolph Meyer über die Kornzölle.

II.

Die Agrarier brauchten ihre Zölle, und sie einigten sich mit den Industriellen über den Zolltarif, der die „Aera des wirthschaftlichen Aufschwungs" so stimmungsvoll einleitete. Beide Parteien vertrugen sich über die systematische Schafschur, mobiles Kapital und Grundbesitz gingen Hand in Hand.

Meyer zeigt nun in seinem Aufsatz — und seine Beweisführung ist so schlüssig wie elegant —, daß der Nutzen der Kornzölle ziemlich im gleichen Verhältniß mit der Größe des landwirthschaftlichen Betriebes wächst. Ein Bauer, der 10 Hektare mit Korn bebaut, verkauft 10 pCt. der Ernte, 10 Doppelzentner = 50 M. Gewinn, der Gutsbesitzer mit 1000 Hektar Getreideland 80 pCt. der Ernte, also 8 Doppelzentner pro Hektar = 8000 Doppelzentner = 5 × 8000 gleich 40 000 M. Zollprofit. Die Junker, die Jahrhunderte Bauern gelegt haben — wir haben kürzlich eingehend geschildert, wie es gemacht wurde —, sind auch heute eifrig beschäftigt, die bäuerlichen Wirthschaften zu legen. Mit allen Mitteln drängt man die Kleinbauern von ihren Hufen, kauft sie aus und arrondirt sein Besitzthum. So führt Meyer einen charakteristischen Fall an: in der Stettiner Gegend grenzte an ein Rittergut ein Bauerndorf. Der biedere Junker kaufte 15 von den 16 Bauern aus, und von noch mehr Köthern blieben 2 im Besitz. Dies alles geschah diesseits 1848. Aber wie der Junker den Bauern, so frißt der große Adel den kleinen Adel auf. Graf Redern, der in der Mark Brandenburg 2¾ Quadratmeilen, Graf Arnim-Boitzenburg, der in der besten Gegend der Uckermark 2½ Quadratmeilen, Fürst Pleß, der 26 Quadratmeilen besitzt, sind Beispiele für diese Konzentrationstendenz des landwirthschaftlichen Großkapitals. Der Graf Redern fing als mäßig begüterter Mann seine „Wirksamkeit" an, als er starb, nannte er hundert Rittergüter sein Eigen. Der Großgrundbesitz ist es, der den Zollprofit in seine Tasche steckt. „Von den Holzzöllen, den Zucker- und Spiritusprämien haben nur einige hundert große Grundbesitzer Nutzen", sagt Meyer beiläufig.

Die Schutzzoll-Gesetzgebung ruinirte den blühenden deutschen Getreidehandel von Memel bis Lübeck, der für Tausende von Arbeitern Beschäftigung bot, ein Erbstück der Hansa. Deutschland war von je ein Entrepôt, eine Niederlage für polnisches und russisches Getreide, das hier mit deutschem Getreide gemischt und zum Theil weiter nach Westen geführt wurde. Jetzt besorgen die Russen von Libau, Petersburg, Riga Dank Bismarck die Ausfuhr direkt. Zahlen beweisen! Im Jahre 1878 vor dem ersten Kornzoll hatte der auswärtige Kornhandel Deutschlands noch einen Werth von 1094 Mill. M., wovon 378 Mill. an Export. Die Mehreinfuhr war 338 Millionen werth. Nach der ersten Erhöhung sinkt der Gesammtverkauf auf 450 Millionen, wovon nur noch 51 Millionen auf die Ausfuhr trafen. Im Jahre 1889 betrugen die betr. Zahlen 413 und 35 Millionen.

Bismarck, der den bekannten Brief des Herrn von Thüngen zu Gunsten der Kornzölle vom April 1879 so freudig begrüßt und die süd- und mitteldeutschen Regierungen denunzirt hatte, daß sie blos 30 Pf. für den Zentner Kornzoll zugestehen wollten, hatte bekanntlich mit der ihm eigenen Kühnheit im Behaupten erklärt, daß wir genug Getreide bauten, das Ausland also nicht brauchten. Nun hat im Jahre 1877/78, was der damalige Kanzler hätte wissen sollen und wissen können, Deutschland 79 Millionen Doppelzentner Getreide im Gesammtwerth von 1600 Millionen Mark mehr ein- als ausgeführt. Und die Anbaufläche für Roggen, Weizen, Spelz, die 1878/80 8 181 000 Hektar betrug, fiel 1881/85 auf 8 120 000 Hektar, und betrug 1889 nur 8 124 000 Hektar. Es wird also heute weniger Land für Brotkorn angebaut, als vor den Schutzzöllen. Auch der Ernte-Ertrag ist gesunken. Er betrug im Jahresdurchschnitt für Weizen und Roggen

1878/80:	87 000 000	Doppelzentner
1888 u. 89:	84 000 000	„

Der Gesammtertrag von Weizen, Spelz, Roggen, Hafer, Buchweizen ergab

1878/80:	155 000 000	Doppelzentner
1881/85:	145 000 000	„
1888/89:	148 000 000	„

Und dabei ist die Bevölkerung seit 1879 um 10 bis 12 pCt. gestiegen. Das Ausland lieferte 1872/74 für 148, 1875/79 für 291, 1880/84 für 276, 1890 für 244 Millionen Mark Zerealien.

Der Konsum fiel, die Massen mußten den Verbrauch ihres Hauptnahrungsmittels einschränken, die Kartoffel trat an die Stelle des Brotes. Nach Juraschek trafen auf den Kopf an Brotgetreide (Weizen, Spelz, Roggen):

1880—1885 . . .	184,97	Kilogramm.
1886—1890 . . .	176,08	„
Im Jahre 1889/90	162,85	„

Und doch sollten nach Bismarck Getreide und Brot nicht theurer werden durch die Zölle. „Und Bismarck," sagt Meyer mit blutigem Hohne, „ist ein ehrenwerther Mann," — das war wenigstens die Ansicht der deutschen Staatsanwälte durch ein Vierteljahrhundert."

Meyer weist nun darauf hin, daß die Hoffnungen, welche der Großgrundbesitz auf die Zölle gesetzt, nicht erfüllt worden seien. Der Erntewerth betrug 1879: 2440 Millionen Mark, 1884: 2113, 1886: 2316, 1887: 2172, 1888: 2224, 1889: 2287 Millionen Mark. Die Kornzölle haben aber die sonst naturgemäß eintretende Senkung des Getreidepreises künstlich gehindert. Belgien, Holland, England bestehen ohne Schutzzoll, und der Großgrundbesitz befindet sich gut dabei, obwohl Erntewerth und Getreidepreis fast stetig gefallen sind. In Belgien kostete der Doppelzentner Roggen

1860	21,36	Franks
1870	21,10	„
1880	22,24	„
1885	15,79	„
1887	13,42	„
1888	13,81	„

In England, das bekanntlich bis 1846 Getreidezölle gehabt hat, zeigt sich in der Preisbewegung der Einfluß des Tarifs deutlich. Im Jahre 1860 kostete 1 Quarter (216 Kilogramm) Weizen 113 Schilling 10 Pence, 1889: 29 Schilling 9 Pence. Der Doppelzentner kostete also 1800: 53 M., 1889: 14 M.

Die deutsche Zollpolitik half den Engländern das Brot verbilligen. Das fremde Getreide ergoß sich über den englischen Markt, abgehalten von Deutschland durch den hohen Tarif. Man urtheile selber! Der Quarter Weizen kostete in England

1883	41 Schilling	7 Pence
Erhöhung des deutschen Brotzolls von 1 auf 3 Mark.		
1884	35 Schilling	9 Pence
1885	32 „	10 „
1886	31 „	1 „
1887	32 „	6 „
Erhöhung des deutschen Zolls von 3 auf 5 M.		
1888	31 Schilling	11 Pence
1885	29 „	9 „

Das heißt: in Deutschland kostete der Doppelzentner Weizen 1889: 18,78 M., in England 14 M. Der Konsum an Weizenbrot, Roggen- und Haferbrot nicht mitgerechnet, betrug 1889/90 in England 158 Kilogramm.

Rußland ist ein gutes Beispiel dafür, daß die Landwirthschaft nicht bei sinkenden Getreidepreisen zu Grunde geht, wie die deutschen Agrarier behaupten. Es kostete in den russischen Haupthäfen in Metallkopeken ein Pud (zu 16,38 Kilogramm):

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [48

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol
von Robert Saweichel.

Stasi warf ihm für das ehrenvolle Zeugniß, das er dem Schmied ausstellte, einen freundlichen Blick zu; er fuhr, ihr zunickend, fort: „Die Gemeinde muß ihm den Schaden ersetzen und da der Klosterbauer daran Schuld ist, so werd' ich in der Gemeind' darauf antragen, daß er mehr als die Andern zahle. Das hat sich das Gesindel wohl nicht träumen lassen, daß es mit seinen Steinwürfen den Lechner und die Lisei vor den Altar treiben würde", schloß er lachend.

Auch die Andern lachten und Afra forderte Stasi auf, in Erwartung Lisei's ihre Wirthschaft sich anzusehen.

„Laß sie nur gehen", scherzte der Müller zu Ambros. „Die müssen jetzt ihre Herzen gegeneinander ausschütten über ihr Kochen und ihren Putz und über ihre Männer. Na, geht nur nicht zu hart mit uns in's Gericht."

„Jetzt hör' Einer wie eitel die sind," lachte Afra über die Schulter zurück. „Als ob wir Frauen von nichts Besserem zu reden hätten, als von Euch."

Der Müller drückte gegen Ambros das eine Auge halb zu und winkte mit dem Kopfe vergnügt nach den beiden jungen Frauen hin.

Stasi fand in der Mühle manches zu bewundern. Die ganze Einrichtung zeugte von Wohlstand und als Afra in der Schlafstube zuletzt ihre Kleidertruhe öffnete und ihren Putz vorwies, seufzte Stasi unwillkürlich. Sie beneidete Afra nicht. Der Seufzer galt Ambros. Die guten und schönen Sachen, die sie sah, gaben ihr erst eine klare Vorstellung von dem, was Ambros entbehrte, und sie dachte sich, daß auf dem Klosterhofe alles gewiß noch viel schöner und reicher wäre.

„Ach, glaub's mir nur, der Reichthum macht nicht glücklich", rief Afra. „Du bist viel, viel glücklicher als ich. Du liebst Deinen Mann und er liebt Dich."

Stasi erröthete, schwieg aber; denn von ihren Herzensangelegenheiten vermochte sie nicht zu reden. Sie liebte Ambros mehr als je. Seitdem sie wußte, was ihn drückte, war ihre Liebe ja das Einzige, womit sie seiner Aufopferung aller Herrlichkeit um ihretwillen einigermaßen vergelten konnte. Darum ertrug sie auch hingebend sein unwirsches Wesen und die Ausbrüche seiner Heftigkeit. Sie litt vielmehr um ihn, als durch ihn und immer noch durchbrach seine Liebe zu ihr wieder die Wolken, die sie oft genug verhüllten.

Afra warf ein rothseidenes Gürtelband, das sie eben in der Hand hielt, mit einer verächtlichen Bewegung in den Kasten und nun seufzte sie.

Da fragte Stasi sanft: „Liebst Du denn Deinen Mann nicht? Er scheint doch ein so guter Mann zu sein?"

„O gewiß," rief Afra verwirrt, „aber — aber die Männer machen es Einem oft so schwer, sie lieb zu haben. Das wirst Du auch schon erfahren haben."

Stasi schüttelte den Kopf. War in ihrem Verhältnisse Jemand anzuklagen, so war es nach ihrer Ueberzeugung nicht Ambros, sondern sie selbst. Sie versetzte: „Wenn es so ist, wie Du sagst, dann ist's wohl unsere eigene Schuld."

„O, Du bist gut," rief Afra, die vor ihrer Truhe kniete und stand auf. „Wenn ich doch auch so gut wäre!" Sie umarmte Stasi leidenschaftlich und dann rief sie, ihr Gesicht an deren Schulter verbergend: „Er ist ein alter Mann!"

„Ach, du mein himmlischer Herrgott!" stammelte Stasi erschüttert.

„Er ist ja gut, so gut," schluchzte Afra, „aber ich bin noch so jung!"

Stasi drückte sie voll Mitleid inniger an sich.

„Ich wollt', ich wäre häßlich wie die Nacht; dann hätt' er mich nicht geheirathet," rief Afra heftig, indem sie sich aus Stasi's Armen aufrichtete. „Dann wär' ich frei!" Da begegnete ihr Auge den mitleidigen Blicken Stasi's und sie stockte und ward feuerroth. Stürmischer noch als vorher umschlang sie Stasi. Dann entnahm sie der Kleiderlade ein Kästchen, das ihren Schmuck enthielt, und diesem ein silbernes Kreuz an einem Kettlein und hing es Stasi, ehe diese sich dagegen wehren konnte, um den Hals. Stasi möchte es doch ja annehmen, bat sie und küßte die Verlegene; es wäre ja an sich ganz werthlos. Daß es ein Geschenk des Müllers zu ihrer Firmelung war, erwähnte sie nicht. Vielleicht dachte sie in diesem Augenblicke auch nicht daran.

Einige Minuten später kehrten Beide in die Wohnstube zurück. Der Müller forderte Stasi mit scheinbar ernster Miene auf, sie möchte ihm Bericht über ihre Inspektion abstatten, und ihm nur ungeschont die Wahrheit sagen, denn er wüßte schon, daß seine Frau von der Wirthschaft

	Weizen	Roggen
1857/61 ...	82,51	54,5
1862/66 ...	73,8	58,1
1867/71 ...	90,7	69,3
1872/76 ...	98,9	64,0
1877/81 ...	89,6	65,6
1882/85 ...	71,9	57,0
1885/88 ...	61,6	44,1

Trotz des starken Falls der Getreidepreise ist der Export von Zerealien und Hülsenfrüchten von 29 Millionen Hektoliter im Werthe von 254 Millionen Goldrubel in 1866—70 auf 50 Millionen Hektoliter im Werthe von 516 Millionen Goldrubel in 1881 und auf 133 Millionen Hektoliter im Werthe von 796 Millionen in 1888 gestiegen. Das Hektoliter kam im Durchschnitt 1866—70 auf 8,7, 1888 auf 6 Mark.

Diese Thatsachen sind bemerkenswerth genug; wer hören **will**, muß ihre Sprache verstehen.

III.

Wem nützt der Kornzoll? Hülfe er den Bauern, sagt Meyer, dann wäre er längst in der Schweiz eingeführt, wo das Bauerthum dominirt. In der Schweiz beträgt übrigens der Brotverbrauch 268 Kilogramm Brot (meist Weizenbrot), also über 100 Kilogramm mehr als in Deutschland! Die Schweiz ist aber auch ein wildes Land.

Meyer hatte schon 1874/75, als seine Parteigenossen Kornzölle forderten, ihnen klar gemacht, daß dies den Gegensatz zwischen Groß- und Kleingrundbesitz noch mehr verschärfen werde. Er befürchtet von seinem Standpunkt aus, daß die Sozialdemokratie bei ihrem Feldzug aufs Land Erfolg haben werde. Er theile nicht, sagt er, „die zur Schau getragene Sicherheit der Agrarier“.

Der Schutzzoll hat den Gesammtwerth der Zerealien gegen den Weltmarktpreis um ein Viertel erhöht, so daß die Großgrundbesitzer 500 bis 600 Millionen jährlich durch die Agrarzölle verdienen. Dauernden Nutzen aber hat, wie Meyer ausführt, blos der fideikommissarisch gebundene Besitz, oder der, bei welchem nur ein Erbe ist. Bei jedem Erbgang aber, oder bei Verkauf auf Grund der fiktiven, um 25 pCt. infolge der Zollerträge erhöhten Rente nehmen Miterben und Verkäufer ihren Antheil in Baargeld oder Hypotheken heraus, so daß bei einem Fall des Zolls die augenblicklichen Besitzer allein getroffen werden. Seit 1879 hat vielleicht ein Drittel der Grundbesitzer gewechselt, wovon die Hälfte, also ein Sechstel, bei dem Sturz der Schutzzölle zu Grunde gehen wird. Haben alle Besitzer nach etwa zwölf Jahren gewechselt, so würde die Hälfte in Verfall gerathen. Die Gefahr wächst also mit jedem Tage, den das Zollsystem noch dauert; je rascher es beseitigt wird, desto besser für die Besitzer.

Die Großgrundbesitzer haben einen Bauern nach dem anderen ausgekauft, sie haben die ansässigen Tagelöhner in den Zeiten der hohen Kornpreise als zu theuer entlassen, sie haben die Naturallöhne in Geldlöhne umgewandelt, das Land künstlich entvölkert, und mit tiefem Seelenschmerz müssen sie bei dem Zuge der ostdeutschen Landarbeiter in die westlichen Bezirke die spottschlechten Löhne um lächerlich kleine Beträge hier und da erhöhen, die erbärmliche Kost um Weniges aufbessern. Polen aber ist noch nicht verloren, es liefert Kulis, die in's Land geholt werden, um die heimischen Arbeiter zu drücken und zu ersetzen. Meyer sagt: „Diese Patrioten par excellence slavisiren Deutschland bis zur Elbe.“ In den fünfziger, den sechziger Jahren erhielt bei dem damaligen hohen Stand der Kornpreise ein Pferdeknecht in Pommern 20 bis 25, in Brandenburg bis 40 Thaler Jahreslohn. Die Kost war kläglich, Abends Häring mit Pellkartoffeln, 14 Pfund Brot im Sommer, 12 Pfund Brot im Winter, dreimal wöchentlich Fleisch zu Mittag; das Salz der Häringslake wurde oft getrocknet und zum „Würzen“ der Speisen vernutzt. Nur nichts umkommen lassen, und für die Landproletarier ist das Schlechteste gerade genug, das war und ist die Losung der Grundherren. „Dabei konnte Geld verdient werden.“ Heute beträgt der Lohn in der Mark 55, in Pommern 40 bis 55 Thlr., „die Kost ist etwas, doch nur wenig besser.“

Trotz alledem klagen die Agrarier, daß sie nicht bestehen können. Und Meyer fragt rund heraus: „Bilden sie einen unumgänglich nothwendigen und sehr nützlichen Stand?“ Das alte preußische fideikommissarische Rittergut, so führt er aus, das einen mäßigen Umfang von 1000 bis 3000 Morgen hatte, war seit dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm die Pflanzschule und der Altentheil adeliger Offiziere und Beamten. Jetzt sei ein großer Bruchtheil dieser Güter in dem Latifundienbesitz neuer Adelsfamilien verschwunden, und der Rest sei entbehrlich, seit „der Staat die Offiziere gut besoldet und pensionirt.“ Was Meyer über die Bedeutung des Latifundienwesens sagt, ist beachtenswerth; aber die Entwickelung geht auf die Konzentration auch des Grundbesitzes, auf die Durchführung des Großbetriebes und Großgrundbesitzes. Diese Entwickelung wird in eine genossenschaftliche Wirthschaftsweise ausmünden, welche den Grund und Boden in den Besitz der Gesellschaft überführt. Doch dies nur nebenbei!

Unser Gewährsmann weist des Näheren nach, daß man Deutschlands wirthschaftliche Stärke überschätze, wenn man annehme, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn allein schon genüge, die zollpolitischen Schwierigkeiten zu beheben, in welche uns die Bismarckei hineingetrieben hat. Kommt ein Vertrag mit Oesterreich zu Stande, sagt Meyer, der den Zoll auf 3,50 M. ermäßigt, so ist Frankreich zu dieser Vereinbarung nicht zu haben, weil es einen höheren Zoll haben will, die Schweiz, Belgien und Holland werden sich gleichfalls dazu nicht herbeilassen, weil sie gar keinen Zoll haben wollen. Der geträumte „mitteleuropäische Zollverein“ ist ein Schemen.

Daß Deutschland und Oesterreich isolirt nichts von Belang erreichen können, geht aus den folgenden Daten mit Schärfe hervor. Es betrug im Zeitraum 1885/89 durchschnittlich in Millionen Kilogramm:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Zusammen
Die Mehreinfuhr Deutschlands	305	530	535	167	1 538
Die Mehrausfuhr Oesterreichs	415	221	466	25	686
Das Defizit beider Resultate	—	309	69	142	—
Also Ueberschuß . .	110	—	—	—	—
Defizit	—	—	—	—	852

Ginge der ganze Ueberschuß von Getreide aus Oesterreich-Ungarn nach Deutschland, was einfach undenkbar ist, so hätten beide Reiche ein Jahresdefizit von 8½ Millionen Doppelzentnern. Oesterreich-Ungarn ist nicht im Stande, wie die obigen Ziffern klar aufweisen, den Jahresbedarf des Deutschen Reiches an fremdem Getreide zu decken, und selbst bei einer Ausdehnung und stärkeren Intensivität des Ackerbaubetriebes jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle ist in absehbarer Zeit eine **erheblich** größere Zufuhr nicht zu erwarten. Vor allem dasjenige Brotgetreide, das in der deutschen Volksernährung die erste Rolle spielt, die Grundlage des Haushalts der breiten Massen, der Roggen muß anders woher beschafft werden. Deutschland verbraucht durchgängig zwei Drittel Roggen, noch nicht ein Drittel Weizen für Brotbereitung, in Norddeutschland beträgt der Roggenbrotverbrauch sicherlich neun Zehntel des Brotkonsums überhaupt. Beide Länder aber sind in Roggen passiv, sie müssen ihn fast ganz von Rußland beziehen. Die Weizen- und Haferpreise werden vielleicht etwas sinken, nicht aber die Roggenpreise. Und zum Weizenbrotkonsum ist die breite Volksmasse nicht befähigt, weil sie zu arm ist, ganz abgesehen von der Schwierigkeit, die alte Brotart aus dem Volksgebrauch zu verdrängen.

Was für eine Bedeutung die russische Landwirthschaft für Deutschland hat, ergiebt sich klar aus einem Vergleich der russischen und der österreichischen Getreide-Einfuhr. Deutschland importirte im Jahre 1889 in 1000 Doppelzentnern:

	Weizen	Roggen	Hafer	Gerste
Aus Oesterreich-Ungarn	1344	158	93	2806
Aus Rußland	3045	**9347**	2386	3126

Wir können den russischen Roggen nicht entbehren. Die Beziehungen zwischen dem Zarenreich und Deutschland haben sich wie folgt entwickelt. Deutschland verkaufte an Rußland 1880 für 274, 1885 für 144, 1888 nur noch für 124 Millionen Rubel Waaren; die Russen exportirten nach Deutschland 1880 für 138, 1885 für 142, 1889 aber bereits für 192 Millionen Rubel.

Meyer befürchtet, daß die russische Regierung, die gegenüber den deutsch-österreichischen Abmachungen ein unheimliches Schweigen beobachte, mit dem wuchtigen Vorstoß einer Retorsionsmaßregel den Abschluß des Handelsvertrags beantworten und einen Ausfuhrzoll auf den Roggen legen werde. Dieser werde Deutschland zu einer weiteren Herabsetzung der Kornzölle nöthigen. Darauf werde Rußland den Ausfuhrzoll wieder steigern, bis die Getreidezölle in Deutschland gefallen wären. So werde eine Zeit kommen, in der der russische Finanzminister den deutschen Kornzoll beziehen und für die Ausführung der Frankensteinschen Klausel und der lex Huene das Geld fehlen werde.

Die Schlußfolgerung, die Meyer aus diesen Betrachtungen zieht, ist einleuchtend. Er wendet sich gegen die halben Maßregeln, gegen die Palliativmittelchen der Einzelanträge, gegen die Politik des Zauderns und Abwartens, die ihren Gang einrichtet nach dem Muster der Echternacher Springprozession, und was die Arbeiterpartei energisch fordert, heischt auch er. Er sagt: „Mein Votum ist **Abschaffung der Kornzölle**“. Die Wadelstrümpfe des Deutschfreisinns, wie Herr Rickert, die vor einer sofortigen Beseitigung der Agrarzölle zurückbeben und hübsch langsam, allmälig, um die theuren Junker nicht gar zu sehr zu kränken, diese schmählichste aller indirekten Steuern abbröckeln lassen wollen, diese fackeltanzlüsternen Seelen wird dieser radikale Gedanke nicht besonders erfreuen.

Was der ehrliche konservative Sozialpolitiker mit wissenschaftlicher Unbefangenheit darlegt, das ist auch die Ansicht der Arbeiterschaft. Die Kornzölle müssen fallen, so rasch wie möglich fallen, im Interesse des Volkes, mögen auch die Feudalen Zeter schreien, daß sie nicht länger diese Art Wegelagerei betreiben dürfen.

Daß ein ehrlicher konservativer Sozialpolitiker — die nationalökonomischen Strebelinge und literarischen Schaumschläger, welche heute für den Konservatismus das Wort führen, verdienen diesen Namen nicht —, die Kornzölle so scharf verurtheilt, ist eine niedliche List der geschichtlichen Entwickelung.

Rudolph Meyer aber mag sich Glück wünschen, daß er nicht unter den deutschen Junkern lebt. Ihm ist ein glücklicheres Loos gefallen. Er haust auf seiner kanadischen Farm und züchtet Schweine, was sicher für ihn ersprießlicher und erfreulicher ist, als wenn er die Perlen seines Wissens und seines Charakters vor die „Edelsten und Besten“ würfe.

Politische Uebersicht.

Berlin, 29. April.

Der Kampf um das **Staatsalmosen** an die **Zuckermagnaten** wurde heute im **Reichstag** fortgesetzt. Das Almosen in der **alten** Form will nicht mehr recht gehen — das hat die Majorität begriffen, allein sie will sich das Almosen in irgend einer andern Form erhalten. Und es ist merkwürdig, mit welcher Inbrunst die ritterlichen und unritterlichen Herrn Interessenten — Grafen, Fürsten, Freiherrn und „bürgerliche Kanaille“ in brüderlicher Harmonie — für ihr Recht auf das Staatsalmosen sich ins Zeug legen. Das Motto dieser sehr gemischten und doch so einheitlichen Gesellschaft ist das Wort aus dem „Faust“:

„Am Golde hängt,
„Nach Gold da drängt
„Doch Alles.“

Charakteristisch ist die Haltung der Regierung. Sie will mit dem Prämiensystem und den Staats-Almosen-Empfängern, welche gar mächtig sind im Deutschen Reiche, nicht endgiltig brechen und für sich eine möglichst hohe Einnahme herausschlagen. Daß sie an die Möglichkeit denkt, nach der von ihr vorgeschlagenen stufenweisen Herabsetzung der Prämien dieselben **nicht** abzuschaffen, sondern weiter zu verlängern — das wurde heute von dem Finanzsekretär von Malzahn offen, wenn auch vielleicht nicht mit Absicht erklärt.

Während die Herren Zuckerinteressenten aller Stände und verschiedenen Parteien sich krampfhaft an das Staatsalmosen festklammern, eilt das **Zentrum** der Regierung mit einem Antrag zu Hilfe, welcher ihr 18 M. Verbrauchssteuer pro Doppelzentner bietet — was den von der Regierung geforderten 22 M. ziemlich nahe kommt, und außerdem einen, dem Satz der Regierung sich nähernden Prämiensatz für die Uebergangsperiode bestimmt.

Nach längeren Debatten, in denen der sozialdemokratische Standpunkt wieder von **Ulrich** vertreten

---

nichts verstünde. Stasi tappte auch richtig in die Falle und er lachte herzlich, als sie eifrig die Vertheidigung seiner Frau übernahm. Ambros stellte unterdessen einen Vergleich an, oder der Vergleich drängte sich vielmehr ihm auf, als er die beiden jungen Frauen hereinkommen und beieinander stehend sah und sein Stolz erhielt eine neue Wunde. Es war Stasi's ärmlicher Anzug, der ihm neben Afra's schönen Kleidern peinlich auffiel; und er schämte sich, daß er Stasi nicht so zu putzen vermochte, wie es seiner Frau gebührte. Er fühlte sich gedemüthigt und Stasi verschlimmerte die Sache noch, als sie, unbeschreiblich lieblich in der Verlegenheit darüber, daß sie den Scherz des Müllers nicht gleich entdeckt hatte, zu ihm kam und ihm das Kreuz zeigte, das sie von Afra erhalten hatte. Er empfand es wie einen Stoß auf das Herz, daß man seiner Frau ein Geschenk zu machen wagte. Man hielt ihn also für einen armen Teufel, dem man ohne weiteres ein Almosen gab! Das Blut stieg ihm zu Kopf, und wer weiß, wozu er sich hätte hinreißen lassen, wenn der Müller nicht mit der Aufforderung dazwischen gekommen wäre, sich an den Tisch zu setzen. Er wollte nicht länger auf Lisei warten. Seine Frau ging und erschien mit einer riesigen braunen Kaffeekanne wieder.

Lisei folgte ihr fast unmittelbar auf dem Fuße.

„Störet Euch ja nicht“, bat sie und hatte schon ihren Mantel abgelegt, ehe Stasi, die aufgesprungen war, ihr helfen konnte. Sie küßte Stasi mit schwesterlicher Herzlichkeit und reichte dem Bruder mit einem tieferen Blick ihrer guten grauen Augen die Hand. Der Müller war unterdessen auch aufgestanden und sagte, ihre Hand schüttelnd:

„Das Beste kommt immer zuletzt!“ Er schob den Lehnstuhl aus der Ofenecke an den Tisch und drang darauf, daß Lisei diesen Ehrenplatz einnähme. Lisei aber drückte den Alten selbst mit sanfter Gewalt in den Lehnstuhl und setzte sich neben ihn.

Während einer guten Weile hörte man nur das Klappern der Tassen und Löffel. Afra schenkte fleißig ein und nöthigte zu ihrem Gebäcke. Den gesegnetsten Appetit bewies ihr Mann; gründlichst und mit sichtlichem Behagen lag er dem Geschäfte des Trinkens und Essens ob und dazwischen nickte er von Zeit zu Zeit seiner Frau zu, zum Zeichen, wie vortrefflich sie ihre Sache gemacht hätte. Lisei sprach der Hausfrau ihre Anerkennung des vorzüglichen Gebäckes aus. Es war ihr nicht anzumerken, wie schwer sie sich innerlich bedrückt fühlte. Ihre Stimme klang ruhig wie immer und ihre Mienen zeigten den gewohnten freundlichen Ernst. Sie war ja nicht gekommen, um Trost zu holen, sondern zu bringen und sie lächelte Stasi zu, wann deren Blicke den ihrigen begegneten. Es war ein ermuthigendes Lächeln; denn es entging ihr nicht, daß Stasi, wenn sie sich unbeobachtet glaubte, mit einer gewissen Aengstlichkeit nach Ambros sah, der in keineswegs heiteren Gedanken mit seinem Kaffeelöffel spielte. In Afra wirkte noch die Erregung ihres Gesprächs mit Stasi nach und der Kaffee war nicht geeignet sie herabzustimmen. Sie sprach viel und lebhaft und lachte oft, und ihre großen, schwarzen Augen hatten einen ungewöhnlichen Glanz. Wie unscheinbar nahm sich, Alles in Allem, Stasi neben ihr aus. Und Ambros fragte sich, was ihn nur bewogen hätte, um dieses unscheinbaren Wesens willen seine ganze Zukunft auf's Spiel zu setzen?

Endlich schob auch der Müller seine Tasse zurück, holte seinen Tabaksbeutel aus der Tasche und reichte ihn Ambros, damit er seine Pfeife fülle. Ambros mochte nicht rauchen. Mit langsamer Umständlichkeit stopfte sich der Alte sein Pfeifchen und nachdem er den Tabak angebrannt und behaglich einige Züge gethan, sagte er, seiner Frau einen heimlichen Wink gebend: „So, jetzt will ich mal ein Bissel nach dem Wetter ausschauen. Ihr nehmt's mir wohl nicht übel. Es ist das so meine Art.“

Ambros aber hielt ihn mit den Worten zurück: „Unseretwegen bleibet nur hier; denn was mir die Lisei zu sagen hat, das weiß ich schon.“

„Je nun, wenn ich und meine Frau Euch nicht im Wege sind, Kinder,“ sagte der Müller mit einem fragenden Blick auf Lisei, „dann wird ja wohl das Wetter draußen noch das alte sein — auch auf dem Klosterhof.“

Es war das alte, auch auf dem Klosterhofe, gestand Lisei mit einem Seufzer. Sie hatte von keiner Sinnesänderung des Vaters gegen Ambros zu berichten.

Der Müller nickte. „Heut' vor acht Tagen auf dem Kirchgang, da hab' ich ihn mir mal ordentlich vorgenommen. Hatte meine Säge ordentlich scharf gemacht und ließ alles Wasser aufs Rad, aber ein Stück Eisen hätt' ich eher durchschnitten als seinen Eigensinn.“

„Auch Wolf hat mit allen seinen Vorstellungen bei ihm nichts ausrichten können,“ seufzte Lisei.

Stasi saß bange da. Auf der Stirne ihres Mannes war die Zornader dick angeschwollen. Er ballte die Faust. Ehe er aber ein Wort sagen konnte, rief der Müller mit einer abwehrenden Handbewegung gegen ihn: „Sei still, und vergiß ihn, aber mir kann er leid thun, wie Einer, der in seiner Blindheit nicht weiß, was er verscherzt. Laß ihn! Die Stund' wird schon noch kommen, wo ihm die Augen aufgehen werden, und wenn nicht eher, so doch auf seinem Todtenbette.“

„Auf seinem Todtenbette,“ wiederholte Ambros mit einem zornigen Lachen.

„O,“ rief Stasi in Thränen ausbrechend, „und ich bin an allem Schuld!“

Lisei eilte zu ihr, legte den Arm auf ihre Schulter und drückte den Kopf der Weinenden an ihren Busen und flüsterte tröstend: „Nicht Du! nicht Du!“

Der Müller sah Ambros durchdringend an und deutete dann mit den Augen auf Stasi. Düster richteten sich Ambros' Blicke auf sie. Afra hatte die Arme unter dem Busen gekreuzt; unbeweglich saß sie und unbeweglich ruhten ihre Augen auf Ambros. Nur ihre Nasenflügel zitterten leise. Ihr Mann schüttelte den Kopf, legte die Pfeife auf den Tisch und sagte: „Wie kann die kleine Frau nur so ungeschickt reden? Natürlich ist sie Schuld an allem, und wer den Ambros kennt, der wird's ihr nicht abstreiten, ja, ja, ja! Laßt doch den Klosterbauer in Gottes Namen laufen, wenn er durchaus sein eigener Feind sein will. Was wollet Ihr, Ihr seid jung, gesund und habet einander lieb? Gelt, Ambros,“ wandte er sich zu diesem, „es ist ein großes Unglück, so eine kleine, liebe, hübsche Frau zu haben! Ja, ja, ja! So eine kleine Frau, die wie das Lamm Gottes alle Deine Sünden auf sich nimmt.

(Fortsetzung folgt.)

ward, schritt das Haus zur Abstimmung, die bei § 67 (Prämiensätze) in Bezug auf die Anträge Stolberg-Wernigerode und Otterer eine namentliche war. Ersterer Antrag, der für die „Uebergangsperiode" bis zum Jahre 1900 sehr fette Prämien fordert, wurde mit 228 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag Otterer, der niedrigere Sätze vorschlägt, stimmte nur das Zentrum geschlossen und etwa die Hälfte der Nationalliberalen. Er wurde mit 142 gegen 104 Stimmen abgelehnt. Desgleichen fiel die Fassung der Regierungsvorlage. Das gleiche Schicksal hatte der § 2, betreffend die Steuerhöhe, welcher in der Dienstags-Sitzung zurückgestellt worden war. Der Steuersatz von 18 Mark wurde (vermittelst eines Hammelsprungs) ebenso verworfen, wie alle anderen Sätze und schließlich auch die Regierungsfassung.

Somit ist die zweite Lesung im Plenum ebenso resultatlos verlaufen, wie die Verhandlungen der Kommission. In der dritten Lesung wird sich jedoch voraussichtlich eine Majorität finden, und zwar im Sinne des Zentrumsantrags — vorausgesetzt, daß es den Zuckerinteressenten nicht gelingt, Alles zu verwerfen, um so den status quo — den gegenwärtigen Zustand — zu erhalten. Wenn's gelingt, allerdings das Beste für die Herren Zuckerinteressenten.

Nächste Sitzung morgen Nachmittags 1 Uhr. Kleinere Vorlagen. Uebermorgen: Branntweinsteuer. Für Montag ist die dritte Lesung des sog. Arbeiter-Schutzgesetzes in Aussicht genommen. —

Die Nachrichten aus den Bergwerks-Bezirken lassen darauf schließen, daß der **Streik** nicht über den ursprünglichen Herd hinausgegriffen hat, und daß auch dort selbst die größere Hälfte der Bergleute sich an dem Streik nicht betheiligt und ruhig fortarbeitet. Bestätigt sich dies — und wir haben keinen Grund, an der Richtigkeit zu zweifeln —, so wäre unsere Voraussage, daß der Streik von vornherein verloren war, bereits erfüllt, und würden wir nur noch den Wunsch zu äußern haben, daß die streikenden Arbeiter dies einsehen und auf weiteres Ringen, das für sie nur verlängertes Elend bedeutet, verzichten mögen. Jedenfalls steht fest, daß die vereinzelt gebliebenen Stimmen auf der Bochumer Delegirtenversammlung recht hatten, welche davor warnten, zu glauben, die Gesammtheit der Bergleute stehe hinter den Delegirten. Die Majorität der Delegirten beurtheilte die Lage und die Stimmung entschieden falsch. Der Grund dieser sonst unbegreiflichen Täuschung ist in dem Mangel an Organisation zu suchen, der es den Führern unmöglich machte, mit den Massen genügend in Fühlung zu sein. Möge dieser Streik wenigstens das Gute haben, daß die deutschen Bergleute sich von der Nothwendigkeit einer festen Organisation überzeugen, welche die Gesammtheit umfaßt oder doch stark genug ist, sie zu leiten. —

Der gestern in Düsseldorf versammelte Ausschuß des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens richtete, angesichts der betrübenden Erscheinungen im niederrheinisch-westfälischen Kohlenrevier, telegraphisch an den Bundesrath das Gesuch, er wolle die Gewerbe-Ordnungs-Novelle ohne den in zweiter Lesung vom Reichstag abgelehnten **§ 153** für unannehmbar erklären.

Das glauben wir ganz gerne. Der Kapitalismus, dessen gewichtigste Geldsäcke in dem genannten Vereine vertreten sind, hat an keiner Gesetzesvorlage, die dem jetzt tagenden Reichstage vorgelegt würde, mehr Interesse gehabt, als an dem berüchtigten § 153 der Gewerbenovelle. Und da diese Herren die Reichsregierung für den ergebenen Diener des Kapitalismus halten, so verlangen sie, daß der § 153, der ein so schöner Ersatz für das zum Bedauern dieser Gesellschaft abgelaufene Sozialistengesetz wäre, unbedingt angenommen werde. Dagegen daß Frauen und Kinder weiter ausgebeutet werden, daß die winzigen Verbesserungen des Arbeiterschutzes zu Stande kommen, liegt ihnen nichts. Ganz im Gegentheil, sie wollen nur den zuckersüßen § 153. —

Zu dem gestern von uns beleuchteten **Briefe Moltke's** bemerkt die „Berliner Börsen-Zeitung":

Der Mann, der dies schrieb, stand im 90. Lebensjahre! Nie hat ein in der Vollkraft seiner Tage Stehender die Frage mit leuchtenderem Geiste behandelt.

Dies spricht für die tiefe Unwissenheit dieses Blattes in allen mit der Arbeiterbewegung zusammenhängenden Fragen mehr als viele Bände. —

Der „Reichs-Anzeiger schreibt:

„Vor einigen Tagen ist zu Leipzig im Selbstverlage des Verfassers ein Buch in zwei Bänden erschienen, betitelt „Eine **jüdisch-deutsche Gesandtschaft** und ihre Helfer von Karl Paasch, z. Zt. in Minden". Dieses Buch ist nach Angabe des Verfassers den deutschen Bundesfürsten, dem Bundesrath, sowie sämmtlichen parlamentarischen Vertretungen in Deutschland zugeschickt worden. Dasselbe enthält zahllose verleumderische Beleidigungen des Auswärtigen Amts und seiner Beamten, sowie derjenigen der kaiserlichen Gesandtschaft in Peking. Wenngleich der Inhalt der Schrift den Eindruck erweckt, daß der Verfasser sich in einem bedauerlich krankhaften Zustande befindet, so ist doch, um die Frage der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für die gedachte Veröffentlichung der gerichtlichen Würdigung zu unterbreiten, der zur strafgerichtlichen Verfolgung der vorliegenden Beleidigungen gesetzlich erforderliche Strafantrag von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gestellt worden."

Nun ganz schön! Auch wir wollen keine Bestrafung von Verrückten. Wir empfehlen aber der Reichsregierung, falls sie nicht einen geistig gestörten, sondern einen wirklich Schuldigen treffen will, den Verleger, den sehr klugen Geschäfts-Antisemiten Herrn Fritsch in Leipzig belangen zu lassen. —

„Bleibe im Land und nähre dich redlich!" Ein schönes Wort. Aber der Hunger thut weh, und wenn die Fremde mir Brot bietet — und „lieb' Vaterland" mich zum Hungertod verurtheilt? Vor einem halben Jahrhundert schon und mehr stellte Heine beim Anblick eines deutschen Auswanderungszuges einen Vergleich an zwischen den auswandernden Deutschen und den nicht auswandernden Franzosen, der darin gipfelte: wenn der gutmüthige Deutsche sich gedrückt fühlt, dann geht er dem Druck aus dem Weg; wenn aber der heißblütige Franzose sich gedrückt fühlt, dann beseitigt er den Druck mitsammt den Bedrückern.

Nun — die Wahl zwischen diesen beiden Methoden wird den Völkern nicht mehr lange freistehen. Die moderne Produktion hat ihren Welt-Eroberungszug so ziemlich vollendet, und es giebt thatsächlich kein Land mehr, welches dem Einwanderer günstige Aussichten des Fortkommens eröffnet. Ueberall dasselbe Schauspiel — dieselbe Ueberproduktion, dieselbe Misère. Der Arbeiter mag gehen, in welches Land er will, überall findet er den Kapitalismus, überall hin folgt ihm das Elend. Ist einmal irgendwo starke Nachfrage nach Arbeitern, so stürmen sofort in hellen Haufen Soldaten der großen Reserve-Armee herbei, und rasch ist die Lücke ausgefüllt, — mehr als ausgefüllt. „Warnen Sie ja vor der Auswanderung hierher", schreibt man uns aus den Vereinigten Staaten. „Warnen Sie ja vor Auswanderung!" schreibt man uns aus Südamerika. Und „warnen Sie ja vor der Auswanderung", schreibt man uns aus Australien.

So bleibt dem Arbeiter denn nichts übrig, als sich daheim sein Loos menschenwürdig zu gestalten. Und die Logik der Thatsachen hat so eine Lektion gelehrt, welche der theoretisirende Verstand der Meisten nicht begreifen wollte. —

In den nächsten Tagen wird ein Theil der deutschen Delegirten, nachdem die **Vertragsverhandlungen** abgeschlossen, Wien verlassen. Ein Theil bleibt dort zur Führung gemeinsamer deutsch-österreichischer Verhandlungen mit anderen Staaten. — Nunmehr ist endgiltig entschieden, daß die Vorlage des Vertrages an die Parlamente erst erfolgt, wenn die Verträge mit anderen Staaten abgeschlossen sind. —

In Frankreich wird eine **Ermäßigung der Getreidezölle** ernstlich erwogen. —

Zur Maifeier

liegt heute eine Fülle von Nachrichten wieder vor; die Behörden sind unermüdlich an der Arbeit, die Demonstration zu stören, sie unmöglich zu machen. Doch all' der Mühe Schweiß wird vergeblich vergossen sein, die Demonstration wird gelingen, sie wird jedem Unparteilichen desto großartiger erscheinen, je mehr Bourgeoisie und Behörden alles daran setzen, die Pläne der Arbeiterschaft zu durchkreuzen.

In **Dresden** verbieten die Polizeidirektion und die Amtshauptmannschaften von Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt für ihre Bezirke auch gruppenweise Ausflüge für den dritten Mai.

In **Crimmitschau** (Sachsen) wurde unserem Vertrauensmann folgender amtlicher Entscheid zugestellt:

Auf Ihr im Auftrage des Festkomitees zur Feier des 1. Mai hier eingereichtes Gesuch wird Ihnen hierdurch eröffnet, daß die unterzeichnete Behörde beschlossen hat, die Genehmigung sowohl zur Abhaltung eines Zapfenstreiches am Abend des 2. Mai l. J. wie zur Aufführung eines Umzugs am 3. Mai d. J. zu versagen, da zu einer öffentlichen Feier des genannten Tages irgend welche Veranlassung nicht vorliegt.

Aus **Braunschweig** wird telegraphirt:

Mit Ermächtigung des Staatsministeriums wurden für das ganze Herzogthum seitens der Behörden für den 1. und 3. Mai Versammlungen unter freiem Himmel, öffentliche Aufzüge sowie die Vernachlässigung der vorgeschriebenen Polizeistunde verboten.

Aus **Anhalt** geht uns Nr. 853 der Gesetzes-Sammlung für das Herzogthum Anhalt vom 28. April 1891 zu, welche eine Polizeiverordnung enthält. Die ersten zwei Paragraphen dieses staatsretterischen Erlasses lauten:

§ 1. Rothe Fahnen, deren Entfaltung als Demonstration gegen die bestehende Ordnung zu wirken bestimmt oder geeignet ist, dürfen öffentlich sichtbar weder befestigt noch geführt werden.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden — unbeschadet der Befugniß der Polizeibehörden zur Beseitigung der Fahnen im Wege unmittelbaren Zwanges — mit Geldstrafe von 15 M. bis zu 30 M., an deren Stelle im Falle des Unvermögens entsprechende Haftstrafe tritt, bestraft.

Aus **Heilbronn** (Württemberg) wird geschrieben:

Die Abhaltung eines von der sozialdemokratischen Partei geplanten Festzuges am Sonntag, den 3. Mai, wurde unterm 23. April vom Stadtpolizeiamt Heilbronn, das sich vorher vom Ministerium des Innern Weisung einholte — wie sich der Herr Polizei-Amtmann einem Vertreter der sozialdemokratischen Partei gegenüber aussprach — verboten.

Aus **Oesterreich** wird telegraphirt:

Mehrere Bezirkshauptmannschaften verschiedener Provinzen haben die für den 1. Mai beabsichtigten korporativen Kundgebungen der Arbeiter untersagt; ebenso sind die Arbeiterversammlungen behufs Feststellung des Verhaltens am 1. Mai durch die Behörden mehrfach verboten worden. Die Arbeiter vieler industrieller Etablissements beschlossen, am 1. Mai nicht zu feiern.

Besonders zahlreich sind heute die Nachrichten aus der Republik **Frankreich**.

Aus Paris liegen folgende Depeschen vor:

Die Delegirten von Roubaix, Bordeaux, Lille, Troyes, Marseille, Nantes und anderen Städten werden sich am 1. Mai 2 Uhr Mittags mit den Delegirten von Paris nach dem Palais Bourbon begeben, um die übernommenen Aufträge den öffentlichen Gewalten zu überliefern. Die Föderation wird versichern, daß in dem Kampfe um die Emanzipation der Arbeit, in welchen die Arbeiter der ganzen Welt gerathen sind, Paris wie die Departements einmüthig zusammenstehen.

Die Regierung trifft aus Anlaß der für den 1. Mai geplanten Kundgebungen umfassende Maßnahmen. Dem Vernehmen nach sind bereits für heute zahlreiche Haussuchungen und nöthigenfalls Verhaftungen von Anarchisten angeordnet, welche für revolutionäre Kundgebungen am 1. Mai agitiren. Infolge der in den letzten Tagen verbreiteten Maueranschläge, welche das Militär zur Meuterei aufforderten, sollen die Soldaten von heute bis nach dem 1. Mai in den Kasernen konsignirt bleiben.

Es werden am 30. April sehr strenge Maßregeln getroffen werden, damit das Militär nicht von den Agitatoren beeinflußt werden kann. Schon von heute ab sind die Truppen konsignirt, die Offiziere übernachten in den Kasernen.

Die Anarchisten (?) haben gestern damit begonnen, Maueranschläge in der Nähe der Kasernen anzukleben, worin die Soldaten aufgefordert werden, auf ihre Chefs zu schießen und sich dem Volksaufstand anzuschließen.

Eine Verhaftung von Anarchisten hat heute Vormittag nicht stattgefunden. Der Polizeipräfekt empfing die Kommissäre, und gab ihnen Instruktionen über ihr Verhalten am 1. Mai.

Aus der Provinz gingen folgende Depeschen ein:

Marseille, 28. April. Entsprechend den Aufträgen der Regierung haben die Ortsbehörden Anordnungen getroffen, um Kundgebungen auf öffentlichen Wegen zu verhindern. Polizei- und Gensdarmerie-Patrouillen werden in den Straßen verkehren, Abtheilungen von Truppen werden verschiedene Punkte der Stadt besetzt halten.

Roubaix, 28. April. Sämmtliche Arbeiter-Schiedsrichter unterzeichneten einen Aufruf, in welchem die Arbeitgeber und Arbeiter aufgefordert werden am 1. Mai zu feiern.

Aus **Belgien** wird gemeldet:

Brüssel, 28. April. Die „Reforme" bringt ein Telegramm aus La Louviere, wonach eine zahlreiche Arbeiterversammlung daselbst einstimmig beschlossen hat, am 2. (?) Mai allgemein zu feiern. Nach demselben Blatte scheinen sich die Arbeiter im Borinage ebenfalls anzuschicken, einen allgemeinen Streik am 2. Mai ins Werk zu setzen. Die „Reforme" beschwört die Arbeiter, diesen Fehler nicht zu begehen.

Brüssel, 29. April. Die Truppen in den Garnisonen der großen Städte werden am 1. Mai konsignirt und die Gendarmeriekorps in den Arbeiterzentren verstärkt werden.

Für den 1. Mai sind zahlreiche Meetings im Freien geplant. — Die Gendarmerie in den Revieren von Charleroi und Mons wird verstärkt.

Auch **Spanien** bleibt weder was die Vorbereitungen der Arbeiterschaft, noch was die polizeilichen Anstrengungen anlangt, nicht hinter dem übrigen Europa zurück. Der „Frankf. Ztg." entnehmen wir folgende Zusammenstellung:

Am 26. d. M. fanden in Madrid, Barcelona, Bilbao, Sevilla, Saragossa, Valencia, Valladolid Versammlungen statt, welche sich mit der Frage der Maifeier beschäftigten. Man sprach sich übereinstimmend gegen einen Generalausstand, zu Gunsten von friedfertigen Kundgebungen aus, wie sie durch ministerielles Rundschreiben gestattet worden sind. — In Barcelona hegt man Befürchtungen und die Geschäfte stocken; die Anarchisten halten dort zahlreiche Versammlungen. Schuster, Schriftsetzer und andere Arbeiterschaften haben beschlossen, zu streiken, um den Achtstundentag zu erzwingen.

Das Depeschen-Bureau „Herold" berichtet ferner aus **Spanien**:

Madrid, 27. April. Die Arbeiterbewegung in Catalonien und Bilbao nimmt große Dimensionen an. Sechs Kriegsschiffe sind in Barcelona eingelaufen, woselbst sie bis zum 10. Mai Morgens verbleiben. Die Garnison in Barcelona ist konsignirt. Truppen marschiren in die Industriegegenden ab. Die Garnisonen in dem Bezirk Bilbao sind überall verstärkt. Die Behörden weisen in Maueranschlägen auf ein Rundschreiben des Ministers des Innern hin, worin öffentliche Straßenumzüge verboten, Versammlungen in geschlossenen Räumen dagegen gestattet werden. Die Bäcker in Barcelona sind ausständig. Zeitungen werden am 1. Mai in dem letztgenannten Orte nicht erscheinen, da die Drucker feiern wollen.

Barcelona, 28. April. Die Besorgnisse vor dem 1. Mai üben auf den Handel einen lähmenden Einfluß. Gestern forderten in einer großen Versammlung 5000 junge Arbeiter den Achtstundentag. Die Regierung trifft umfassende Sicherheitsmaßregeln. Truppen werden nach Barcelona hin konzentrirt, um die vielen Tausende von Arbeitern in Schach zu halten.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Calbe a. d. S., 28. April. Wegen „Reverenzverweigerung" ist gegen den Arbeiter Baitz von hier Anklage erhoben worden. Der genannte B., welcher z. Z. wegen angeblicher Beleidigung eines Grubeninspektors aus der Zeit der vorjährigen Bergarbeiterbewegung eine einmonatliche Haft verbüßt, soll in einer Versammlung, in welcher Pastor Ebeling einen Vortrag hielt und ein Hoch auf den deutschen Kaiser ausbrachte, bei diesem Hoch sitzen geblieben sein. Zeugen für dieses Sitzenbleiben sind der genannte Pastor, der Kantor Pohlenz und ein Ackerbauer Namens Thier. Der Angeklagte leugnet, sitzen geblieben zu sein, der Staatsanwalt glaubt ihm aber nicht. Ob solche Anklagen wohl im byzantinischen Reiche möglich gewesen wären?

* * *

Hochstadt (Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb), den 26. April. In diesem Städtchen, unweit des durch seine unlängst verkrachte Antisemiten-Versammlung bekannt gewordenen Windecken, fand heute im Saal „Zum neuen Bau" eine gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher auf Einladung unserer Genossen aus dem Wahlkreis Dr. Rüdt aus Heidelberg über das Thema „Der erste Mai" sprach. Die Ausführungen des Redners weckten begeisterten Wiederhall in den Herzen der anwesenden Proletarier aus Dorf und Stadt; es schieden die Genossen mit den besten Hoffnungen für die weitere Aufklärung dieser Bevölkerung, welche die Antisemiten seit Jahr und Tag irre zu leiten versucht haben.

* * *

Schmölln (Sachsen-Altenburg), 28. April. Diese Woche ist für das Herzogthum und den Wahlkreis Sachsen-Altenburg eine rechte Agitationswoche; in allen größeren Orten fanden Versammlungen statt oder werden Versammlungen stattfinden, in denen mit der Berathung über die Maifeier die Erörterung des Parteiprogramms verbunden wird. Wahrhaft kläglich ist das Verhalten der Gegner gegenüber unserer Agitation. So wurde in Kahla die Wirthin dahin bearbeitet, daß sie ihren Saal nicht einem Referenten, der dem Volke den Gott aus dem Herzen reiße, zum Vortrage hergeben solle. Es bezog sich diese Andeutung auf eine Versammlung, welche, mit demselben Referenten, schon vierzehn Tage früher stattgefunden hatte und in welcher der Pastor und Diakonus in der Debatte das Wort nahm, aber nicht einmal den Versuch einer Widerlegung des Referenten machte, auch nicht einmal Theologie und Kirche zu rechtfertigen unternahm. In der zweiten Versammlung (das Lokal wurde nämlich doch hergegeben) nahmen die Gegner nicht mehr das Wort, trotz zahlreicher Anwesenheit und trotzdem der Vorsitzende sie zum Reden einlud und die Frage stellte, haben Sie denn keine geistigen Waffen? Die „geistigen Waffen" unserer Gegner sind auch hier eigenthümlicher Art. Wie in der zweiten Versammlung in Kahla konstatirt wurde, hat ein dortiger Gegner, ein Herr in angesehener sozialer Stellung, im Wirthshause seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, dem Führer der Sozialdemokraten die Fenster einzustoßen, wenn er — dabei durch Einige geschützt würde. „Geistiger" (im Sinne unserer Gegner natürlich) können die zu unserer Bekämpfung gebrauchten Waffen freilich nicht sein. In Ronneburg wagten sich die Gegner ebenfalls nicht zum Wort. Dort wurde folgender Protest beschlossen, aus dessen Wortlaut sich die zu Grunde liegenden Vorgänge erkennen lassen: „Die Versammlung protestirt gegen die heut geschehene Entfernung einer Frau aus dem Versammlungslokale; sie erwartet, daß dem betreffenden Beamten eine Zurechtweisung zu Theil wird. Die Versammlung protestirt ferner gegen die heute von einem der überwachenden Beamten gethane Aeußerung: „So lange Bebel und Liebknecht noch nicht am Ruder sind, regieren wir, und wir lassen die Frauen nicht zu"; sie erwartet eine Aufklärung des betr. Beamten durch seinen Vorgesetzten darüber, daß Beamte dem Gesetze Gehorsam schulden." Da außerdem der überwachende Bürgermeister den Referenten an dieser Begründung der Resolution mit der Androhung der Auflösung hindern wollte, so wird auch gegen ihn Beschwerde erhoben werden. In Altenburg feiern die Kriegervereine den 1. Mai. Allerdings nicht im Sinne des Arbeiterschutzes, sondern die Absicht war, durch Zuvorkommen im Miethen der Säle die Arbeiter an der Maifeier zu hindern. Erreicht ward diese Absicht jedoch nicht; es wird nunmehr am 2. Mai gefeiert.

Briefkasten der Expedition.

Für die ausgesperrten Arbeiter gingen ferner ein:

Gesangverein Allegro 15 M. St. 1,—. Ges. v. Malern Moabits, Fil. 6, Restaur. H. Schmidt, Perlebergerstraße 2,70. Rothe Former, Süduser 4,15.

Für die Bergarbeiter X. Y. Z. 10 M.

Berichtigung. In Nr. 95 muß es statt Rauchklub Urban 21,10 M. „Vulkan" heißen.

Theater.

Donnerstag, den 30. April.

Opernhaus. Der Ring des Nibelungen.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Lessing-Theater. Der Königslieutenant.
Berliner Theater. Kean.
Deutsches Theater. Romeo und Julia.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Saint Cyr.
Wallner-Theater. Des Teufels Weib.
Residenz-Theater. Dr. Jojo.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Belleallianze-Theater. Der Giftmischer.
Ostend-Theater. Du sollst nicht tödten.
Thomas-Theater. Der Millionenbauer.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Grosses Concert
ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor H. Sanftleben unter Mitwirkung des
Neu! Opernsängers u. Konzertmalers Signor **Travicki** aus Rom. Neu!
Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
708 **F. Sodtke.**

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
im Laboratorium.
Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Entree **50 Pf.** Kinder **25 Pf.**

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23. 11—1 u. 5—9 U.

Knabe mit 2 Köpfen.
Esau-Lady.
Im Spezialitäten-Theater von 6-10 Uhr:
Neu! Minnie Caß, 10jährige Soubrette.
Gebr. Forés, Instrumentalisten.
Sgr. Rappo, Jongleur. Ilka Scherz. Laura Zimmermann. Sigmund Stein. Mr. Wrighton.

Mai-Feier

des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises
am Freitag, den 1. Mai, Vorm. 10 Uhr,
im Etablissement **„Eiskeller"**, Chausseestr. 88.

Große öffentl. Volksversammlung

mit einem dem Tage entsprechenden Thema. Ref.: Genosse Wildberger.
Nach der Versammlung:

Arbeiterfest im Moabiter Schützenhause (Plötzensee),

verbunden mit **Konzert** und **Tanz.** Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen **30** Pf. nach, nicht, wie im Programm irrthümlich durch Druckfehler angegeben, 50 Pf. Entree frei. Zu diesem **Arbeiterfest** ladet alle Genossen und Genossinnen zu recht zahlreichem Besuch ein **Das Komitee.**

Maifeier! Lackirer! Maifeier!

Grosse öffentl. Versammlung
für Männer und Frauen
am Freitag, den 1. Mai, Abends präzise 8 Uhr,
in Reyer's Restaurant, Alte Jakobstrasse No. 63.
Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai.
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**
Die Versammlung wird Punkt 8 Uhr eröffnet. Es wird daher gebeten, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
203/4 **Der Vertrauensmann.**

Mai-Feier

des Vereins der Plätterinnen u. verw. Berufsg. Berlins
am Sonntag, den 3. Mai 1891:
Grosser Ausflug nach Schmargendorf.
Treffpunkt früh 8 Uhr Potsdamer Ring-Bahnhof, Alexanderplatz 7½ Uhr. Fahrpreis v. Alexanderplatz 30 Pf.; vom Bahnhof Börse, Treffpunkt 7½ Uhr, Fahrpreis 20 Pf. Vom Schmargendorfer Bahnhof: **Großer Festzug** m. Musik durch das Dorf nach Restaurant **P. Kübler**; von dort **mit Bewilligung der Schmargendorfer Lokalkommission** nach dem **Schützenhause.** Für Nachzügler Treffpunkt im Schützenhause. — Es werden sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen gebeten, sich recht zahlreich zu betheiligen. Gäste willkommen.
245/5 **Das Fest-Komitee.**

Friedrichshagen. Maifeier.

Freitag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, im Rest. **Eiskeller:**
Große öffentl. Volksversammlung.
T.-O.: Der Achtstundentag u. seine Bedeutung. Bekanntgebung d. Programms.
Sonntag, 3. Mai: **Grosses Volks-Fest.**
Morgens **Konzert.** Mittags 12 Uhr **Festzug.** Nachmittags 4 Uhr **Beginn des Festes** auf **Müggelschlösschen** im Walde. Chorgesang, Festrede. Referent: **M. Schippel.** Chorgesang, Konzert. 334/17
Abfahrt der Züge: Friedrichstr. 6¹⁰, 6³²; Alexanderplatz 6¹⁸, 6³⁶; Schles. Bahnhof 6³¹, 7⁰. Fahrpreis 30 resp. 40 Pfg. hin und zurück.
Um recht zahlr. Betheiligung ersucht **Das Komitee für die Maifeier.**

Achtung, Möbelpolirer!

Freitag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr:
Gr. öffentl. Versamml. sämmtl. Möbelpolirer
Berlins und Umgegend mit Damen
zu Gunsten des Achtstundentages.
Tagesordnung: 1. Das internationale Proletariat, der 1. Mai und wie stellen sich die anderen bürgerlichen Parteien dem gegenüber? Refer.: Kollege **Karl Kurth.** 2. Diskussion. 3. Abstimmung über die in der „Fest-Zeitung" stehende Resolution. Nach der Versamml.: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.** Kollegen! Wir erwarten, daß Ihr Euch bewußt seid, welche Bedeutung der 1. Mai für uns hat und wir hoffen, daß Ihr Euch recht zahlreich an dieser Demonstration betheiligt, denn auch wir wollen zeigen, daß wir auf der Höhe der Zeit stehen, daß auch wir einsehen gelernt haben, daß es nur möglich ist, daß wir durch unsere eigene Kraft unsere Ziele erreichen können. Es ist daher eine Ehrenpflicht, in dieser Versammlung pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Um die Unkosten zu decken, wird ein kleines Eintrittsgeld erhoben (20 Pf.), wofür die „Fest-Zeitung" verabreicht wird. Tanz frei. Arbeitslose Kollegen haben freien Eintritt. **Sonntag, den 3. Mai:**
Familien-Ausflug nach Friedrichshagen.
Sammelpunkt früh 6 Uhr b. **Henke.** Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof punkt 7 Uhr. Arbeiter-Billets hin und zurück 30 Pf. 231/11
J. A. der Kommission: **C. Schönicke.**

Weissgerber

und sämmtl. Berufsgenossen mit Frauen.
Am Freitag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
in Knebel's Salon, Badstraße 58.
Tagesordnung: **Der 1. Mai und der Achtstundentag.** Ref.: Herr **Heinr. Pëus.** Abstimmung der Resolution. — Gäste willkommen.

Sonntag, den 3. Mai 1891, in demselben Lokale:
Große Maifeier,
verbunden mit **Konzert, humoristischen Vorträgen u. Tanz.**
Programm und Festzeitung gratis.
Entree 25 Pf. **Anfang: Nachmittags 4 Uhr.**
346/3 **Das Festkomitee.**

Maifeier

der Wirker und Wirkerinnen
am Freitag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr,
bei Feindt Weinstraße 11. 617b
Vortrag des Redakteurs Herrn Wilde über die Bedeutung des 1. Mai.
Abstimmung der im Festblatt enthaltenen Resolution.
Nachdem: **Geselliges Beisammensein mit Tanz.** **Der Einberufer.**

Maitrank Fl. 0,75.
552L] **F. Beyer,** Oranienstr. 154. Filiale: Elisabeth-Ufer 47.

Hosen in all. Genres, Knabenanzüge und Arbeitssachen empfiehlt
W. Pahr, Elisabethkirchstr. 16.

Taschen- u. Wanduhren w. b. rep. u. ger. Skalitzerstr. 76 (a. Schl. Thor). 156b

Vereinsabzeichen, Stempel u. Gravirungen empf. den Genossen **G. Kleist,** Waldemarstr. 48. 396b

---

Rheinländischer Tunnel,

gen.: **„Die fidele Nagelkiste"**
Berlin N., Elsasserstrasse 73,
gegenüber der Bergstraße.
Ausschank von **vorz. Lagerbier**
à Seidel 10 Pfg.
bei guter musikalischer Unterhaltung u. aufmerksamer Bedienung.
Urgemüthliche Kneiperei.
H. Schultze (mit'n tz).
Bestellungen auf Musik für jedes Vorkommniß werden im Lokal entgegengenommen. 565L

Friedrichshagen.
Empfehlen den Genossen mein [638L
Cigarren-Geschäft.
M. Wartmann, Friedrichstraße 122.

Meine **Zeitungs-Spedition** befindet sich jetzt 618b
Bülowstraße 40. a
F. Henzka.

Meyer's Lexikon suche zu kaufen
A. Sauer, Rüdersdorferstr. 36.

Neue Amerikanische Verkaufs-Hallen.

Nur allein **Brunnenstr. 1,** Ecke Weinbergsweg, am Rosenthaler Thor.

Nur allein **Brunnenstr. 1,** Ecke Weinbergsweg, am Rosenthaler Thor.

Herren- und Knabengarderoben.

Größte und billigste Bezugsquelle der Residenz,
Brunnenstr. 1,
Ecke Weinbergsweg, am Rosenthaler Thor.

Durch Abschlüsse bei den größten Tuchfabrikanten bin ich in der Lage, nachstehende Sachen zu wirklich auffallend billigen Preisen abzugeben.

Preis-Verzeichniss:

Elegante Herren-Anzüge, Jaquet-Façon, von gut dekatirten Stoffen **15, 18, ff. 20, 25 M.**
Hochelegante Herren-Anzüge, Jaquet- u. Rock-Façon, in Cachemirs und Kammgarn, seidenartig, **25, 30, ff. 36, 40, 45 M.**
Elegante Paletots mit Zanella u. Seide abgefüttert, elegantes Façon, **13, 15, 18, ff. 25, 30 M.**
Elegante Jünglings-Anzüge in Jaquet- u. Rock-Façon von nur guten Stoffen **9, 10, 12. ff. 15, 18, 21 M.**
Hochelegante Knaben-Anzüge von gut gezwirnten Stoffen, blauen Satins und Cachemirs **4, 5, 6, 7. ff. 8, 9 und 10 M.**

Elegante Stoffhosen in karrirt und gestreiften Dessins **4, 5, 6, ff. 7, 8, 9 M.**
Hochelegante Kammgarnhosen in den neuesten gestreiften Mustern.
Außerdem befinden sich am Lager:
Schul-Anzüge von Kottbuser und Forster Waaren von **3 Mark an.**
Pique- u. Seiden-Westen von **3,50 M. an.**
Einzelne Kinderhosen von **1,25 M. an.**
Jaquets, Röcke **rc.**

Nur allein **Brunnenstrasse Nr. 1,**
Ecke Weinbergsweg, am Rosenthaler Thor.
Bitte genau auf **Neue Amerikanische Verkaufshallen** zu achten.

Neue Walhalla.

Sommer-Theater im Ausstellungspark Hasenhaide.
Eröffnung: **Sonnabend,** den 2. Mai, ½7 Uhr Abends.
Eiserne feuersichere Bühne. Im großen Theaterpark: gedeckter, regensicherer Zuschauerraum für 800 Personen; außerdem 2000 Sitzplätze im Park. **Bella vista** mit Aussicht auf das Panorama der italienischen Küste mit blauer Grotte, Labyrinth, ähnlich dem altgriechischen des König Minos von Kreta. Volksbelustigungen, Weinzelte.
601L Kaffeeküche für Familienbenutzung. Konditorei rc. rc.

Parteigenossen!

Zur **Feier des 1. Mai** findet am **Freitag** in meinem **Gartenlokal, Schwedterstrasse 44,** ein großes 646L
Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Mitwirkung eines altbewährten Gesangvereins statt, wozu ich alle Freunde und Genossen freundlichst einlade.
Anfang 4 Uhr.
Heute, Donnerstag, Abends 7 Uhr: **Vorfeier** in meinem Saale, ausgeführt von einer 25 Mann starken Kapelle unter Direktion des Kapellmeisters Herrn **Schonert.** **Otto Thierbach.**

Lesenswerthe Neuigkeit!

Judenthum u. Sozialdemokratie.

Ein Beitrag zur Beförderung der Einsicht in die sozialistisch-jüdische Koalitionserscheinung unserer Zeit.
Von **Alexander Berg.**
Preis 1 Mark. 605b
Vorräthig in **Georg Höppner's** Buchhandlung in **Berlin SW.,** Markgrafenstr. 21, und in den **meisten** Buchhandlungen.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 99. Donnerstag, den 30. April 1891. 8. Jahrg.

Wähler des 17. Kommunal-Wahlbezirkes.

In kurzer Zeit steht unserem Bezirke die Stichwahl für die Kommunalwahl bevor.

Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist unser bewährter Genosse, der Zigarrenfabrikant

W. Börner.

Es gilt, ihm zum Siege zu verhelfen und durch seine Wahl Protest zu erheben gegen die deutschfreisinnige Parteiherrschaft im rothen Hause.

Auf zu reger und unermüdlicher Agitation!

Das Wahlkomitee.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

110. Sitzung vom 29. April, 11 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Maltzahn.

Die Berathung der Zuckersteuer-Vorlage wird fortgesetzt mit § 67, wonach vom 1. August 1892 an auf drei Jahre zur Erleichterung des Ueberganges für die Zuckerindustrie eine Exportprämie von 1 Mark für den Doppelzentner gewährt werden soll.

Abg. Fürst Hatzfeldt beantragt, eine feste Ausfuhrprämie von 1,25 M. ohne zeitliche Begrenzung zu bewilligen; die Abgg. Orterer und Spahn wollen für fünf Jahre Zuschüsse aus dem Ertrage der Zuckersteuer gewähren und zwar für die ersten drei Jahre von 1,25 M., für die darauf folgenden Jahre von 1 M. Die Abgg. Graf Udo Stolberg und Hultzsch wollen für acht Jahre Prämien gewähren, und zwar für die ersten vier Jahre von 1,50 M., für die nächsten vier Jahre von 1 M. Endlich wollen die Abgg. Witte, Barth, Schrader und Dohrn (dfr.) den ganzen § 67 streichen, d. h. die Exportprämien sofort abschaffen.

Abg. **Uhden** (dk.) beantragt in dem Antrage Hatzfeldt die Wort „bis auf weiteres“ zu streichen. Diese Aenderung würde die Möglichkeit geben, jederzeit durch übereinstimmende Beschlüsse des Reichstages und des Bundesraths die Prämien aufzuheben.

Die Diskussion wird geschlossen.

Für den Antrag Uhden zum Antrage Hatzfeldt stimmen nur etwa 15 Mitglieder der beiden konservativen Parteien. Mit demselben Stimmverhältniß wird der Antrag Hatzfeldt selbst abgelehnt.

Der Antrag des Grafen Stolberg wird in namentlicher Abstimmung mit 228 gegen 16 Stimmen verworfen. (Heiterkeit.) Für denselben stimmen nur die Deutschkonservativen Bock-Minden, v. Flügge, v. Friesen, v. Gustedt-Lablacken, Hartmann, Hempel, Hultzsch, von Kleist-Retzow, von Massow, Schier, von Schleinitz, Graf von Schlieffen-Schwandt, Graf Udo Stollberg; ferner von den Nationalliberalen die Abgg. Hosang, Oechelhäuser und Poll.

Ueber den Antrag Orterer-Spahn wird ebenfalls namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 142 gegen 104 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmen außer dem Zentrum und den Welfen nur ein Theil der Nationalliberalen, u. A. Adt, v. Bennigsen, Bürklin, Buhl, Dr. Klemm, v. Feustel, Hastedt, Hosang, Möller, Pfähler, Pieschel, Poll, die Mitglieder der Reichspartei Lucius und Merbach, ferner die Deutschkonservativen von Flügge, von Gustedt, Hartmann, Hultzsch, v. Kleist-Retzow, Kropatschek, v. Massow, Stöcker und Graf Stolberg; außerdem Prinz zu Carolath und Freiherr v. Hornstein. Mit der Majorität stimmen auch die Zentrumsmitglieder Hug und Lauck.

Darauf wird auch die Regierungsvorlage abgelehnt, für welche nur ein Theil der Nationalliberalen und des Zentrums, sowie einige Mitglieder der beiden Parteien der Rechten stimmen.

Ueber die Exportprämien hat also keine Einigung stattgefunden. Die Debatte wendet sich zu § 2, wonach die Konsumabgabe von 12 auf 22 M. erhöht werden soll. Die Anträge der Abgg. Graf Stolberg und Orterer wollen 18, der der Abgg. Witte und Gen. 16 M. bewilligen.

Abg. Dr. **Witte** (dfr.): Mit der Ablehnung des § 67 sind unsere Wünsche erfüllt; wir hätten also jetzt für die weitere Verhandlung freie Bahn. Da ist es nun sehr bedauerlich, daß der Schatzsekretär die vorhin gehörte Erklärung abgegeben hat, welche in der gesammten Zuckerindustrie nothwendig eine neue Beunruhigung hervorrufen muß. Aus einer Erhöhung der Verbrauchsabgabe auf 16 M. wird eine so erhebliche Mehreinnahme für die Reichskasse sich ergeben, daß die Annahme des Antrages durchaus auch in ihrem Interesse liegt.

Abg. Graf **Hönsbröck** (Z.): Nachdem die Prämien gefallen sind, können wir trotzdem den Antrag Witte nicht annehmen. Wir im Zentrum stehen auf dem Standpunkt, daß eine Einigung über die Exportprämien bis zur dritten Lesung herbeigeführt werden muß. Wir sind schon in der Kommission bis auf 18 M. gegangen; wir sehen darin keine Erhöhung des Zuckerpreises. Kommt über die Prämien definitiv keine Einigung zu Stande, so würden wir freilich an die 18 Mark nicht mehr gebunden sein.

Abg. Graf **Stolberg** (dk.) faßt den Beschluß zu § 57 nicht als definitiv auf, sonst würde der Satz von 18 M. erhöht werden müssen. Es werde sich bis zur dritten Lesung wohl eine Einigung ermöglichen lassen.

Abg. **Richter**: Mehr Geld zu bewilligen, als jetzt aus der Zuckerbesteuerung aufkommt, bin ich nicht in der Lage. Eine Erhöhung der Verbrauchsabgabe von 12 auf 16 M. würde ein Plus von netto 11 Millionen, auf 18 Mark ein Plus von 20 Millionen ergeben. Ich halte Beides nicht für gerechtfertigt. Diejenigen Herren, welche 18 Mark beantragt haben, sollten Veranlassung nehmen, von diesem Satze zurückzutreten. Allerdings haben einige Redner ihre Zustimmung zu dem Satz von 18 Mark nur unter der Voraussetzung der Bewilligung von Prämien gegeben; aber darüber weiß Niemand etwas Gewisses, ob und was noch in diesem Jahre in dieser Hinsicht geschieht.

Staatssekretär **v. Maltzahn**: Die beantragten Abänderungen zu § 2 werden um so bedenklicher, je weiter sie sich von der Vorlage entfernen. Eine Erhöhung der Einnahmen aus der Zuckersteuer ist angezeigt und soll nach der Meinung der verbündeten Regierungen bei dieser Gelegenheit erreicht werden: sie kann erreicht werden ohne höhere Belastung der Konsumenten. Der Satz von 18 Mark würde eher annehmbar sein, wenn der übrige Inhalt des Gesetzes angenommen wird, als jeder andere Antrag. Beim Heruntergehen unter 18 Mark werden die Beschlüsse des Reichstages keine Aussicht auf Annahme haben.

In der Abstimmung wird nach Ablehnung der Regierungsvorlage, für welche sich Niemand erhebt, der Antrag, die Konsumabgabe auf 18 M. zu erhöhen, mit 112 gegen 108 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen das Zentrum, die Welfen, die Nationalliberalen, mit Ausnahme des Abg. Poll und etwa die Hälfte der beiden Parteien der Rechten. Auch der Antrag Witte und schließlich der § 2 wurden abgelehnt.

§ 64, Erhöhung des Zuckerzolls auf 36 M., wird nunmehr ebenfalls abgelehnt, dagegen § 65, wonach das Gesetz am 1. August 1892 in Kraft treten soll, unter Ablehnung des Antrages Witte als Termin schon den 1. August 1891 zu setzen, angenommen und ebenso § 66. Damit ist die zweite Berathung des Gesetzentwurfs erledigt. Die Resolution des Fürsten Hatzfeldt, betreffend erneute internationale Verhandlungen über die Abschaffung der Exportprämien wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt, die eingegangenen 1010 Petitionen sollen durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt werden.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag, 1 Uhr. (Handelsvertrag mit Marokko, internationales Uebereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr, kleinere Vorlagen, Petitionen.)

Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung vom 29. April. 11 Uhr.

Am Ministertische: von Caprivi, von Berlepsch, von Heyden, Miquel.

Ein Schreiben des Abg. Neukirch, in welchem derselbe seine Ernennung zum Landgerichtsrath anzeigt, geht behufs Entscheidung der Fortdauer des Mandats an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Die zweite Berathung des Etats für 1891—92 wird fortgesetzt mit dem Spezialetat des Ministeriums für Handel und Gewerbe und zwar bei dem Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen, wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke“.

Abg. **Lotichius** bittet den Minister um Gründung sogenannter Schifferschulen an den größeren Flüssen, besonders am Rhein. Die Ausdehnung des Verkehrs mache solche Fachschulen, wie sie sich an der Elbe schon bewährt haben, nothwendig. Redner wünscht ferner eine polizeiliche Vorschrift, nach welcher alle Schiffe an den engen Stellen des Rheins, besonders von Mainz bis Koblenz, durch Dampfer geschleppt werden sollen.

Unterstaatssekretär **Magdeburg** sagt bezüglich der Schifferschulen wohlwollende Erwägung zu; die bereits vorhandenen an der Elbe haben Vorzügliches geleistet. Auch die zweite Anregung werde in Erwägung gezogen werden.

Abg. **Friederichs** (natl.) wünscht, daß die Unterstützungssumme für die gewerblichen Fachschulen größer sei und die einzelnen Zuschüsse im Etat leichter ersichtlich gemacht werden; um den Lehrern die Freudigkeit am Amt zu erhalten, müsse man ihnen höhere Gehälter und höhere Pensionen gewähren. Auch die von den Gemeinden zu leistenden Zuschüsse müsse der Staat fixiren.

Abg. **Sombart** (natl.) führt aus, daß sich der höhere gewerbliche Fachschul-Unterricht in Preußen sehr gut entwickelt habe, daß aber der mittlere noch viel zu wünschen übrig lasse. Es müßten Provinzialtechniken gegründet werden, in welchen alle Zweige des praktischen gewerblichen Lebens zu lehren seien.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Zuschüsse für Fortbildungsschulen“ nimmt das Wort

Reichskanzler **v. Caprivi**: Ich nehme das Wort, um etwas zu besprechen, was allerdings in sehr loser Verbindung mit diesem Titel steht. Die Gewerbeschule in Hannover hat im vorigen Jahre und in diesem Jahre von der Regierung Unterstützung aus dem Welfenfonds bekommen. Wegen des Welfenfonds habe ich mir das Wort erbeten. Vor reichlich einem Jahre beschäftigte sich die Regierung mit der Frage, ob eine Aenderung in der Verwaltung des Welfenfonds möglich sei, was nur im Interesse des Staatsministeriums und des Landes liegen kann. (Sehr richtig! links). Es war nicht zu ermitteln, wie in den letzten 20 Jahren der Welfenfonds im Einzelnen verwaltet wurde. Geheime Fonds werden durch die Ressortchefs dechargirt. Am Jahresschluß bescheinigt der Ressortchef, daß der Fonds bestimmungsgemäß verwendet ist. Betreffs des Welfenfonds trat Se. Majestät der Kaiser als Ressortchef ein und dechargirte die Minister, welche Theile des Fonds verwalteten. Jahr für Jahr sind dann die sämmtlichen Rechnungen und sämmtlichen Quittungen verbrannt worden, so daß Beläge nicht da waren, die gestattet hätten, geschichtlich die Verwendung rückwärts zu verfolgen. Dagegen hat sich alljährlich das Staatsministerium über die Verwendung des Fonds schlüssig gemacht. Ein Theil wurde dem Finanzminister und ein Theil dem Minister des Innern zur Verwaltung übergeben und den weitaus größten Theil erhält der Ministerpräsident, theils als Minister des Auswärtigen, theils als Ministerpräsident. Die Zweckbestimmung des Fonds zur Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten dehnte die Staatsregierung dahin aus, daß nicht blos unmittelbar mit dem Fonds solchen Bestrebungen entgegenzutreten sei, sondern auch mittelbar. Nach der Diskussion in der Presse wird das im Lande vielfach als ein widerrechtlich im Verborgenen von der Regierung vorgenommenes Verfahren angesehen. Einer anderen Kontrolle als derjenigen der Zweckbestimmung des § 1 der betreffenden Verordnung unterliegt der Regierung nicht. Die Frage, ob die Regierung bona fide so handeln konnte, kann nur bejaht werden, denn das Verfahren der Regierung ist seit 1869 dem Lande bekannt. Die Regierung deduzirte, was nicht unmittelbar zur Abwehr der Angriffe verwendet würde, könne mittelbar dazu verwendet werden, daß man den Staat und das Deutsche Reich festige (Lachen links) und dadurch die Angriffe aussichtsloser machte. Diese Deduktion hat die Regierung 20 Jahre hindurch festgehalten und nach meiner Meinung war sie dazu berechtigt. Das Staatsministerium hat in einem Schreiben vom 10. Dezember 1869 diese Auffassung in einem Schreiben an das Haus ausgesprochen. Auch als im Jahre 1877 dieselbe Auffassung von dem Minister Camphausen ausgesprochen wurde, fand sie zwar Widerspruch, aber führte zu keinem Beschluß des Hauses. Weiter war die Regierung der Ansicht, daß Ausgaben in den betreffenden Provinzen — es handelte sich damals noch um Kurhessen und Hannover — berechtigt waren und zu den mittelbaren Ausgaben zur Abwehr der Angriffe gehörte. Es sind Kirchen, Chausseen gebaut worden, und die verschiedensten öffentlichen Unternehmungen zu Nutz und Frommen der betreffenden Provinzen aus diesem Fonds gefördert worden. In dieser Beziehung hat sich auch nicht etwa ein abusus eingeschlichen, sondern auch nach dem Kommissionsbericht des Hauses von 1869 hat sich die Kommission mit der Aeußerung des Ministerpräsidenten einverstanden erklärt, daß keine Sparkasse für den König Georg angelegt werden solle, sondern über die betreffenden Landestheile nützliche Verwendungen gemacht werden können. Die Kommission nahm mit 12 gegen 2 Stimmen den Antrag auf Annahme des betr. Gesetzentwurfes an. Zu einer Aenderung kam es im vorigen Jahre nicht, weil sich erhebliche Bedenken herausstellten. Die Sache erwies sich nicht als so einfach, wie es zuerst schien. Der Zeitpunkt zu einer Aenderung erschien bei der Beziehung dieser Frage zu außerhalb Preußens stehenden Personen nicht günstig wegen der Zunahme der welfischen Agitation in Hannover und der Vermehrung der Zahl der welfischen Abgeordneten. Wenn die Regierung diesen Fonds auch nicht als Waffe braucht, so kann diese doch, wenn sie die Regierung aus der Hand giebt, in die Hände von Männern kommen, welche welfische Umtriebe nähren. Sodann sind Pensionen aus dem Fonds gezahlt worden und Institute haben Unterstützungen erhalten, welche, wenn auch keine Rechtsverbindlichkeit für deren Fortdauer übernommen ist, doch nicht aufgehoben werden könnten, ohne Unzufriedenheit zu erregen. Die technisch schwierigste Frage ist die, wie denjenigen Bedürfnissen des Reiches abzuhelfen sei, welche bisher aus dem Welfenfonds befriedigt worden sind. Die jetzige für geheime Ausgaben ausgeworfene Summe von 48 000 M. genügt für diese Zwecke nicht. Dieser Betrag müßte verzehnfacht werden. Alle anderen Staaten geben mehr für diesen Zweck aus. Nimmt man die Deduktion über die mittelbare Abwehr der Bestrebungen des Königs Georg an, so ist auch eine Unterscheidung der für Preußen und für das Reich gemachten geheimen Ausgaben aus diesem Fonds nicht nöthig, daß zwischen dem Amt des Ministerpräsidenten und dem des Reichskanzlers eine Personalunion vorhanden ist. Ohne Vergrößerung des jetzigen Fonds für geheime Ausgaben von 48 000 Mark müßten wir einen Theil unserer Politik zum Stillstand bringen. Die Schwierigkeiten werden sich überwinden lassen. Es erfordert aber zu viel Zeit, um Landtag und Reichstag jetzt damit zu befassen. Die Regierung hat sich aber jetzt schlüssig gemacht und wird in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorlegen, der auf eine Aenderung der Verwendung des Welfenfonds abzielt. Dabei wird davon abzusehen sein, daß der Welfenfonds an das Haus Hannover zurückzuzahlen ist, auch davon, daß er zur Staatskasse zu vereinnahmen ist. Näher äußere ich mich darüber nicht. Es ist festzuhalten, daß eine Sparkasse aus dem Welfenfonds nicht werden darf. Die Regierung wird sich also darauf beschränken müssen, die bisherige Zweckbestimmung des Fonds zu ändern und zu erweitern, die Verwaltung durchsichtiger zu machen und auch dem Lande einen Einblick und eine Kontrolle darüber zu geben, was mit dem Fonds geschieht. (Bewegung links.) Durch diese Erklärung wollte ich der in der öffentlichen Meinung entstandenen Agitation und Beunruhigung entgegentreten. (Beifall.)

Abg. **Rickert** drückt dem Ministerpräsidenten seine Anerkennung darüber aus, daß er die Mittheilung spontan gemacht habe, bedauert aber, daß er an gewissen Punkten, welche gegen die bisherige Verwendung des Welfenfonds geltend zu machen seien, zu schnell vorüber gegangen sei. Bei der Schaffung des Fonds habe Fürst Bismarck die Regierung gewissermaßen dafür engagirt, daß der Landtag bei der Verwendung des Fonds mitwirken sollte; das Versprechen habe die Regierung trotz mehrfacher Anregungen aus dem Abgeordnetenhause bisher, also leider dreiundzwanzig Jahre lang, nicht erfüllt. Das Abgeordnetenhaus habe eben zu viel Vertrauen gehabt, und namentlich die nationalliberale Partei, auch die freikonservative, hätten aus Vertrauen ein Omissum begangen. Die Interpretation, die der frühere Reichskanzler der Verwendung des Fonds gab, war entschieden unhaltbar. Nun handelt es sich aber um die Zukunft, von der Vergangenheit muß man wohl absehen, aber man wird zusehen müssen, ob die frühere Regierung nicht für die bisherige Verwendung haftbar ist — denn das Ministerverantwortlichkeitsgesetz ist keine Spielerei, namentlich dem Fürsten Bismarck gegenüber, der fortwährend seine Verantwortlichkeit betonte. Daß die Verwendung vom Ministerium nicht mehr festzustellen ist, war bisher nicht bekannt und steht im Widerspruch mit den Mittheilungen vom Jahre 1874, wonach die Verwendung auf Staatsministerial-Beschluß erfolgte. Die Verbrennung der Beläge ist schmerzlich und erscheint zwecklos in dem Preußen, das auf das Bestehen seiner Ober-Rechnungskammer stolz ist. Für die spätere Verwendung kommt für den Landtag wesentlich nur die konstitutionelle Frage in Betracht. Sachlich hat der Welfenfonds für die Welfen zehn Mal so viel gewirkt, als im Sinne ihrer Verwendung; diese Thatsache und die Erfahrungen mit dem Sozialistengesetz sprechen dafür, hier reinen Tisch zu machen. Was die Pensionen anlangt, die der Ministerpräsident erwähnte, so werde das Abgeordnetenhaus sich mit der Rechnungslegung in der Kommission begnügen, die nicht weiter publizirt zu werden brauche. Die Verwendung für geheime Reichsfonds sei nicht aktuell, zumal man annehmen müsse, der Reichstag werde die für geheime Fonds zu verwendenden Summen bewilligen, obwohl er, Redner, persönlich sich natürlich im Augenblick für seine Abstimmung hierüber nicht vinkuliren könne. Bis zur Regelung im nächsten Jahre möge nur — darüber möge der Ministerpräsident noch eine Erklärung abgeben — der Fonds nicht zu Zwecken verwendet werden, die mit der Bekämpfung der welfischen Bestrebungen nichts zu thun haben, namentlich daß für die Presse daraus nichts verwandt werde. Die Beseitigung dieser Wunde, die in weiten Kreisen große Beunruhigung erregte, ist im Interesse der Regierung selbst nothwendig.

Reichskanzler **v. Caprivi**: Die Regierung wird während des Interimistikums nach den Grundsätzen verfahren, die sie für recht hält und die sie der Vorlage zum Ausdruck bringen wird. In dem brennendsten Punkte der Rede des Abg. Rickert, nämlich in Bezug auf das Verbrennen der Beläge, bin ich anderer Meinung. (Heiterkeit.) Der Abg. Rickert hat keine Ahnung, wie geheime Ausgaben entstehen und wie sie gezahlt werden. Als Soldat im Felde bin ich in Lagen gewesen, wo man sich genirt, sich eine Quittung geben zu lassen. (Heiterkeit.) Solche Quittungen aufzuheben, wäre sträflicher Leichtsinn. (Sehr richtig! rechts.) Bei allem Entgegenkommen gegen das Haus, werden Sie auch später nie ein Wort über diese geheimen Ausgaben erfahren. Das Auswärtige Amt kann darüber keine Andeutung machen. Dem Minister des Innern ist der Welfenfonds eine Last und er hat mir den durch frühere Bewilligungen nicht gebundenen Theil seines Antheils zurückgegeben. Köhlerglaube ist es aber, wenn man meint, daß für die preußische und deutsche Presse aus diesem Fonds große Summen ausgegeben sind. Soweit sich ersehen läßt, erreichen die Verwendungen bei Weitem nicht den Umfang, wie man glaubt. Die Verwendung für öffentliche Bauten und andere Anlagen in der Provinz Hannover, wie für die Garnisonen und Kirchen daselbst, haben wir nicht geheim gehalten, aber andere Ausgaben werden sich immer der Kontrolle selbst des Rechnungshofes entziehen. Wenn der Abg. Rickert für eine Vergrößerung des geheimen Fonds stimmen will, so wird er immer für Dinge Bewilligungen machen, von denen er nichts weiß. Der Abg. Rickert scheint mich mißverstanden zu haben; das Staatsministerium beschließt nicht über jede einzelne Verwendung, sondern über die Vertheilung unter die einzelnen Ressorts. Ueber die Verwendung des Welfenfonds für Zwecke des Innern könnte man sich der Auffassung des Abg. Rickert anschließen. Es ist aber ein Unterschied, ob ich Geld ausgebe in der Provinz Hannover, um gegen die Welfen zu agitiren, oder ob ich das Geld den Welfen gebe, damit sie gegen mich agitiren. Ich bitte den Abg. Rickert, jetzt nicht weiter an der Sache zu rühren, und im nächsten Jahre die Sache weiter zu verhandeln.

Abg. **Brüel** (Welfe) führt aus, die Hauptfrage, welche ihn wesentlich interessire, sei nicht die, mit der sich Abg. Rickert beschäftigte, sondern die, daß von Angriffen des Königs Georg seit dessen Tode nicht mehr die Rede sein könne, und daß das Vermögen des Hauses Braunschweig und Kumberland durch die Beschlagnahme nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht berührt werden dürfe; die Ansprüche des Herzogs von Kumberland an

die Revenüen sei rechtlich zweifellos. Erstaunlich sei, daß man diese Rechtsfrage nicht berühre und nur Interessenfragen hervorkehre, als läge die Verwendung dieses Geldes im Belieben des Ministeriums. Als Hannoveraner könne er, Redner, der Regierung mittheilen, daß die Hannoveraner wohl ihre hannoverschen Gefühle haben und deshalb Hannoveraner in den Land- und Reichstag senden, aber gegen Preußen nicht agitiren; die Wandlung solcher Gefühle eines Landes freilich brauche Zeit — aber auch wenn die Nothwendigkeit einer Abwehr feindlicher Agitationen nöthig wäre, dürfe man doch vom Rechtsboden nicht abgehen und könne dem Herzog von Kumberland das ihm gehörige Geld nicht vorenthalten. Wenn man das Geld zu anderen Zwecken, z. B. Pensionen, verwende, so möge die Deckung dafür der übernehmen, der die Schuld an der Verwendung trage, abgesehen davon, daß der Herzog von Kumberland solche Pensionen weiterzahlen werde. Schmerzlich sei, daß die Regierung das Geld noch immer nicht dem Herzog von Kumberland auszahlen wolle; man müsse hoffen, daß bis zum nächsten Jahre diese Ansicht sich ändern werde, wenn auch nach den heutigen Ausführungen des Ministerpräsidenten diese Hoffnung nicht sehr stark sein könne.

Abg. **Sattler** (natl.) bemerkt, die Wahl der welfischen Abgeordneten bedeute keine übergroße Stärke der Welfen in Hannover, sondern beruhe auf der Wahlpolitik der Freisinnigen und Sozialdemokraten. Die Welfen in Hannover hätten nur die Bedeutung einer Partei, die mit gegenwärtigen Zuständen unzufrieden sei, nicht die einer Partei, die auf Lostrennung Hannovers von Preußen hinarbeite. Die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten sei sehr erfreulich und werde namentlich in Hannover freudig begrüßt werden. Einen Widerspruch der heutigen Erklärung gegenüber den Ausführungen des Fürsten Bismarck vom Jahre 1877 sei nicht vorhanden. Klar sei, daß ein so großes Reich wie Deutschland nicht mit so lächerlich gering bemessenen Fonds für geheime Ausgaben auskomme, wie wir sie haben, und die Verwendung des Welfenfonds zu diesen Zwecken sei im Sinne des Beschlagnahmegesetzes gerechtfertigt gewesen. Die Ueberführung des Geldes in den allgemeinen Staatsfonds würde in Hannover große Unzufriedenheit erregen, und darum sei es dankbar anzuerkennen, daß der Ministerpräsident diese Ueberführung abgelehnt habe. Von dem freudig erwarteten Gesetze möge die Regierung Alles fern halten, was einer Konfiskation ähnlich sehe. Die Frist bis zum nächsten Jahre möge der Herzog von Kumberland benutzen, seinen bisherigen unfruchtbaren Widerstand aufzugeben, und dazu mitzuwirken, wäre von den welfischen Abgeordneten sehr verdienstlich.

Abg. **Rickert** wiederholt, daß die wesentlichste Frage für ihn die konstitutionelle Verwendung sei, die konstitutionelle Kontrolle müsse in dem kommenden Gesetz, in Bezug auf das er den Ministerpräsidenten nicht drängen wolle, enthalten sein. Das Verbrennen der Beläge habe er, Redner, darum als unerhört bezeichnet, weil Fürst Bismarck eben eine spätere Rechnungslegung vor dem Landtage zugesagt habe; warum verbrenne man Beläge über Kirchenbauten u. s. w.? Die müsse der Reichskanzler zu seiner eigenen Deckung aufheben. Die Fortschritts- und nationalliberale Partei leugneten nur die Nothwendigkeit der Rechnungslegung vor dem König von Hannover, nicht vor dem Hause, und Fürst Bismarck sagte selbst, daß er für eine halbe Million geheime Fonds keine Verwendung habe. Der „Köhlerglaube" von Verwendung des Welfenfonds für die Presse werde aber im Lande allgemein getheilt, Minister Graf Eulenburg habe eine Beeinflussung der Presse durch geheime Fonds selbst anerkannt. Erfreulich sei, daß der Minister des Innern im letzten Jahr einen großen Theil der ihm aus dem Welfenfonds überwiesenen Gelder zurückgegeben habe — das entspreche dem Vertrauen, das man der Regierung schenke.

Abg. **v. Heeremann** erklärt namens seiner nichthannoverschen Fraktionsgenossen, daß dieselben gegen die Schaffung des Welfenfonds gestimmt hätten. Das Rechtsgefühl müsse immer obwalten, und das Rechtsgefühl verlange eine Aufhebung des Welfenfonds, da die Sequestration sich nur auf das Vermögen des Königs Georg von Hannover bezog, und dieser sei gestorben. Die Regierung möge an den Hannoveranern zwischen treuer Anhänglichkeit an ihr Herrscherhaus von angeblicher Agitation gegen Preußen unterscheiden. Im übrigen müsse man das Gesetz des nächsten Jahres abwarten, und wenn es mit dem Rechtsgefühl übereinstimmt, werde seine Partei dafür stimmen.

Abg. **Richter**: Der Ministerpräsident meint, man mache sich zu große Meinungen von der Wirkung des Dispositionsfonds; er betrug jährlich 1 Million, und da nichts davon übrig blieb, sind bisher im Ganzen 20—30 Millionen verwandt, und damit kann man genug Unfug treiben. Da man das gezahlte Geld aus gewissen Kassen, nicht vom Minister aus seiner Schublade erhält, müssen doch die Kassen- und andere Beamten die Verwendung kennen, also kann die Verwendung auch nach Verbrennung der Beläge rekonstruirt werden. Unter dem jetzigen Reichskanzler trat eine Einschränkung dieser Ausgaben ein, aber gesetzmäßig sind meiner Meinung nach diese Ausgaben immer noch nicht. Es wäre gut, wenn Herr v. Caprivi schon jetzt auseinandersetzte, was er für Recht in dieser Beziehung hält. Er hält die Errichtung einer Kirche aus dem Welfenfonds für berechtigt, ich nicht; Redner bezweifelte die Berechtigung der Errichtung einer Kaserne aus dem Welfenfonds — der Regierungskommissar hielt es für berechtigt, wenn die Soldaten sonst in Bürgerquartieren lägen und welfischer Agitation ausgesetzt wären; auf eine Kirche paßt diese Motivirung nie, auch das juristische Gutachten Miquel's im Jahre 1877 läßt solchen Kirchenbau nicht zu. Die Verwendung der Gelder für Wahlzwecke halte ich nicht für vereinbar mit der Wahlfreiheit, wenn ich auch nicht glaube, daß diese Gelder gar so große Bedeutung haben können — da mußten die Hannoveraner doch schließlich ihre Stimmenabgabe von den Strohdächern abhängig machen. Es ist bedauerlich, daß wir über den Inhalt des versprochenen Gesetzes nichts erfahren; wir haben den Antrag auf Aufhebung der Sequestration früher gestellt, er wurde abgelehnt; der Provinzial-Landtag in Hannover forderte schon früher die Aufhebung des Beschlagnahmegesetzes, und diese halten wir auch für richtig, da man doch schließlich nicht blos Zweckmäßigkeits-, sondern auch Rechtsgründe gelten lassen muß. Die Aufhebung des Sequestrationsgesetzes bedeutet noch nicht die Ueberlassung des Kapitals an den Herzog von Kumberland, sondern dazu ist noch ein besonderer Vertrag nöthig. Wir haben den geheimen Fonds im Reiche stets zugestimmt, ob das jetzige Fonds verzehnfacht werden muß, müßte erst nachgewiesen werden, jedenfalls darf man durch die Bewilligung der geheimen Fonds nicht den ungesetzlich verwalteten Welfenfonds gleichsam ablösen.

Abg. **v. Rauchhaupt**: Wir sind erfreut, daß in kurzer Zeit eine Regelung der Materie eintreten soll. Wir meinen, daß ein privatrechtlicher Anspruch der Nachkommen des Königs von Hannover auf das Geld besteht, zu dessen Realisirung ein besonderer Vertrag nöthig ist.

Abg. **v. Zedlitz-Neukirch** (freik.): Auch wir sind über das in Aussicht gestellte Gesetz sehr erfreut. Wir meinen, daß über Verwendung geheimer Fonds im Landtage keine Rechnung gelegt werden kann, und daß, im Gegensatz zu den Ausführungen des Abg. Richter, der Welfenfonds nicht aufgehoben werden kann, wenn die geheimen Fonds im Reich nicht vermehrt sind.

Abg. **Brandenburg** (Zentr.): Als geborner Hannoveraner, der bis 1866 als hannoverscher, dann mit Erlaubniß meines Königs, wie ich glaube, pflichttreuer preußischer Amtsrichter amtirt und dann in dieses Haus gewählt wurde, muß ich mein tiefes Bedauern über die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten ausdrücken.

Abg. **Brömel** bemerkt dem Abg. Jaßler gegenüber, der Wortlaut des Sequestrationsgesetzes verlange nicht, daß der Herzog von Kumberland sich unterwerfe, bevor dies Sequestrationsgesetz aufgehoben werde.

Nach kurzer Replik des Abg. **Sattler** gegen diese Bemerkungen wird die Debatte geschlossen und nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. **Rickert**, **Bödiker**, **Sattler** wird der Etatstitel bewilligt, ebenso ohne erhebliche Debatte der Rest des Kapitels „gewerbliches Unterrichtswesen."

Es folgt die Berathung über die Einnahmen aus dem Berg-, Hütten- und Salinenwesen.

Referent Abg. **Stengel** schlägt im Namen der Budgetkommission die unveränderte Genehmigung vor.

Abg. **v. Heeremann**: Hier handelt es sich um die Verhältnisse der Bergleute und ihrer Familien, welche Gegenstand der Berathung des Parlaments, der Regierung und der Wissenschaft bilden. Wir wollten diese Verhältnisse heut hier besprechen, da aber inzwischen eine große Erregung der Bergleute, ein Streik ausbrach, halten wir jede Besprechung dieser Verhältnisse für unthunlich, weil sie, mißverstanden oder entstellt, die Erregung und den zum Theil leider unter Kontraktbruch entstandenen Streik vermehren könnte. Wir verzichten also auf jede Besprechung dieser Dinge und werden das, was wir der Besprechung für bedürftig halten, in persönlicher Rücksprache mit dem Herrn Minister erledigen. Wir meinen, daß auf diesem Gebiet durch einzelne oder umfassende Gesetze keine Besserung eintreten kann, wenn nicht der christliche Gedanke die Unterlage unseres Verhaltens bildet. Das Bewußtsein der Vergeltung nach dem Tode muß seine Wirkung wieder gewinnen, die christliche Familie, die christliche Schule, die in ihrer Bewegung nicht gehemmte Kirche, die christliche Idee von der Arbeit und von den Arbeitern und die christliche Nächstenliebe müssen hier zusammen wirken.

Abg. **Popelius** verzichtet ebenfalls zur Zeit auf eine Erörterung der Streikfrage.

Abg. **Schmieding** weist darauf hin, daß die Löhne der Bergarbeiter in den letzten Jahren um 30 pCt. gestiegen sind. Auch er wollte es vermeiden, auf die Streikfrage näher einzugehen, er dürfe es aber nicht unterlassen zu betonen, daß in der letzten Zeit der Streik in frivoler Weise geradezu vom Zaune gebrochen sei. Es werden ins Blaue hinein ganz unerhörte Forderungen gestellt ohne Rücksicht auf etwa eintretende schlechte Zeiten des Bergbaues. In der Forderung des Minimallohnes liegt der sozialdemokratische Pferdefuß; der Minimallohn ist nichts weiter als der Lohn der Faulen auf Kosten der Fleißigen. Arbeitgeber und Arbeiter müssen zusammengehen, dann werden alle Mißhelligkeiten beseitigt werden. Der jetzige Streik ist weiter nichts als eine Frucht des Pariser Arbeiterkongresses. Den Sozialdemokraten wird der Streik jetzt schon unbequem. Es geht ihnen wie es ihnen der große Feldherr, den wir gestern zur letzten Ruhe bestattet haben, prophezeit hat: „Die deutschen Sozialdemokraten können wohl die Leidenschaften der Arbeiter erregen, sie aber nicht zügeln." Möchte die Regierung wie bisher ihre Schuldigkeit thun. Die Arbeitgeber werden jedenfalls jede unberechtigte Forderung der Arbeiter unnachsichtlich zurückweisen, selbst wenn es ihnen Schaden bringen sollte. Eine strenge Handhabung der bestehenden Gesetzbestimmungen über den Kontraktbruch wäre sehr zu wünschen. Mit Unrecht hat man die jetzige Zeit verglichen mit der Zeit vor der französischen Revolution. Wir haben keine ständische Mißwirthschaft, sondern ein starkes Königthum, welches für den Arbeiter ein Herz hat. Eher könnte man unsere Zeit vergleichen mit dem Reformationszeitalter. Damals wie heute bewegte die Zeit die soziale Frage. Auf der Grundlage der kaiserlichen Botschaft wird unser jugendfrischer Kaiser weiterarbeiten, und wir alle, Arbeitgeber und Arbeiter, wollen ihm darin unentwegt, aber ohne Hast, mit offener Hand und starker Faust, mit offenem Herz und klarem Kopf folgen! (Beifall.)

Minister **v. Berlepsch**: Es ist von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert worden, der freilich nicht erfüllt worden ist, diese Streikfrage nicht zu berühren. Ich meinerseits will heute den Standpunkt der Staatsregierung der Streikbewegung überhaupt und der gegenwärtigen Streikbewegung gegenüber nicht darthun in einem Zeitpunkt, wo die Hoffnung nicht ausgeschlossen erscheint, daß wir nicht zu einem allgemeinen Streik unserer Bergarbeiter kommen werden, sondern daß die Bewegung auf eine partielle Streikbewegung beschränkt bleiben und bald verschwinden wird. Wie lange dies dauern wird, kann allerdings Niemand wissen. Indessen wollen wir alles vermeiden, was zu einer weiteren Anregung der Bewegung auch nur indirekt dienen könnte. (Zustimmung.) Nur eins möchte ich hervorheben, das lebhafte Bedauern der Regierung, daß auch heute wieder die Belegschaften unter Bruch des Kotrakts in den Streik eingetreten sind, und ich habe es deshalb für meine Pflicht gehalten in Verbindung mit dem Minister des Innern den Bergbeamten eine Intervention zu untersagen, solange die Arbeiter kontraktbrüchig sind. Ob dieser Standpunkt aufrecht zu erhalten ist, will ich nicht unbedingt behaupten. Er wird namentlich dann verlassen werden können, wenn nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber die Vermittelung der königlichen Behörden anrufen. Im Uebrigen meine auch ich, daß Arbeiter und Arbeitgeber zusammengehören, und solange ich an der Spitze der Bergwerksverwaltung stehe, wird nach diesem Grundsatz verfahren werden. Wir haben jetzt durchweg auf sämmtlichen fiskalischen Bergwerken die Arbeiterausschüsse eingeführt. Diese Ausschüsse haben zwar nicht überall bis jetzt zu einer Herstellung und selbst Anbahnung des Friedens zwischen Arbeitern und Arbeitgebern geführt, wohl aber zu einer eingehenden Bekanntschaft der Bergbeamten mit den Wünschen der Bergleute, so daß eine schließliche Verständigung nicht ausgeschlossen ist. Die Bergwerke sollen nach dem Willen Sr. Majestät Musteranstalten sein. Ich verstehe darunter nicht nur eine möglichst reichlich bemessene Löhnung, eine möglichst kurze Schichtdauer und die Herstellung von Wohlfahrts-Einrichtungen durch Beschaffung von Wohnungen und eigenen Häusern für die Belegschaften, sondern vor allen Dingen die Erziehung des jugendlichen Bergmanns. Dies ist eine Hauptaufgabe aller Bergwerksverwaltungen, und ich freue mich, konstatiren zu können, daß in dieser Beziehung auch die Privatbergwerksbesitzer unsere Ansichten theilen. Gelingt es uns, die Bergmannskinder unmittelbar nach der Entlassung aus der Volksschule auf den Bergwerken zunächst über Tag und später unter Tag systematisch auszubilden, was freilich der dem ungemessenen Freiheitsdrange unserer Jugend nicht so leicht sein wird, als es wünschenswerth ist, so werden wir künftig diese heftigen Explosionen vermeiden können. (Beifall.)

Abg. **Ritter** (kons.): Gegen den jetzigen Streik sträubt sich der gesunde Menschenverstand. Um solche Zustände zu vermeiden, müsse sich die Gesellschaft die Erziehung der Arbeiter angelegen sein lassen. Die höchsten Güter, die Liebe zur Religion und die Liebe zum Vaterland müßten den Arbeitern erhalten werden.

Abg. **v. Jhenplitz** (k.) erklärt, er habe dem Hause eine Petition der Stadt Breslau zu übermitteln: welche sich dahin richte, daß dem bisherigen Verkaufsmodus der geforderten Kohlen der Staatswerke ein Ende gemacht werde, weil mit dem jetzigen Verkauf an wenige Großhändler eine Vertheuerung der Kohlen für die Konsumenten herbeigeführt werde. Die Privatgruben hätten einen solchen Verkaufsmodus eingeführt und dann wären die fiskalischen Werke diesem Verfahren gefolgt und verkauften die größte Masse ihrer Förderung an zwei Großhändlerfirmen, wodurch eine Preistreiberei zu Ungunsten der Konsumenten gefördert werde. Angesichts der privaten Interessen der Konsumenten dürfe man solche Privilegien für das Großkapital nicht aufrecht erhalten.

Minister **v. Berlepsch**: Ich habe dem Vorredner nicht vollständig folgen können, da er außerordentlich leise sprach. Allerdings verkaufen die Privatgruben und die fiskalischen Werke den größten Theil ihres Absatzes wesentlich an zwei Firmen, aber ich bestreite, daß diese Händler diese günstige, monopolartige Konzession dazu benutzt haben, die Preise übermäßig in die Höhe zu treiben. Ich habe die laut gewordenen Klagen untersucht und festgestellt, daß thatsächlich die Großhändler nicht mehr von den Konsumenten verlangt haben, als den Tagespreis der Kohlen auf den Gruben. Sind die Preise so hoch, so liegt das an den Zechen selbst. So lange der Staat große Kapitalien in Bergwerksunternehmungen steckt, muß er auch auf eine angemessene Verzinsung bedacht sein, sonst reduziren sich die Einnahmen im Etat ganz bedeutend. Den Preistreibereien folgen die fiskalischen Werke nicht. Der Verkauf an wenige Großhändler bringt den Vortheil des ständigen Abnehmers mit sich, sowie die Möglichkeit, die Arbeiter stets angemessen zu lohnen. Allerdings kann eine Ausnutzung dieser monopolartigen Begünstigung stattfinden, und deshalb haben die fiskalischen Werke in Saarbrücken ein eigenes Verkaufsbureau eingerichtet, welches zwar nicht gerade an jeden Kleinhändler verkaufen kann, aber doch an Gruppen und Interessenten, die sich melden. Ueber die Errichtung eines ebensolchen Bureaus in Schlesien haben auch schon Verhandlungen stattgefunden; das erfordert aber Zeit und Geld, es kann nur allmälig vorgegangen werden.

Darauf vertagt sich das Haus.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung **Donnerstag 11 Uhr.** (Etat der Bergverwaltung und Justiz-Etat.)

Parlamentarisches.

Berlin, Mittwoch, 29. April. In seiner heutigen Plenarsitzung hat der Bundesrath den Vorlagen, betreffend die für das Jahr 1893 geplante Weltausstellung in Chikago, die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für 1891/92, sowie betr. die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres 2c. zugestimmt.

Der rheinisch-westfälische Bergarbeiterstreik.

Im Laufe des Dienstags hatte sich der Ausstand im Ruhrkohlengebiet noch ausgedehnt. Die Zahl der streikenden Belegschaft war auf 40, die Zahl der streikenden Bergarbeiter auf rund 18 000 gestiegen. Nach der Zusammenstellung „Rh. Westf. Ztg." waren in der Mittagsschicht am Montag unter Tage angefahren 550 von 6916, über Tage 626 von 916; zur Nachtschicht am Montag waren angefahren unter Tage 864 von 1671, über Tage 856 von 469 und zur Dienstag-Morgenschicht waren angefahren unter Tage 7828 von 16 884, über Tage 5193 von 5724 Mann. Es streikten mithin 18 057 Mann. Da bei der Zählung ein paar Zechen fehlen, ist die Zahl der Ausständigen für Dienstag früh auf rund 18 500 Mann anzugeben.

Dagegen soll am Mittwoch nach einem Telegramm des „W. T.-B." die Zahl der Streikenden wieder bedeutend zurückgegangen sein, und im Herner und Gelsenkirchener Revier alles arbeiten.

Man sieht aus diesen Angaben immerhin, daß der Ausstand nicht die Ausdehnung annehmen zu wollen scheint, die man nach der Stimmung und den Beschlüssen der Bochumer Konferenz erwarten mußte.

Die Zechenverwaltungen thun dabei nichts, um den Frieden wieder herzustellen. Sie gießen vielmehr Oel ins Feuer und beweisen damit am besten, wie willkommen ihren dunklen Plänen dieser Streik ist.

Man lese folgende Meldungen:

Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund hat an die Vereinszechen folgendes Rundschreiben gerichtet: „Angesichts des Umstandes, daß einige Vereinszechen bereits am 1. des Monats Abschlagszahlungen auf den Lohn des vorhergegangenen Monats zu zahlen pflegen, empfiehlt Ihnen Ihr Vorstand, Abschlagszahlung für den Monat April, soweit solche bereits am 1. Mai d. J. erfolgen würden, an streikende Arbeiter, welche binnen der ihnen gesetzten Frist zur Arbeit nicht zurückgekehrt sind, nicht eintreten zu lassen."

Essen, 28. April. Auf Zeche „Bonifacius" wurden die Ausständigen, die anfahren wollten, bis zum 4. Mai gesperrt. Auf „Eintracht Tiefbau" wollten 35 ausständige Arbeiter anfahren, da sie aber die Zugehörigkeit zur Belegschaft verwirkt hatten, wurden sie bis zur Beibringung eines neuen Gesundheitszeugnisses abgewiesen.

Bochum, 29. April. In Wattenscheid bei Bochum wurde den Arbeitern, welche die Arbeit wieder aufnehmen wollten, seitens der dortigen Zechenverwaltungen die Anfahrt verweigert. Die Bergleute erster und zweiter Klasse sollen nach vier Wochen wieder um Arbeit nachfragen. Die Bergleute dritter Klasse sollen zunächst ein ärztliches Zeugniß beibringen. Die Erregung über diese Maßnahmen ist groß.

Das ist die konsequente rücksichtslose Fortsetzung desselben Systems, das den Ausstand künstlich gezüchtet hat. Nimmt man hierzu noch die Maßregelungen der Führer, die erfolgt sind oder drohen, so wird man den Verzweiflungsschritt der Bergleute vollständig begreifen.

Und diese Maßregelungen finden Beifall auch in der sogenannten freisinnigen Presse, einige ehrenwerthe Blätter ausgenommen. So verhehlt der „Börsen-Kourier" in zynischer Offenheit seine Freude nicht, wenn er — in seinem Börsentheile — schreibt:

„. . . . Daß weder die Regierung noch die öffentliche Meinung diesmal einen Druck auf die Grubenverwaltungen ausüben, ist den Bergleuten schnell klar geworden, auch daß sie auf einen ausgiebigen Schutz gegen etwaige Drangsalirung seitens streikender Kameraden nicht (sic! Soll heißen: „bestimmt". Redaktion des „Vorwärts") zu rechnen haben. Das Verhalten der Grubenvorstände, welche den ausständischen Leuten eine billige Bedenkfrist gewährten und sie gleichzeitig auf die Nachtheile aufmerksam machten, welche ihnen durch Kündigung der Wohnungen und Verlust an ihren Rechten gegenüber den Knappschaftskassen drohten, hat sich gut bewährt; die ernsthaften Leute, die sich vielleicht aus Furcht vor den Kameraden zum Feiern entschlossen haben, kehren zur Arbeit zurück und werden wohl ihre Delegirten für den Schaden, den sie durch deren Verhalten erlitten haben, in dankbarer Erinnerung behalten. Nehmen wir an, daß noch einige Tage vergehen, bevor alle Leute — natürlich mit Ausnahme einer Anzahl von Hetzern, an denen man durch definitive Entlassung ein Exempel statuirt — zur Arbeit zurückgekehrt sind, so wird man einen Lohnverlust von 4—500 000 M. annehmen können."

* * *

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Studt, hat folgende Polizeiverordnung erlassen:

„Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265), sowie der §§ 137, 139 und 141 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) wird unter Vorbehalt der späteren Zustimmung des Provinzialraths für den Umfang der Provinz Westfalen verordnet, was folgt: § 1. Wer sich unbefugt in der Nähe einer Betriebsstätte eines Bergwerks oder auf den Zugangswegen zu einer solchen Betriebsstätte aufhält und der Aufforderung des Polizeibeamten oder Gendarmen, sich zu entfernen, keine Folge leistet, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft. § 2. Diese Verordnung tritt mit dem 28. April d. J. in Kraft."

Die fiskalische Grubenverwaltung im Saar-Revier hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Nachdem in Westfalen ein Bergarbeiter-Ausstand ausgebrochen ist, wird nunmehr auch der Versuch gemacht, auch die

hiesige Belegschaft zu einem gleichen Vorgehen zu bewegen. Wir warnen auf das eindringlichste vor jeder Arbeitseinstellung mit der ausdrücklichen Erklärung, daß wir einem derartigen Versuche in der schärfsten Weise entgegentreten werden. Saarbrücken, 27. April 1891. Königliche Bergwerksdirektion. gez. v. Velsen."

Die Landgemeinde-Ordnung in Preußen.

I. Geschichtliches.

(Schluß.)

Das Jahr 1848 traf noch bedeutende Ueberbleibsel der alten Zustände, u. a. Frohnen und Laßbesitz an, und die Beseitigung dieser Reste des Feudalismus gehörte zu dem Programm der damaligen liberalen Bewegung; vor allem in Schlesien traten die Mißstände grell hervor.*) Nachdem der Ministerverweser von Patow bereits am 20. April 1848 eine neue Regulirungs- und Ablösungs-Gesetzgebung vorbereitet hatte, gab man zunächst für Schlesien am 20. Dezember 1848 ein Gesetz für interimistische Auseinandersetzungen, und am 2. März 1850 kamen die bekannten Gesetze zu Stande, von denen das eine die neuen Grundsätze für Regulirung und Ablösung, das andere die Errichtung einer Rentenbank, mit deren Hilfe die Dienste und Abgaben beseitigt werden sollten, behandelt. Nun war die Regulirung bezw. die Ablösung auch für spannlose kleine Stellen erreichbar, doch blieb nach wie vor alles davon abhängig, ob von der einen oder anderen Seite ein Antrag gestellt wurde. „Verwaltungsrechtlich ist die Gesetzgebung von 1850 sehr anerkennenswerth; da aber nur noch wenige Stellen lassitischer Art übrig waren, die davon Gebrauch machen konnten,**) so ist die sozialpolitische Wirkung des Gesetzes nicht so sehr groß gewesen; sehr bedeutend dürfte aber die der neuen Ablösungsgrundsätze (anwendbar auf Stellen mit besserem Besitzrechte) gewesen sein." Einen neuen Rückschritt (die Reaktion wurde immer kühner) brachte die Deklaration vom 24. Mai 1853; dieselbe forderte für die Regierungsbezirke Stettin, Köslin und Danzig, daß nur dann die Regulirung vorgenommen werde, wenn auf den bäuerlichen Stellen die Verpflichtung zu einer an den Staat zu entrichtenden Steuer ruhe, ähnlich wie 1816 nur die katastrirten Stellen zugelassen wurden. Am 16. Januar 1857 wurde das sogenannte Präklusionsgesetz gegeben: Danach mußten Anträge auf Regulirung von der einen oder anderen Seite bis zum 31. Dezember 1858 gestellt sein, oder es erlischt der Anspruch auf Regulirung. Knapp macht darauf aufmerksam, daß hierdurch Beschleunigung in all' den Fällen, die als unbequem empfunden wurden, eingetreten, der lassitische Besitz rechtlich aber nicht aufgehoben worden ist. Für Neuvorpommern gelten zwar die Ablösungsgesetze von 1850, nicht aber die Regulirungsgesetze, weder alte noch neue, obwohl 1890 auf Rügen, wie bereits mitgetheilt, noch lassitische Besitzrechte sich fanden. Was für Wirkungen die Reform gehabt hat, ist von uns bereits des Näheren ausgeführt worden.

Daß in der Bewegung des Jahres 1848 die Landgemeinde-Verfassung zu den lebhaftesten Erörterungen und zu einer Reihe von gesetzgeberischen Vorschlägen, aber zu keinem positiven Ergebnisse geführt hat, ist bekannt genug. Erwähnt sei der in der preußischen Nationalversammlung von den Abgeordneten der Linken Schwickerath und Gen. eingebrachte Gesetzentwurf über die Verfassung der Gemeinden, Kreise und Bezirke des preußischen Staates, der mit allen patrimonialen Rechten, mit den selbständigen Gutsbezirken gründlich aufräumte, das Stimmrecht in der Gemeinde demokratisirte u. s. w. Weder dieser Entwurf, noch der mittelst königl. Botschaft vom 13. August 1848 vorgelegte Regierungs-Entwurf sind zur Berathung gekommen.

Nachdem der Artikel 104 der Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 Grundzüge für die Verfassung der Gemeinden, Kreise und Bezirke aufgestellt hatte, wonach eine Oberaufsicht des Staates über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten nicht vorbehalten, den Landgemeinden die Verwaltung der Ortspolizei übertragen und die polizeiobrigkeitliche Gewalt der Gutsherren aufgehoben war, nachdem ferner durch das Justizorganisations-Gesetz vom 2. Januar 1849 die Patrimonial-Gerichtsbarkeit beseitigt war, kam die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850. Dieselbe legte zwei Normen fest, die Aufhebung des selbständigen Gutsbezirkes und die Nothwendigkeit einer Gemeinde-Vertretung. Die Gemeinde-Ordnung war ihrer ganzen Tendenz nach ein Kompromiß zwischen Großgrundbesitz und mobilem Kapital. Fanden sich darin liberale Anklänge, so war dies der noch frischen Erinnerung an die Märztage, an die Volksbewegung von 1848/49 geschuldet. Indeß die Reaktion erstarkte schnell, und selbst diese Landgemeinde-Ordnung mußte fallen. Durch Erlaß vom 19. Juni 1852 wurde ihre Durchführung sistirt. Am 24. Mai 1853 ergingen zwei Gesetze, von denen das eine den Artikel 105 der Verfassungsurkunde aufhob und an dessen Stelle die Bestimmung setzte:

„Die Vertretung und Verwaltung der Gemeinde, Kreise und Provinzen des preußischen Staates wird durch besondere Gesetze näher bestimmt."

das andere die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 außer Kraft setzte und aussprach, daß die früheren Gesetze und Verordnungen über die Landgemeinde-Vertretungen in den östlichen Provinzen, soweit sie nicht der Verfassungsurkunde widersprächen, neu in Kraft treten sollten. Zur „Fortbildung" dieser Verfassungen sollten besondere provinzielle Gesetze erlassen werden.

Die chaotische Wirrniß blieb also, die Junker triumphirten, 1848 war vergessen und der ständisch-provinziale Partikularismus feierte seine fröhliche Auferstehung. Gesetzentwürfe zur „Fortbildung" des Chaos, die der Landrathskammer 1853/54 zugingen, nahmen ihr kläglich Ende in den Kommissionen, es blieb Alles beim Alten bis zu der Novelle vom 14. April 1856, die, wie der bekannte Führer der Konservativen Wagener ehrlich in der Kammer aussprach, „den Stempel der siegenden Reaktion" trug. Keine Spur von Gemeinde-Autonomie; Bevormundung durch Gutsherrn und Staat, d. h. durch die Exekutive der Feudalen, Ohnmacht der Bauern, Ohmacht der Herren. Die patrimoniale Gewalt wurde nicht blos erhalten, sondern erweitert, indem das Polizei-Verordnungsrecht den Feudalen in den Schooß geworfen wurde. Die letzten Zeiten bezeichnen, sagte Keil, „den Höhepunkt der schon dem Untergang geweihten gutsherrlichen Rechte."

Die Kreisordnung für die östlichen Provinzen vom 13. Dezember 1872, den Agrariern übrigens auf den Leib zugeschnitten, hob endlich die Verbindung obrigkeitlicher Befugnisse mit dem Besitze gewisser Güter auf, beseitigte die gutsherrliche Polizeigewalt, das Aufsichtsrecht der Gutsherren über die Landgemeinde, sowie die mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundene Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzenamts, übertrug den Gemeinden das Recht, ihre Schulzen und Schöffen, vorbehaltlich der Bestätigung des Landraths (!), selbst zu wählen u. s. w. Es ist unnöthig, die verschiedenen Verwaltungsmaßregeln aufzuzählen, die das baufällige Haus der Landgemeinde-Verfassungen stützen sollten.

Politisch, wirthschaftlich, finanziell bedarf die Verfassung der Landgemeinden einer Neuregelung. Erwerb und Verlust des Gemeinderechts, Gemeindeabgaben, Gemeindevertretung, Beseitigung der bureaukratisch-feudalen Bevormundung, Vertretung der Gemeinden und der Gutsbezirke, Verlegung der niederen Polizei in die Gemeinden, Heranziehung des Großgrundbesitzes zu den Lasten, Stimm- und Wahlrecht, eine Fülle von Fragen drängen zur befriedigenden Lösung. Immer drückender lasten auf den Landgemeinden die Wege-, Armen- und Schullasten, die Versicherungsgesetzgebung tritt anspruchsvoll auf, und die Anforderungen, welche von allen Seiten kommen, heischen verständige gerechte Befriedigung.

Abseits, seiner Machtstellung gewiß, seine wirthschaftliche und politische Ueberlegenheit keck und rücksichtslos ausbeutend, steht der Großgrundbesitz, immer bereit, die Landbevölkerung zu exploitiren und der Landgemeinde die ihm zukommenden Lasten aufzubürden. Was die Junker durch Jahrhunderte gethan, die Landarbeiter, die Bauern zu unterdrücken, sie thun es noch heute. Und so sehen wir, wie sie den neuesten schwachen Versuch, etwas Ordnung in die Landgemeinden zu bringen, durch die Kraft ihres organisirten Widerstandes zu nichte machen. Etwas soll geschehen, die Angst vor der Sozialdemokratie, die auf das Land geht, die unter den Proletariern der Landwirthschaft mehr und mehr Anhang gewinnt, zwingt dazu, und im Verein für Sozialpolitik, in der Denkschrift der Regierung, in der Kammer ist dieser rothe Faden, der sich deutlich durch all die Debatten und Promemorias und Gutachten zieht, deutlich zu erkennen. Aber was geschehen soll, darf die Besitzenden nicht irgendwie erheblich in ihren „wohlerworbenen Rechten" — wie „wohlerworben" ist der Großgrundbesitz! — beeinträchtigen. Peinliches Dilemma, das jene nicht lösen werden!

*) Vgl. Knapp a. a. O. S. 188, 189.

**) Die Jahre 1816—1850, in welchen die kleinen Lassiten nicht mehr unter dem Bauernschutze standen, haben Dank dem guten Magen des Junkerthums geradezu verheerend gewirkt.

Lokales.

Säumige Wähler, welche der Arbeiterklasse angehören, sind nach Durchsicht der Wählerliste im 17. Kommunal-Wahlbezirk, in welchem am 5. Mai die Stichwahl für den Genossen Wilh. Börner stattfindet, unter Anderen nach Berufen folgende: 252 Arbeiter, 146 Tischler, 44 Schneider, 40 Maurer, 38 Maler, 31 Klempner, 29 Kellner und 18 Zimmerer. Es wäre in den verschiedenen Gewerkschaften und Werkstätten sehr angebracht, wenn die Genossen solche Kollegen, welche ihr Wahlrecht in diesem Bezirk haben, zur Ausübung desselben veranlaßten, umsomehr, da es voraussichtlich auf wenige Stimmen ankommen wird. Die Wählerliste liegt zur Einsicht bei Wilh. Börner, Ritterstr. 108, Zigarrenladen, aus.

Vor kurzer Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß die Heilsarmee durch die neugegründete Friedensarmee eine gewaltige Konkurrentin bekommen habe und gleich darauf wurde gemeldet, daß die Friedensarmee wegen überflüssigen Mangels an Kleingeld zur Bezahlung der Schulden das zeitliche bereits wieder gesegnet habe. Das ist jedoch nicht der Fall, wie eine Versammlung bewies, welche durch die Friedensapostel am Dienstag Abend abgehalten wurde. — Als unser Berichterstatter kurz vor 8 Uhr den Versammlungssaal betrat, war noch niemand anwesend, als der Friedensgeneral, welcher eine mit vorsintflutlichem Einband versehene Bibel auf die improvisirte Kanzel legte, und ein Herr, welcher eine breite, weiße Atlasschärpe über die Brust geschlungen hatte und wahrscheinlich der persönliche Adjutant des kommandirenden Generals war. Merkwürdigerweise nahm derselbe aber an der Versammlung keinen Theil, sondern er erhob sich schon vorher mit einer Entschuldigung und — verschwand auf Nimmerwiedersehen. — Mittlerweile füllte sich der Saal immer mehr und war bald so besetzt, daß kein Apfel hätte zur Erde fallen können. Endlich bestieg der General, ein kräftiger, junger Mensch, die Kanzel und deklamirte ein Lied. Sodann las er einen Abschnitt aus Timotheus vor. Sofort durchschwirrte da den Saal der Ruf: „Sieh' da, sieh' da, Timotheus! Die Kraniche des Ibikus!" Ungeheuere Heiterkeit des Publikums folgte diesem Zitat und hielt während der ganzen Dauer der Versammlung vor. Unterdessen hatte der General seine Vorlesung beendet und hielt nun einen Vortrag über das Wesen und die Ziele der Friedensarmee, wobei es etliche tüchtige Seitenhiebe für die konkurrirende Heilsarmee absetzte. Redner betonte, daß die Friedensarmee allen Armen und Mittellosen helfen wolle (Ruf: „Pumpen Sie mir 'nen Dahler!"), aber nicht sowohl materiell, sondern geistig. Ein jeder müsse tiefes Mitleid empfinden, wenn er die große Noth sähe, in der die armen Leute versunken wären, und zu der geistigen Leere käme noch die körperliche, hervorgerufen durch den strengen Winter und die Arbeitslosigkeit. Da der Redner betonte, daß gerade diesen Leuten von der Friedensarmee geholfen werden solle, lief ein schriftlicher Antrag aus der Mitte der Versammlung ein, den Ueberschuß der Tellersammlung zum Besten der ausgesperrten Arbeiter Deutschlands der Generalkommission in Hamburg zu überweisen; der General warf aber den Antrag unter den Tisch mit den Worten: „Die haben es nicht nöthig." Die Heiterkeit der Versammlung hatte nunmehr den Gipfelpunkt erreicht; es war ein allgemeines Gelächter und selbst dem überwachenden Beamten gelang es nicht, den Ernst zu bewahren. Der Redner konnte nicht weiter sprechen und ging dazu über, die Vertheilung der Chargen bekannt zu machen. Es wurden — wie ja auf den Plakaten der Anschlagsäulen zu lesen stand — gegen 20 Chargen vertheilt, meistens Hauptleute, Premierlieutenants und Sekondelieutenants, fast keine Gemeine. Das Sonderbarste an der ganzen Sache war aber, daß die ganze Armee nur durch 2 Männer und 2 Frauen vertreten war, die an ihren silberbordirten Mützen und weißen Schleifen kenntlich waren. Der General machte ferner bekannt, daß vor Beginn der nächsten Versammlung die „Kriegsartikel der Friedensarmee" einzusehen wären, und versicherte nochmals, daß allen Soldaten der Friedensarmee das Wohl der Armen und besonders der Arbeiter am Herzen liege. Die Antwort auf diese letztere Bemerkung wurde dadurch gegeben, daß aus hundert Kehlen die Klänge der Arbeiter-Marseillaise ertönten. — So endete diese merkwürdige Versammlung, der Ertrag der Tellersammlung wird wohl eine hochwillkommene Einnahme zur Deckung eines Theils der durch den Friedensgeneral kontrahirten Schulden sein.

Wegen allzu gewaltiger Miethssteigerung will ich mein Lager vollständig räumen!" — einen Zettel dieses Inhalts hat der in Alt-Moabit wohnende Kaufmann B. in seinem Schaufenster angebracht und dadurch zunächst bei seinem Hauswirth Aergerniß erregt. Der Letztere hat sich beim Revervorstand beschwert, und ist dem Kaufmann auch aufgegeben worden, das Plakat zu entfernen. Dieser weigert sich jedoch, der Anordnung Folge zu leisten, indem er sich darauf beruft, daß es in seinem Interesse liegt, seiner Kundschaft und seinen Lieferanten den wahren Grund anzugeben, weshalb er sein Geschäft aufgiebt, beziehungsweise verlegt. Herr B. will es auf eine richterliche Entscheidung ankommen lassen, falls das ihm angedrohte Strafmandat zur Ausführung gelangt. Es wäre interessant, zu erfahren, ob auch im vorliegenden Falle der so dehnbare Paragraph vom groben Unfug angezogen werden kann.

An die unrichtige Adresse gelangte ein Schuß, welchen ein junger Mann in selbstmörderischer Absicht am Sonntag in der dritten Stunde im Thiergarten unweit der Rousseau-Insel auf sich abfeuerte. Durch denselben wurde nämlich die Tochter eines in der Schillstraße wohnenden Rentiers glücklicher Weise nur sehr leicht am Ohr gestreift. Der Selbstmörder, welcher in der Aufregung gefehlt hatte, ergriff die Flucht, als er die unerwartete Wirkung seines Schusses bemerkte.

Das Kunstwerk eines Irrsinnigen birgt eine Bodenkammer der Dalldorfer Irrenanstalt. Dasselbe besteht in dem etwa 1 Meter hohen Modell eines bestimmten Anstaltsgebäudes. Dieses Modell ist nach jeder Richtung hin naturgetreu — jeder Theil ist abnehmbar, die Inneneinrichtung bis auf den Seifennapf auf dem Waschtisch, sowie das Stück Seife darin, findet man der Wirklichkeit entsprechend vor. Der Verfertiger, welcher noch unter den Lebenden weilt, hat zu diesem Kunstwerk über 1 Jahr gebraucht. Sehenswerthe Arbeiten liefern die Irren öfter; leider fehlt der Raum zu deren würdiger Aufstellung.

Ein erschütterndes Drama spielte sich vorgestern in der Abendstunde auf dem Kirchhofe in Britz ab. Ein hiesiger Fleischermeister, welchem in der vergangenen Woche drei Kinder an Diphtheritis verstorben sind, verfiel bei der Beerdigung des letzten plötzlich in Stumpfsinn, welcher bald in Tobsucht ausartete. Der Mann, welcher sich wie ein Rasender geberdete, mußte von den Verwandten gewaltsam in eine der Leichenkutschen gebracht und schleunigst nach seiner Wohnung transportirt werden, woselbst der sogleich hinzugerufene Arzt die Ueberführung des Unglücklichen nach der Charitee anordnete.

Bei dem Amtsgericht Liebenwalde ist, einer an die hiesige Kriminalpolizei gelangten Mittheilung zufolge, ein etwa fünfzig Jahre alter Mann, stark ergraut, mit röthlich-blondem Schnurrbart, zur Haft gebracht worden, der sich Viktor v. Bonstetten nennt. Er wollte angeblich in Liebenwalde ein Sanatorium errichten und hat auch sonst Angaben gemacht, die die Annahme gerechtfertigt erscheinen lassen, daß er ein internationaler Hochstapler ist. Er behauptet nämlich, in Linden bei Hannover geboren, als Oberstabsarzt der preußischen Marine bis vor einigen Wochen auf dem Schiff „Preußen" stationirt gewesen zu sein; auch wollte er bei einem Berliner Bankier die Summe von 120 000 Mark deponirt haben. Als ihm vorgehalten wurde, daß es einen Oberstabsarzt von Bonstetten in der preußischen Marine nie gegeben hat, änderte der Hochstapler seine Angaben und behauptete nun, daß sein Vater Universitätsprofessor in Genf gewesen sei. Er selbst sei in der Schlacht bei Langensalza durch einen Bajonettstich und einen Säbelhieb verwundet worden, sei darauf als Militärarzt in die italienische Marine eingetreten und zuletzt neun Jahre auf Kauffahrteischiffen gefahren. Seine letzte Reise habe er auf dem Schiffe „Provence" gemacht, mit dem er am 24. Dezember in Buenos Aires abgefahren und Anfang Februar in Marseille angekommen sei. Wo er seitdem gewesen, und wie seine Verwandten heißen, das anzugeben, verweigert der Verhaftete. Richtig sei, daß er bei einem Berliner Bankier die oben genannte Summe liegen habe, dort sei das Geld auf den Namen seiner Schwester eingetragen, und den Namen der Schwester wolle er nicht nennen. In Liebenwalde, so erklärte er schließlich, verweigere er jede Auskunft, dagegen wolle er in Berlin einem Berliner Rechtsanwalt die ausführlichsten Mittheilungen über seine Verhältnisse machen.

Friedrichshagen. Den Ausflüglern unserer Parteirichtung giebt die Lokal-Kommission nochmals die Lokale bekannt, deren Inhaber weder ihre Säle zu Versammlungen geben, noch Arbeiterblätter auslegen wollen. Es sind dies Fr. Lerche, W. Lerche, Hohmann, W. Carius (Wilhelmsgarten), W. Fritze und das Wilhelmsbad. Alle übrigen Lokale sind für uns zu haben und ertheilt bereitwilligst jede Auskunft Carl Maiwald, Scharnweberstr. 22.

Den Genossen von Berlin und Umgegend zur gefälligen Kenntnißnahme, daß in Friedenau folgende Säle zu allen Arbeiterversammlungen uns zur Verfügung stehen: 1. Trenkels Gesellschaftshaus, Rheinstr. 14. 2. Kurhaus (Inhaber Spremberg), Rheinstraße und Ringstraßen-Ecke. Wir richten deshalb an die Genossen die Bitte, bei etwaigen Ausflügen und Landpartien die Wirthe berücksichtigen zu wollen, welche uns in unseren Interessen zur Seite stehen, denn wir sind dazu verpflichtet, dieselben nach Kräften zu unterstützen.

Polizeibericht. An der Ecke der Teltower- und Großbeerenstr. wurde am 27. d. M. Abends ein 71 Jahre alter Rentier von einer Droschke überfahren und am Hinterkopfe anscheinend schwer verletzt. — Auf dem Spittelmarkt fiel am 28. d. M. Mittags eine Frau infolge eines Fehltritts zur Erde und brach den linken Oberschenkel, so daß sie nach der Charitee gebracht werden mußte. — Nachmittags stürzte sich eine 70 Jahre alte Frau, angeblich aus Nahrungssorgen, aus dem Flurfenster im fünften Stock des Hauses Luckauerstr. 13 auf den Hof hinab und verstarb auf der Stelle. — Zu derselben Zeit wurde in der Spree, an der Weidendamer Brücke, die Leiche eines unbekannten, etwa 80 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Auf einem Schießstande des Karlsgartens in der Hasenhaide erschoß sich Abends ein unbekannter, etwa 25jähriger Mann mittelst Terzerols.

Gerichts-Zeitung.

Eine häßliche Eifersuchtsszene führte gestern einen gewissen Stachowski unter der Anklage der schweren Körperverletzung vor das Forum des Schöffengerichts. Herr Staszewski besitzt eine Frau, um welche er nach den Schilderungen, die er gestern dem Gerichtshofe machte, nicht zu beneiden ist. Er glaubte wenigstens Grund zur Eifersucht auf den Angeklagten Stachowski und einen anderen Nebenbuhler zu haben, denn er machte die Wahrnehmung, daß seine Frau mit diesen jungen Männern in äußerst regem und vertrauten Verkehr stand, ja sogar bis spät in die Nacht hinein mit denselben das Leben genoß. Es kam darüber zu vielen Auseinandersetzungen, wobei der Ehemann aber gewöhnlich den kürzeren zog. Am 8. Februar Abends ging Herr Staszewski mit seiner Frau zu einem Tanzvergnügen nach dem Artushof in Moabit, nachdem ihm seine Frau vorher die Versicherung abgegeben, daß die beiden Schwerenöther nicht zur Stelle sein würden. Dem bedauernswerthen Manne wurde aber auch hier die Milch der frommen Denkungsart sehr bald in gährend Drachengift verwandelt, denn er sah plötzlich die beiden Nebenbuhler im Saale auftauchen, seine Frau umgirren und konnte es nicht hindern, daß dieselben wiederholt mit ihr tanzten. Er machte seinem gepreßten Herzen etwas deutlich Luft und es kam zu einem heftigen Wortwechsel zwischen ihm und den Angeklagten. Bei Beginn der Polonaise verließ er mit seiner sehr ungehaltenen Frau den Tanzsaal. Als er auf dem Nachhauswege in der Rathenowerstraße angelangt war, stürzte plötzlich Jemand aus dem Hinterhalte über ihn her und im Nu hatte er drei Messerstiche in den Kopf erhalten, so daß das Blut in Strömen über das Gesicht floß und ihn am deutlichen Sehen verhinderte. Er konnte blos die äußeren Umrisse des davon eilenden Attentäters erkennen. Die Einzige, welche denselben genau hätte erkennen müssen, war seine unmittelbar neben ihm gehende Frau, welche keinerlei Anstalten zur Verfolgung des Messerstechers gemacht hatte und die Behauptung aufstellte, daß sie den letzteren nicht erkannt habe. Sie beeidete auch diese Behauptung trotz aller Verwarnungen des Vorsitzenden und der sorgfältigen Protokollirung ihrer Aussage. Dem Angeklagten erwuchs hieraus kein Nutzen. Das Schöffengericht hatte auf Grund der Beweisaufnahme keinen Zweifel an seiner Thäterschaft und verurtheilte ihn zu neun Monaten Gefängniß. Der Angeklagte wurde sofort in Haft genommen.

Ein Schwindel eigener Art führte den Porträtmaler Robert Röder vor dieselbe Strafkammer. Röder war in Geldverlegenheit und in Noth gerathen. Da hatte er auf einer Stadtbahnfahrt ein Gespräch zwischen mehreren Fahrgästen mit angehört, welches sich um einen Meineidsprozeß drehte. Er benutzte die auf so leichte Art erworbene Kenntniß, indem er zu dem Kaufmann Isaac zu Charlottenburg, den das Gespräch betraf, hinging und ihm versprach, gegen Zahlung einer Summe von 400 M. sehr wichtige Mittheilungen zu machen. Isaac wies dies seltsame Anerbieten erst ab, sagte aber dann dem Angeklagten,

er möge doch in einer Stunde wiederkommen. Röder kam auch wieder, und um Näheres befragt, machte er Andeutungen aller Art, die sich auf „politische Anrüchigkeit“, auf „Beobachtung des Isaac seitens der Polizei“, für welche 1200 Mark aus einem gewissen Fonds bezahlt würden und auf jenen Meineidsprozeß der demnächst anhängig gemacht würde, bezogen. Die Schwindelei war dem Isaac denn doch zu durchsichtig, da er sich absolut nichts bewußt war und ließ derselbe die Polizei requiriren und den Namen des Röder feststellen. Der Gerichtshof glaubte dem Angeklagten, daß Geldverlegenheiten ihn zu seinem seltsamen Schritt getrieben hätten und verurtheilte denselben zu 10 Tagen Gefängniß.

Arbeiterbewegung.

Leipzig. An den Eisenbahn-Arbeiterkongreß, der jetzt in Tours (Frankreich) tagt, haben hiesige Eisenbahn-Arbeiter folgende Adresse geschickt:

„Wir sind hocherfreut zu wissen, daß Ihr vereinigt seid zu dem Zwecke Eure Lage zu verbessern.

Dieses muthige Eintreten wird nicht ohne gute Folgen bleiben. Die deutschen Eisenbahn-Arbeiter bringen Euch die aufrichtigsten Glückwünsche dar, sie begrüßen Euer energisches Handeln mit größter Begeisterung und werden sicherlich in nicht zu ferner Zeit Eurem Beispiel folgen.

Wenn die Eisenbahn-Arbeiter endlich ihre Stimmen laut erheben, so werden sie dazu gedrängt, einmal durch die ungünstigen Arbeits- und Lohnverhältnisse, das andermal durch das unverantwortliche herausfordernde Gebahren der Verwaltung im Verein mit den bestehenden Arbeitgeberkoalitionen jeder Art ihren Arbeitern gegenüber.

Durch Kampf zum Sieg.

Mit kollegialischem Gruß.“

Wien, 28. April. Eine heute Nachmittag abgehaltene Versammlung der streikenden Bäckergehilfen nahm einen sehr stürmischen Verlauf und wurde schließlich aufreizender Reden wegen vom Polizeikommissar aufgelöst. Alle Redner sprachen für Fortsetzung des Streiks.

London, 29. April. Aus New-York wird gemeldet, daß 2500 Werkstätten-Arbeiter der Michigan-Zentralbahn streiken.

New-York, 28. April. Nach Meldungen aus Pittsburg ist in dem Ausstandsbezirke von Pensylvanien die Arbeit vielfach wieder aufgenommen worden, ohne daß die Arbeitenden belästigt werden. Der Führer der Arbeiterpartei Wise ist aus Columbus in Ohio zurückgekehrt, wo kürzlich eine Versammlung der Arbeiterführer stattgefunden hatte. Wie es heißt, ist die Bewegung zu Gunsten des achtständigen Arbeitstages vertagt worden.

Soziale Uebersicht.

Zimmerleute Berlins. Da das Bureau der am 30. März tagenden Versammlung der Zimmerer Berlins beauftragt war, den 1. Mai Abends eine Versammlung der Zimmerleute Berlins einzuberufen mit der Tagesordnung: Die Bedeutung des Achtstundentages, beschloß der Verband der Zimmerleute, demgemäß sich dem Beschluß zu fügen und keine Versammlung für den 1. Mai einzuberufen. Mit der gemeinschaftlich geplanten Versammlung der Maurer und Zimmerleute jedoch, zu der das Bureau überhaupt nicht beauftragt ist, erklären wir uns nicht einverstanden. Die Korporation der Zimmerleute mußte im Stande sein, am 1. Mai den größten Saal Berlins zu füllen. Da nun das Bureau nicht im Auftrage der Versammlung gehandelt hat, so empfehlen wir, daß sich die Zimmerleute den großen Arbeiterversammlungen und den Versammlungen der Wahlvereine, in deren Bezirk sie sich befinden, anschließen und thatkräftig für den 1. Mai eintreten. J. A.: W. Zippke, Markusstr. 14.

Maifeier. Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Am Sonntag, den 3. Mai, findet morgens 8 Uhr, in der Gräfl. Reischach'schen Brauerei in Stralau ein Frühschoppen statt, wozu alle Freunde und Genossen mit Familien eingeladen sind. Treffpunkt um 7½ Uhr pünktlich am Schlesischen Thor. — Von Nachmittags 4 Uhr ab in den Zentral-Festsälen, Oranienstraße 180: Ball, Festrede und Vorträge unter Mitwirkung des Gesangvereins „Bretzelschluß“ (Mitgl. d. A. S. B.) Billets à 30 Pf. (inkl. Tanz) sind zu haben bei den Herren A. Wilde, Böckhstraße 21, 4 Tr.; R. Sündermann, Skalitzerstr. 122, 2 Tr.; A. Fricke, Adalbertstr. 53, Hof 4 Tr. und A. Ringe, Reichenbergerstr. 158.

Aufforderung an alle Diejenigen, welche Marken (Bons) für die ausgesperrten deutschen Arbeiter in Vertrieb hatten, sie resp. das darauf gesammelte Geld unverzüglich dahin abzuliefern, wo sie selbige entnommen haben, da die Unterzeichneten öffentlich abrechnen wollen und daher die Namen der Restirenden genannt werden müssen. Die Kommission der Tabakarbeiter Berlins. J. A.: Wilh. Börner.

Der Verband der vereinigten Steinsetzer-Gesellen in Deutschland hat eine Statistik über das Jahr 1890 herausgegeben, der wir Folgendes entnehmen. Die Arbeitsbedingungen sind vielfach wenig geregelt. Die Arbeitszeit schwankt sehr und beträgt vielfach 11 Stunden, auch 12—14 Stunden (z. B. in Querfurt). Der Zentralvorstand erblickt in der ungleichen Arbeitszeit ein Hemmniß der gewerkschaftlichen Agitation und meint, es müsse jetzt dahin gestrebt werden, daß möglichst die 10stündige Arbeitszeit eingeführt werde. Bemerkenswerth ist, daß dort, wo die Arbeitszeit am längsten ist, durchweg die Löhne erheblich niedriger sind, als in den Orten mit kürzerer Arbeitszeit. Das Verhältniß zwischen Meistern und Gesellen wird in Dresden und Posen bezeichnet als sehr gut, in Berlin (wo 500 Arbeiter der Organisation angehören, während die übrigen 100 wegen stockender Beitragszahlung gestrichen wurden), Breslau, Dessau, Flensburg, Görlitz, Liegnitz, Potsdam und Saarmund als gut, in Hamburg als ziemlich gut; in Chemnitz, Erfurt, Wandsbeck als zufriedenstellend; in Altenburg, Eberswalde und Umgegend, Naumburg als kein gutes; in Halle, Hannover und Leipzig als nicht das beste; in Nordhausen als nicht das richtige; in Bernburg als gespannt und nicht leutselig (Ist in Bernburg ein „leutseliger“ Unternehmer das Ideal der Gesellen?); in Köthen als schlecht; in Königsberg als sehr schlecht. Von Querfurt, wo 12 bis 14 Stunden gearbeitet wird, berichtet man: „Das Verhältniß zwischen Meister und Gesellen hat sich in kurzer Zeit auch geändert. Zwei Meister sind durch den Tod abgerufen. Da bloß noch ein Meister am Orte ist, werden die Kollegen ganz gut mit demselben fertig;“ nämlich bei zwölf- bis vierzehnstündiger Arbeitszeit.

In Bilbao (Spanien) streiken die Hausbediensteten, Männer und Weiber. Die Herrschaften müssen selber kochen und sich bedienen.

Versammlungen.

Der Fachverein der Lederarbeiter hielt am Sonntag, den 19. d. M., eine Generalversammlung ab, in welcher Sievers einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Das religiöse Vorurtheil“ hielt. Sodann verlas der Revisor, Kollege Lehmann, den Kassenbericht vom letzten Quartal; hiernach beziffern sich die Einnahmen auf 484,78 M., die Ausgaben auf 324,45 M., der gegenwärtige Kassenbestand beträgt somit 160,33 M. Der Kassirer Haunschildt macht hierzu bekannt, daß unter Ausgaben 100 M. Vorschuß für das Vergnügungskomitee gebucht sind, wofür die Einnahmen noch gänzlich ausstehen, und bittet fernerhin dergleichen Quittungen als Bestand gelten zu lassen. Nachdem noch einige Fragen zum Kassenbericht richtig gestellt, wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Ueber die Thätigkeit der Arbeitsnachweise-Kommission berichtete Kollege Wunschek. Es wurden 31 Gehilfen und 6 Lehrlinge von 28 Fabrikanten verlangt; um Arbeit angefragt hatten 56 Gehilfen und 3 Lehrlinge, außerdem wurden im Arbeitsnachweis 18 Mitglieder aufgenommen und 303 Beitragsmarken verkauft; auch die Zahlstelle im Norden entfaltete eine rege Thätigkeit.

Sodann nahm der Verein Stellung zur Maifeier. Der Vorstand berichtete, daß er ein passendes Lokal nicht hat bekommen können, und es wurde daher von einer eigenen Feier Abstand genommen, es vielmehr jedem Einzelnen überlassen, den 3. Mai festlich zu begehen, doch wurde empfohlen, sich zu der vom 4. Reichstags-Wahlkreise im Viktoria-Park zu veranstaltenden Festlichkeit zusammen zu finden. Ein Antrag des Kollegen Wunscheck: den arbeitslosen Vereinsmitgliedern zur Maifeier 2 M. zu bewilligen, wurde abgelehnt, desgleichen ein Antrag Götzelt: der Bibliothek 20 M. zu bewilligen. Die nächste Vereinsversammlung findet am Sonnabend, den 9. Mai, im Vereinslokale statt. (Referent Dr. Lütgenau.)

Der Fachverein der Gas-, Wasser-, Heizungs-Rohrleger und Gehilfen hielt am Sonntag seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Bevor zur Erledigung der Tagesordnung geschritten, legte der erste Vorsitzende, Koll. Reckner, sein Amt nieder, da er Umstände halber hierzu gezwungen sei. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Mitglieder des Fachvereins zur Auflösung zu Gunsten des Verbandes sämmtlicher in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter?“ referirte Kollege Reckner. Derselbe legte den Mitgliedern Zweck und Ziel des neu gegründeten Verbandes klar; es sei Pflicht auch unseres Vereins, sich zu Gunsten desselben aufzulösen, da kleine Branchenorganisationen unter heutigen Verhältnissen nicht mehr existenzfähig seien. Lebhafter Beifall folgte diesem Vortrag. Unter „Verschiedenem“ wurde beantragt, zur endgiltigen Beschlußfassung über Auflösung des Vereins eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen; dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Alsdann machte der Vorsitzende auf das am 2. Mai in Feuerstein's Salon stattfindende letzte Stiftungsfest aufmerksam, zu welchem Billets zur Ausgabe gelangten.

Der Verein der Wäschebranche hielt am 22. April seine Mitgliederversammlung ab. Zur Tagesordnung stand ein Vortrag des Herrn Dr. Christeller über Bäder. An der Diskussion betheiligten sich die Herren Zemke, Koopmann, Hergt, Frau Hoffstetten und Herr Grashold. Zu Verschiedenem wurde um rege Agitation angeregt, sowie der Wunsch laut, die nächste Versammlung auf einen Sonntag anzuberaumen und ein gemüthliches Beisammensein nachher stattfinden zu lassen. (Näheres hierüber stehe nächstens im Vorwärts.) Ferner machte der Kassirer bekannt, daß sich die Zahlstellen des Vereins bei Herrn H. Grashold, Pallisadenstr. 59, Herrn E. Rahnführer, Neue Königstr. 11, Herrn Franz Riemeier, Weberstr. 19, befinden. Ebenso werden täglich Beiträge entgegengenommen und Mitglieder aufgenommen beim Kassirer Herrn G. Koopmann, Wollinerstr. 69, II. Nachdem noch Herr Hergt auf unsere Maifeier aufmerksam machte, welche am 2. Mai Abends 8½ Uhr bei Böhow stattfindet, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Fachverein der Berliner Stuckateure und Berufsgenossen hielt am 20. April eine gut besuchte Generalversammlung ab.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Kollege als Mitglied aufgenommen. Die Abrechnung vom vierten Quartal stellt sich wie folgt zusammen: Einnahme inkl. Bestand vom vorigen Quartal 829,83 M., Ausgaben 157,27 M., mithin bleibt ein Bestand von 172,56 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassirer die Decharge ertheilt. An diese Abrechnung knüpfte Kollege Osw. Daske eine übersichtliche Zusammenstellung der Gesammteinnahmen und Ausgaben der vier Quartale; zugenommen hat die Zahl der Mitglieder während dieser Zeit um 156. Hierauf berichtete der Vorsitzende: In 19 Versammlungen wurden 8 wissenschaftliche und 3 gewerkschaftliche Vorträge, sowie eine Vorlesung gehalten. Kollege Brachvogel erstattete den Bericht über die Thätigkeit des Arbeitsnachweises, und sodann Kollege Otto Hoffmann über die abgehaltenen Vergnügen. Den Rechtsschutz haben zwei Kollegen in Anspruch genommen. Aus der Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen gingen hervor: A. Marker, I. Vorsitzender; M. Müller, II. Vorsitzender; Cohn, I. Schriftführer und Lüpke, II. Schriftführer. Rückmann ist auf ein weiteres Jahr als Kassirer wiedergewählt. Zu Revisoren sind die Kollegen Osw. Daske, Meyer, Osk. Bahr und Fritsche berufen. Zur Verwaltung im Arbeitsnachweis die Kollegen Ernst Schroeder, Karl Wolfert, Schmidt, Nitschke, Rich. Schulz und Doemel und endlich zur Rechtsschutz-Kommission die Kollegen Meißner, Kietz und Ulm.

Die Verwaltung der Bibliothek wurde auf Empfehlung des Vorsitzenden wiederum dem Kollegen Jänike übertragen, da derselbe bisher zur Zufriedenheit sein Amt geführt hat. Zur Stütze des Vergnügungskomitees haben sich die Kollegen Wolfert, Reinhardt und Fritsche freiwillig gemeldet. Nachdem noch bekannt gegeben, daß Billets zur Maifeier von den Komitee-Mitgliedern in Empfang genommen werden können, ferner an das Pflichtgefühl der Kollegen appellirt, sich dem Beschlusse der letzten Versammlung unterzuordnen, wonach jeder Kollege, der am 1. Mai arbeitet, 1 M. mindestens zum wohlthätigen Zweck zu opfern hat, Listen hierzu liegen im Arbeitsnachweis bei Marzahn aus, wurde die Versammlung geschlossen.

Oeffentliche Versammlung aller in Buchbindereien und verw. Gewerben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Freitag, den 1. Mai, Abends 8½ Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75 (großer Saal). Am Schluß gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Um recht rege Betheiligung bittet der Einberufer.

Oeffentliche Versammlung der in der Schuhwaaren-Branche beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter, Fabrikarbeiter, Handarbeiter, Stepper und Stepperinnen, Zuschneider, Vorrichter. Tagesordnung: Zweck der Mai-Demonstration. Referent: Hermann Krause. 2. Diskussion. Die Versammlung findet in Hoffmann's Festsälen, Oranienstr. 180, statt.

Männer-Gesangverein „Unverzagt“, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes Moabit, tagt Wilsnackerstr. 63, Moabiter Kasino, bei Jlges.

Lese- und Diskussionsklubs. Donnerstag. „Freiheit“, Abends 8 Uhr, Naunynstr. 86 bei Zubeil. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. — Verein „Volksbildung“ (Männer und Frauen) Abends 9 Uhr, im Restaurant Nürnberg, Schönhauser Allee 28. — Lese- und Diskussionsklub „Wach Auf“ Nachm. 3 Uhr, in der Gr. Frankfurterstr. 99, „Frankfurter Bierhallen“. „Wahrheit, Markusstr. 31. — „Aufklärung“, Abends 8½ Uhr, in Heindorfs Restaurant, Sangestr. 70. Gäste willkommen. — „Helne“ in Rixdorf, Ecke Kaiserdeck- und Hermannstraße, Restaurant Beyler. Gäste willkommen. — „Neue Zeit“, 8½ Uhr, Boyenstr. 40. Gäste haben Zutritt. — „Süd-Ost“, 8½ Uhr bei Tollsdorf, Görlitzerstr. 68. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. — Lese- und Diskussionsklub „Fester Wille“, Abends 8½ Uhr, bei Schulz, Gartenstr. 70. Gäste durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend, **Donnerstag** Abends 9 Uhr, Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. — „Seeger'scher Gesangverein“, Blumenstraße 46 bei Wenck. Uebungsstunde von 9 bis 11 Uhr. — Gesangverein „Einigkeit“ (Hunmacher), Linienstraße 73 bei Roth. — Gesangverein „Edelweiß“, Melchiorstraße 16 bei Stehmann. — Gesangverein „Echo 2“, Alte Schönhauserstraße Nr. 43 bei Reimann. — Gesangverein „Frühlingsluft“, Flottwellstraße 5 bei Bartels. — Männerchor „St. Urban“, Annenstraße 9 bei Prey. — Männergesangverein „Borat“, Admiralstr. 38 bei Büloff. — Gesangverein „Kornblume“, Blumenstr. 54 bei Wuttke. — Gesangverein „Hand in Hand“, Skalitzerstr. 143 bei Greiser. — Gesangverein „Unverzagt“ bei Küster, Köpenickerstraße 137a. — Gesangverein „Dorfglöckchen“ Deutsch-Wilmersdorf, Berlinerstr. 49 bei Pietsch. — Gesangverein des „Tischlerverbandes“ in Steglitz, Restaurant Hildebrand. — Arbeiter-Gesangverein „Harmonie“, Tempelhof, Dorfstr. 10 bei Gerth. — Gesangverein „Weiße Rose“, Reinickendorf, Residenz- und Holländerstraßen-Ecke bei Caro. — Arbeiter-Gesangverein „Morgenroth“, Rummelsburg, Göthestraße 9 bei Konrath. — Gesangverein „Bretzelschluß“ in Sahm's Klubhaus, Annenstraße Nr. 16. — Musik- und Gesangverein „Firmitas“, Adalbertstr. 8 bei Schneider. — Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“, Lindenstr. 106, bei Poppe. — Gesangverein „Amicitia“, Adlershof Bismarckstraße bei Albrecht. — Gesangverein „Euphonia“, Restaurant Bieck, Köpenickerstraße 68.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Skatklub „Rückwärts“, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Doberke, Pallisadenstraße 47.

Lübeck'scher Turnverein, Männer-Abtheilung, Abends 8—10 Uhr, Elisabethstr. 57—58, Königstädt. Gymnasium. — Turnverein „Osten“, Lehrlings-Abtheilung, Abends 8½—10 Uhr, Blumenstr. 63a. — Berliner Turngenossenschaft, 1. Lehrlings-Abtheilung, Abends 8½—10½ Uhr, im Lessing-Theater, Dankstr. 9—10.

Männer-Gesangverein „Crescendo“, Abends 9 Uhr, bei Körting, Gneisenaustraße 68. — Offenbacher Sängerkranz“, Uebungsstunde von 9—11 im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45. Gäste willkommen. — Verein „Zick Zack“, Sitzung mit Damen 8 Uhr in Krösches Gesellschaftshaus, Fichtestraße Nr. 29. — Geselliger Verein „Regina“, Sitzung mit Damen, Abends 8½ Uhr, in den Sulzenstädt. Bierhallen, Alte Jakobstr. Nr. 89. — Geselliger Club „Blauveilchen“, Abends 9 Uhr bei Förtsch, Stallschreiberstr. 60 — Pfropfenverein „Wedding“, Abends 8½ Uhr bei A. Engel, Müller- und Antonstraßen-Ecke. — Vergnügungsverein „Caprice“, Abends 9 Uhr, Sitzung mit Damen im „Marienbad“, Badstr. 35—36, Saal 1 Tr. — Vergnügungsverein „Veilchen“, 8½ Uhr, Sitzung mit Damen bei Lüloff, Admiralstraße 38. Gäste willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 98. Gemeindeschule, Abends 9 Uhr, im Gesellschaftshause „Ostend“, Rüdersdorferstr. 45. — Privattheater-Gesellschaft „Hoffnung“, Abends 8½ Uhr, im Klubhaus, Ohmgasse 2. Gäste willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 23. Gemeindeschule. Sitzung, Abends 8½ Uhr, bei Saeger, Grüner Weg 29. Gäste willkommen. — Verein ehemaliger Schüler der 22. Gemeindeschule bei Schröder, Steglitzerstr. 19, Gäste willkommen. — Tambourverein „Jungfernkranz“, Weidenweg 12.

Rauchklub „Dezimal-Waage“, Abends 9 Uhr bei Jnsinger, Krautstraße 48. — Rauchklub „Fernspitze“, Abends 8½ Uhr bei A. Böhl, Rüdersdorferstr. 9. — Rauchklub „Collegia“, Abends 9 Uhr, in Spengler's Wirthshaus, Skalitzerstr. 41. — Rauchklub „Vorwärts“, Abends 9 Uhr, bei Tempel, Breslauerstr. 27.

Stand der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. **Donnerstag.** Geselliger Verein „Blau Veilchen“, 9 Uhr im Restaurant Louisenhof, Stallschreiberstr. 60. — Vergnügungsverein „Schneeglöckchen“, 9 Uhr im Restaurant Birk, Strausbergerstr. 3. — Privat-Theater-Gesellschaft „Fidelio“, 9½ Uhr im Restaurant Gaillard, Prinzenstr. 87.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Wattenscheid, 29. April. Die Belegschaften der Zechen „Ver. Holland“ und „Centrum“ halten morgen um 9 Uhr eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: Bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Der vor sechs Tagen verhaftete Bergarbeiter-Delegirte Werdelmann wurde heute in Freiheit gesetzt.

Köln, 29. April. Aus Essen wird der „Kölnischen Volkszeitung“ gemeldet: Das hiesige Gefängniß ist angefüllt mit auswärts verhafteten Bergleuten. Der Ausstand im hiesigen Revier ist fast beendet. Im gesammten Streikgebiet sind heute 16 193 Mann auf 37 Zechen ausständig (gestern 20 000 auf 46).

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Essen a. d. Ruhr, 29. April. Die „Rhein.-Westfäl. Ztg.“ beziffert die Zahl der heute früh noch ausständigen Bergarbeiter auf 9500 und fügt hinzu, daß Nachmittag der Ausstand weiter nachgelassen habe.

Karlsruhe, 29. April. Die von den sozialdemokratischen Wahlvereinen in Karlsruhe und Mühlberg für Sonntag Nachmittag geplanten Aufzüge nach benachbarten Ortschaften sind polizeilich verboten worden.

Paris, 29. April. Mit Rücksicht auf etwa für den 1. Mai geplante Arbeiterkundgebungen wurden die Gewehrhändler polizeilicherseits aufgefordert, die in ihrem Besitze befindliche Munition in Sicherheit zu bringen und ihre Läden zu schließen. Ebenso sind die Händler mit alten Chassepotgewehren, Bajonetten und dergleichen mehr aufgefordert worden, dieselben in sicheren Gewahrsam zu bringen.

Tulle, 29. April. Ein Erlaß der Verwaltung der hiesigen Staats-Waffenfabrik untersagt den darin beschäftigten Arbeitern bei Strafe der Entlassung jedes Feiern am 1. Mai.

Briefkasten der Redaktion.

E. S., Wrangelstr. 111. Gregy wurde im Jahre 1864 in einem Keller am Oranienplatz ermordet.

W., Heimstraße. Der „Sozialdemokrat“ in London ist mit dem Fall des Sozialistengesetzes eingegangen.

A. R. 1000. Deutschland hat einen Flächeninhalt von 540 496,74 Quadratkilometer.

A. M—z. Ihr Gedicht ist für uns leider nicht verwendbar.

Grosse öffentliche

Müller-Versammlung mit Frauen

am Freitag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr,

in den Frankfurter Bierhallen (Ernst Krüger), **Gr. Frankfurterstr. 99.**

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Hübsch. Thema dem Tage angemessen.
2. Diskussion. 607b

Nach Schluß der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**

Gäste willkommen. **Das Agitations-Comité.**

Zur Feier des 1. Mai!

Oeffentliche Versammlung der Graveure u. Ciseleure mit Frauen

am Freitag, den 1. Mai, bei Schmiedel, Alte Jakobstr. 32.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Herr Sievers. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 609b

Nach der Versammlung findet **gemüthliches Beisammensein** statt.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Arbeitsmarkt.

Tüchtig. **Barockvergolder,** der auch guter Versilberer sein muß, verlangt Kottbuser Ufer 32. 549b

Schrifthauer,

tüchtig in Granit u. Marmor, werden für **dauernd** lohnende Beschäftigung verlangt von 614b

W. Sipperling, Blücherst. 1.

Gen. 2Stub., Küche z. 1. Mai resp. Juni b. z. v. Neue Hochstr. 45, Seitenfl. 1 Tr.

Freundl. Schlafst. Alte Jakobstr. 89, H. 3 Tr. b. Hoffmann. 610b

Schlafstelle für Schuhmacher z. Arb. Waldemarstr. 30, v. K. b. Oranienl. [620b

Möbl. Schlafst. z. verm. Lausitzerstraße 40, v. 3 Tr. Hage. 611b

2 Schlafstellen bei Krüger, Linienstraße 144, Hof 3 Tr. 608b

1 Schlafst. b. Busch, Adalbertstr. 72, [618b

Eine **Marquise** zu verk. bei Restaur. **Werner,** Dresdenerstr. 58. 603b

70 cm. breit. Atlas in allen Farben, bester Qualität, Met. v. 3 M. an. **Kochmann,** Alte Jakobstr. 86.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 99. Donnerstag, den 30. April 1891. 8. Jahrg.

Versammlungen.

Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen hielten am 27. d. M. eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Die Neuorganisation der Textilarbeiter und Arbeiterinnen“ nahm zunächst der Vorsitzende, Herr Schuster, das Wort, um in kurzen Zügen die Nothwendigkeit einer Neuorganisation der Textilarbeiter und Arbeiterinnen in Form einer Zentralorganisation zu erörtern, die bestimmt ist, die überaus traurige Lage der Textilarbeiter nach Möglichkeit aufzubessern und der Ausbeutung der Kapitalisten einen Damm entgegenzusetzen. Der letzte Kongreß hat sich bereits mit der Organisationsfrage befaßt und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die bisherigen Lokalorganisationen nicht genügen im Kampfe gegen das Kapital, und hat demzufolge die Zentralorganisation über ganz Deutschland beschlossen. Auch ist von ihm der wöchentliche Beitrag pro Mitglied auf 10 Pf. festgesetzt worden. Redner befürwortete die Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung des Statuts. Auch Herr Hoffmann gab seiner Meinung Ausdruck, daß schleunigst zur Konstituirung der neuen Organisation geschritten werden müsse, da in der Provinz schon mit Sehnsucht darauf gewartet werde, um Gelegenheit zu haben, sich dem Verbande anzuschließen. Verschiedentlich wurde hervorgehoben, daß der festgesetzte Beitrag von 10 Pf. pro Woche für die Textilarbeiter vielfach hoch erscheinen werde, doch wurde allseitig anerkannt, daß der Verband größerer Geldmittel dringend bedürfe, um etwas leisten zu können. Nach einer weiteren zustimmenden Diskussion schritt die Versammlung zur Erledigung des dritten Punktes der Tagesordnung: „Wahl eines Verbandsvorstandes“. Der Vorsitzende befürwortete die Zusammensetzung des Verbandsvorstandes aus den vier Branchen: Weber, Wirker, Sticker und Posamentirer, da die sonstigen Textilbranchen bisher noch kein Lebenszeichen von sich gegeben haben. Dagegen wurde von anderer Seite hervorgehoben, daß auf die einzelnen Branchen keine Rücksicht zu nehmen sei, sondern lediglich Personen in den Vorstand gewählt werden möchten, welche die erforderlichen Fähigkeiten dazu besitzen. Der Vorstand wurde nachdem wie folgt zusammengesetzt: Herr Petersdorf, er er Vorsitzender; Fräulein Budgerei, zweite Vorsitzende; Herr Hertig, erster Schriftführer; Fräulein Schulz, zweite Schriftführerin; Herr Treue, Kassirer. Der neugewählte Vorstand wird die Ausarbeitung des Verbandsstatuts übernehmen und die sonstigen Maßnahmen veranlassen. — Die Maifeier betreffend wurde bekannt gegeben, daß am 8. Mai ein Ausflug nach Bernau beschlossen worden ist und wurde zu recht reger Theilnahme aufgefordert. Die Bernauer Genossen haben große Vorbereitungen getroffen. Die Abfahrt findet am Sonntag, den 3. Mai, Morgens 7 Uhr, vom Stettiner Bahnhofe aus statt. Wie Herr Lehmann bekannt gab, sind von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Marken eingetroffen und er forderte zur regsten Entnahme auf. Desgleichen werden von der Agitationskommission Marken zur Ausgabe gelangen, deren Ertrag zu einem Reservefonds bestimmt ist und in Berlin verbleibt. Nachdem noch das Abonnement auf den „Textilarbeiter“ und die „Arbeiterin“ dringend empfohlen worden war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Gedeihen des neu gegründeten Zentralverbandes der Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands geschlossen.

Die Metallschleifer hielten am Montag Abend eine öffentliche Versammlung unter Vorsitz des Kollegen Nimetscheck ab. Kollege Schwarz legt in längeren Ausführungen den Nutzen des Anschlusses der Metallschleifer an den allgemeinen Metallarbeiter-Verein klar. Durch die Auflösung des Fachvereins aber mache es sich nothwendig, analog den Beschlüssen des Provinzial-Kongresses, einen Vertrauensmann zu wählen, welcher mit den vom Kongreß dafür bestimmten Arbeiten zu betrauen ist.

Hierauf wird Kollege Nimetscheck einstimmig zum Vertrauensmann gewählt.

Unter Verschiedenem wird zunächst über die Beisteuerung zum Maifonds gesprochen. Es sind einige Kollegen der Meinung, daß mehr als 50 Pf. Beisteuer nicht aufzubringen seien, wegen der schlechten Geschäftslage. Hiergegen wenden sich Poppe, Knüppel und Andere, meinen, daß die Beschlüsse der öffentlichen Versammlungen nicht so ohne Weiteres umgestoßen werden dürften und fordern die Kollegen auf, nach Möglichkeit diese Beschlüsse hoch zu halten und ein Viertel bis ein Drittel des Arbeitsverdienstes zu steuern.

Der Vorsitzende fordert die Kollegen auf, bei dem bevorstehenden Uebertritt in den allgemeinen Provinzial-Metallarbeiter-Verband alle Kräfte aufzubieten, um noch indifferente Kollegen mit heranzuziehen.

Kollege Knüppel bringt hierauf ein drastisches Beispiel von Gesinnungswechsel. Der Kolonnenführer Wohler bei der Firma Ludwig Löwe, welcher vor längeren Jahren (1875) aus der Landeskirche ausgetreten ist, geht trotzdem bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, mit Banner und Fahnen zur Garnisonkirche.

Es wird hierauf noch von mehreren Kollegen zu zahlreicher Betheiligung an der Maifeier am Freitag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schneider, Adalbertstr. 8, aufgefordert und die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Eine General-Versammlung des Fachvereins der Former, welche sich mit der Auflösung des Vereins beschäftigte, tagte am 20. März. Die Auflösung und der gleichzeitige Uebertritt in die neugegründete Vereinigung, Verband der Eisen- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend, empfahl Kollege Körsten. An der Diskussion betheiligten sich Kollege Dinse, welcher für Branchen-Zentralisation sprach, aber mit seiner Meinung nicht durchdrang; die Kollegen Stobsack, Tauschel und Paegel, welche den Standpunkt des Referenten vertraten. Im Schlußwort forderte Kollege Körsten auf, kräftig für den neuen Verein zu agitiren und in den Verein überzutreten, um durch den neuen Verein beweisen zu können, daß wir Former wie bisher an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen. Folgende Resolution fand dann einstimmige Annahme: Die General-Versammlung des Fachvereins der Former ist voll und ganz mit dem Referenten einverstanden. Die Versammlung sieht ein, daß in kleinen Fachvereinen es nicht möglich ist, etwas zu erreichen, um gegen das geschlossene Unternehmerthum den Kampf aufzunehmen. Alle heute hier Versammelten beschließen, den Fachverein der Former aufzulösen, und sich sofort dem lokalen Zentralverband der Metall- und Eisenarbeiter anzuschließen. Sodann brachte der Kassirer die Abrechnung vom Stiftungsfest, welche für richtig befunden wurde. Es wurde aber ein Mitglied vom Vergnügungs-Komitee, Eugen Schnarchendorf, laut Versammlungsbeschluß ausgestoßen. Nachdem dann noch eine aus sieben Kollegen bestehende Liquidationskommission gewählt worden, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den neuen Verein die letzte Fachvereins-Versammlung.

Der Fachverein für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter hielt am 20. April cr. seine letzte Generalversammlung ab. Zunächst stattete der Kassirer Bericht vom ersten Quartal ab. Darnach standen der Einnahme von 293,58 M. eine Ausgabe von 218,68 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 74,90 M. verblieb. Die Richtigkeit der Angaben wurde von den Revisoren bestätigt. Bei der Besprechung der Auflösung des Vereins waren alle Mitglieder darin einig, daß unter den jetzigen Verhältnissen eine Fachorganisation nicht mehr zeitgemäß sei, und es wurde einstimmig der Antrag den Verein vom 4. Mai ab für aufgelöst zu erklären, angenommen. Von diesem Zeitpunkte ab tritt zur Regelung der bis dahin noch nicht erledigten Angelegenheiten des Vereins eine Liquidationskommission von 8 Mann in Funktion. In diese Kommission wurden gewählt die Kollegen Unverfährt, Bäthge, Röde, Katzke, Kanaschäfsky, Jung, Weich und Herbst. Unter Verschiedenem wurde noch auf das am 2. Mai bei Lips stattfindende letzte Stiftungsfest (siehe Annonze) hingewiesen und die Kollegen ersucht, sich zahlreich daran zu betheiligen, der Ueberschuß wird dem „Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter“ überwiesen. Es werden alle Personen, welche glauben, noch Reste an den Verein zu haben, aufgefordert, sich bis 10. Mai spätestens an den Obmann vorgenannter Kommission, Carl Unverfärth, Naunynstraße 28, zu wenden und dort ihre vermeintlichen Rechte geltend zu machen. Alle Diejenigen, welche noch Pflichten gegen den Verein zu erfüllen haben, werden aufgefordert, ihnen bis zum 4. Mai Sonnabend von 8—10 Uhr und Sonntag von 10—12 Uhr Vormittags bei Gründel, Dresdenerstr. 116, und Anklamerstr. 49 im Restaurant, spätestens aber bis 10. Mai bei den Mitgliedern der Liquidations-Kommission nachzukommen. Etwaige Gelder sind an Kollegen Herbst, Ritterstr. 116, zu entrichten. Die Kollegen, welche der Bibliothek Bücher mit etwaigem Vorbehalt geschenkt resp. geborgt haben, werden ersucht, sich bis zu oben genanntem Zeitpunkt zu erklären, ob diese Bücher mit in den Verband überführt werden dürfen, oder ob sie dieselben zurückverlangen.

Die Berliner Portiers und verwandten Berufsgenossen hielten am Montag, den 27. April unter dem Vorsitz des Kollegen Kaßler eine öffentliche Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt der Genosse Klein einen längeren Vortrag über Organisation, in welchem er neben der gewerkschaftlichen auch die politische Organisation empfahl. Besonders den versammelten Portiers und verwandten Berufsgenossen legte er dringend ans Herz, endlich einmal ihren Indifferentismus fahren zu lassen und sich voll und ganz auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stellen. (Beifall und Widerspruch.)

Eine Resolution, durch welche die Versammlung dem Referenten zustimmte, wurde angenommen.

Der Vorsitzende Kollege Kaßler führte hierauf folgendes aus: Trotzdem in Berlin augenblicklich schon zwei Vereinigungen von Portiers und verwandten Berufsgenossen bestehen, nämlich sowohl ein Verein wie ein Verband Berliner Portiers und Berufsgenossen, können sich alle zielbewußten Kollegen dennoch keiner dieser beiden Vereinigungen anschließen, da dieselben nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Es ist aber dringend nothwendig, daß sich die Portiers ebenfalls auf die Seite der Arbeiter stellen, da gerade sie häufig die niedrigsten und schmutzigsten Arbeiten verrichten müssen und der Willkür ebenso machtlos gegenüberstehen wie jeder Handarbeiter. Ein aus 6 Personen bestehendes Komitee hat deshalb den Beschluß gefaßt, eine „Freie Vereinigung sämmtlicher Berliner Portiers und verwandten Berufsgenossen“ zu gründen, deren Zweck es sein soll die materielle und sittliche Lage unseres Standes nach Möglichkeit zu bessern und zu heben. Dieser neue Verein wird sich der modernen Arbeiterbewegung voll und ganz anschließen und die Ausbildung seiner Mitglieder nicht nur auf gewerkschaftlichem sondern auch ganz besonders auf politischem Gebiete anstreben. Jeder zielbewußte Kollege möge sich dieser Vereinigung anschließen.

Die hierauf folgende Diskussion war eine außerordentlich lebhafte, da sehr viele Mitglieder der beiden bereits bestehenden Vereinigungen anwesend waren und sich die größte Mühe gaben, das Vorgehen dieser zu rechtfertigen. Es nahmen Theil an der Diskussion die Kollegen Marosch, Schuß, Falkenthal, Rennthaler, Grauer, Liebig, Brugelli, Bierzel, Taufrold und mehrere andere. Besonders die Kollegen Marosch und Brugelli bekämpften die Gründung der neuen Vereinigung hart und sprachen wiederholt die Ansicht aus, daß eine Vereinigung der Portiers und Berufsgenossen mit der modernen Arbeiterbewegung nichts zu thun habe und sich von Politik entschieden fernhalten müsse. In ihrem Sinne sprachen noch mehrere Kollegen. Die Sprecher wurden aber durch die Kollegen Rennthaler, Grauer und Kaßler gründlich widerlegt; Kollege Kaßler kritisirte in drastischen Ausführungen scharf die Zustände der beiden bereits bestehenden Vereinigungen und las ferner einige Paragraphen aus dem Statut einer dritten Vereinigung vor, die eine allgemeine Heiterkeit hervorriefen. Ein Paragraph bestimmte unter anderem, daß von den Einnahmen zwei Viertel in das Vermögen des Vereins, ein Viertel in das Vermögen des Vorsitzenden übergehe und das letzte Viertel gleichmäßig unter die Vorstandsmitglieder vertheilt werde; ein anderer Paragraph giebt dem Vorsitzenden das Recht, Aenderungen des Statuts auf eigene Faust vornehmen zu dürfen u. s. w.

Es wurde nun aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt, Listen anzulegen, damit sich diejenigen Kollegen, welche der neu zu gründenden Vereinigung beitreten wollten, eintragen könnten. Der Antrag wurde angenommen, und ungefähr die Hälfte der Versammelten zeichneten ihren Namen ein.

Zur Ausarbeitung eines Statuts wurde sodann eine Kommission von 7 Mitgliedern eingesetzt und in dieselbe gewählt die Kollegen Violenni, Schult, Schäfer, Kaßler, Rennthaler, Falkenthal und Grauer.

Nachdem noch bekannt gemacht war, daß nach 14 Tagen eine zweite öffentliche Versammlung einberufen werde, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Allgemeine Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend hielt am 21. d. M. unter Vorsitz des Kollegen Kurgas eine Versammlung ab, in der Herr Henning über: „Blicke in Natur- und Menschenleben“ sprach. In der Diskussion stellte Kollege Unger eine Frage an den Referenten. — Kollege Unger geißelte noch scharf das Benehmen der bürgerlichen Zeitungen dem Komplott der Metallindustriellen gegenüber. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch bekannt, daß am 27. April die letzte Generalversammlung stattfindet, welche sich mit der Auflösung und Anschluß an den neuen Allgemeinen Metallarbeiter-Verband beschäftigen wird.

Tapezirer. Am 21. April fand eine sehr stark besuchte Generalversammlung des Fachvereins der Tapezirer Berlins statt. Hr. Keßler hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Koalitionsrecht der Arbeiter. An der Diskussion betheiligte sich ein Redner; dann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung der Tapezirer verdammt das Ausbeutungssystem der Unternehmer und will mit allen Mitteln, welche uns zu Gebote stehen, Front dagegen machen. Vor allen Dingen erblicken wir als bestes Mittel dazu eine straffe Organisation und verpflichten uns, alle Mann für Mann dem Fachverein beizutreten, um Schulter an Schulter zur Besserstellung unserer Lage zu kämpfen. Hierauf berichtet Koll. Szielinski als Kassirer über den Stand der Kasse. Kollege Hartig als Revisor bestätigt seine Angaben, und es wird dem Kassirer Decharge ertheilt. Ueber den Stand des Unterstützungsfonds der Werkstätten-Kontrollkommission berichtet Kollege Moskopp. Totalbestand 879,75 Mark. Kollege Freiwald berichtet noch über 3 Fälle, in welchen die Werkstätten-Kontrollkommission Werkstätten-Angelegenheiten zu regeln hatte. Anschließend an diesen Bericht wird auch die Lehrlingsfrage besprochen. Kollege Klotz ersucht die Kollegen aus allen Werkstätten ihm über die Zahl der beschäftigten Lehrlinge Mittheilung zu machen, damit man auch hierüber ein klares Bild habe. Kollege Fricke bemerkt, daß es Werkstellen gebe, wo 4—6 Lehrlinge und nur 1 oder 2 Gehilfen beschäftigt würden und spricht gleichzeitig den Wunsch aus, daß der Vorstand des Fachvereins bei Quartalswechsel Aufrufe im „Vorwärts“ erlassen möchte, worin Eltern und Vormünder über den Stand des Tapezirer-Gewerbes unterrichtet respektive nähere Aufklärung über Werkstätten vom Vorstand erhalten können. Hierauf berichtet der Bibliothekar K. Wenzel. Unter „Verschiedenem“ wird nach längerer Debatte ein Antrag: Wollen wir (der Fachverein) eine Arbeiter-Festdekoration, welche auch zu Festlichkeiten anderer Vereine verliehen werden kann, anschaffen? einstimmig angenommen. Ein Antrag, auf Listen zu Gunsten dieser Festdekoration zu sammeln, wird abgelehnt; dagegen wird beschlossen, ein Vergnügen, von welchem der Ueberschuß zur Anschaffung der Dekoration mitverwandt werden soll, zu veranstalten. Die in voriger Versammlung gewählte Kommission wird beauftragt, die Dekoration noch im Laufe des Sommers anzuschaffen. Zum Schluß erhebt die Versammlung auf Anregung des Kollegen Bister Protest gegen das Vorgehen der Berliner Metallindustriellen.

Ueber Antisemitismus und Sozialdemokratie sprach am Freitag im antisemitischen Volksverein der Reichstags-Abgeordnete Pickenbach. Derselbe kämpfte in dem Theile seiner Rede, in welchem er sich mit dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat befaßte, ähnlich dem vortrefflichen Ritter Don Quixote gegen Windmühlen, gegen Forderungen, die die Sozialdemokraten niemals aufgestellt haben und auch niemals aufstellen werden. So zeigte er sich besonders darüber entrüstet, daß es im sozialdemokratischen Zukunftsstaate Jedermann vorgeschrieben werden solle, was für einen Rock er tragen und was er essen dürfe. Die Sozialdemokraten wollen übrigens nach Herrn Pickenbach deshalb alles Bestehende umstürzen, weil sie nicht wissen, was sie an dessen Stelle setzen wollen.“

In der Diskussion ergriff von sozialdemokratischer Seite der Genosse Buchbinder Feldmann das Wort, um mit Erfolg den Angriffen des Herrn Pickenbach in Betreff der Haltung der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion in Sachen des sogenannten Arbeiterschutz-Gesetzes (besonders der beantragten Aufhebung jeder Kündigungsfrist), in Betreff des Zukunftsstaates u. s. w. entgegenzutreten. Redner betonte mit Recht, daß die Antisemiten dadurch, daß sie sich einseitig gegen das jüdische Kapital wendeten, nur eine Wunde verkleben wollten, während die Sozialdemokratie die Beseitigung der Grundursache und damit dauernde Heilung derselben erstrebe.

Friedenau. Am 24. April tagte zu Friedenau eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung für Steglitz und Umgegend. Kollege Blaurock aus Berlin hielt einen Vortrag im Sinne der Lokalorganisation. Nachdem sich mehrere Kollegen ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung der Maurer von Steglitz, Friedenau und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erwartet, daß der von uns gesandte Delegirte auf dem 8. deutschen Maurerkongreß unsere Interessen und Bestrebungen voll und ganz vertritt. Ferner erwartet die Versammlung, daß der Kongreß wie folgt beschließt: 1. Die von der Geschäftsleitung vorgeschlagene Gründung eines Zentral-Verbandes wird verworfen. 2. An dessen Stelle ist die Lokalorganisation und das Vertrauensmänner-System wieder einzuführen und sind diejenigen Orte zu bestimmen, in welchen die Vertrauensmänner zu wählen sind. 3. Wahl derselben liegt den Gewerksgenossen in den bestimmten Orten ob. Die Vertrauensmänner haben in ihren Bezirken die Agitation selbst zu betreiben und der im Kongreß neugewählten Geschäftsleitung Bericht zu erstatten. Als Delegirte für den Kongreß wurde Kollege Fritz Kowald aus Friedenau gewählt; als Revisoren des Generalfonds wurden die Kollegen Müller und Schwericke gewählt.

Die gewerblichen Hilfsarbeiter Schönebergs hatten sich Montag Abend versammelt, um sich von ihren Delegirten Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse des kürzlich stattgehabten Kongresses geben zu lassen. Es mußte leider konstatirt werden, daß die Versammlung äußerst schwach besucht war, der ohnehin nicht sehr große Saal der Schloßbrauerei war noch lange nicht zum dritten Theil gefüllt. Kollege Behrendt gab als Delegirter einen längeren, sehr genauen Bericht über die gesammten Vorgänge und Verhandlungen auf dem Kongreß und erörterte dabei alle einschlagenden Fragen. Länger verweilte Redner bei dem Punkt der Kongreß-Tagesordnung betreffend die Organisationsfrage. Er selbst mißbilligte den gefaßten Beschluß, eine Zentralisation durchzuführen und stellte sich auf den Boden der Lokalorganisation mit Beibehaltung des Vertrauensmänner-Systems. Wie sich jedoch die Kollegen zu dieser Frage verhalten wollen, das will Redner einer neuen öffentlichen Versammlung überlassen wissen, damit sich Jeder über seine Stellungnahme inzwischen klar geworden sein könne. Die öffentliche Versammlung möge dann beschließen, ob es angebracht sein dürfte, in Schöneberg eine Zahlstelle des neuen Verbandes zu errichten; an dem bestehenden Fachverein hingegen werde es liegen, zu beschließen, ob er sich in diesem Falle zu Gunsten des Verbandes auflösen wolle. Auf alle Fälle jedoch müsse mit allen Kräften darauf hingearbeitet werden, daß eine Zersplitterung vermieden werde. In der Diskussion sprachen noch einige Redner zu den Ausführungen des Referenten, ohne jedoch neue Gesichtspunkte oder gegentheilige Ansichten zu äußern. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde sodann die Versammlung geschlossen.

Berichtigung. Herr Sparfeld schreibt uns: In dem in Nr. 96 Ihres Blattes veröffentlichten Versammlungsbericht der öffentlichen Versammlung der Musik-Instrumentenarbeiter und Arbeiterinnen sind verschiedene Unrichtigkeiten enthalten. Es heißt da: „Ein hiesiger Staatsanwalt nennt 12 M. einen Hungerlohn“. Ich habe dies nicht gesagt, da mir derartiges gar nicht bekannt ist. Ich führte vielmehr aus, daß die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten in Berlin angenommen haben, eine Arbeiterin verdiene per Woche 9 M., mithin falle dieselbe in die zweite Lohnklasse, daß aber 9 M. nur von einer ganz verschwindend kleinen Zahl von Arbeiterinnen erreicht werden und zehntausende große Freude haben würden, wenn es eine Anstalt gäbe, die ihnen Sonnabends den Fehlbetrag auszahlen könnte. Löhne von 3 und 4 M. per Woche sind nicht außergewöhnlich und wohl die Hälfte der Arbeiterinnen verdienen nicht mehr; ferner ist es Aufgabe der Agitationskommission, den Gedanken der Organisation der Arbeiter überall in Deutschland zu verbreiten, wo nur Musikinstrumente fabrizirt werden und nicht nur für Berlin eine Arbeiterinnen-Organisation in der Branche zu gründen, was nicht einmal nöthig und die als Branchenverein auch aus lokalen Gründen unmöglich ist.

Gr. Volksversammlung
für Männer und Frauen

am **Freitag,** den 1. Mai cr., Abends 8 Uhr,
im „Feenpalast", St. Wolfgangstr., gegenüber der Börse.

Tages-Ordnung:
1. Der 1. Mai und seine Bedeutung für das Proletariat. Ref. **Albert Auerbach.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 332/1

NB. Der **V. Wahlkreis** begeht die

Mai-Feier

am **3. Mai** im „Moabiter Schützenhaus" in Plötzensee mit **Konzert** u. **Volksbelustigungen** aller Art bei freiem Entree.

Sammelpunkt: „Brauerei Königstadt" Mittags 12½ Uhr, Abmarsch präzise 1 Uhr.

Um zahlreiche Betheiligung an der Volksversammlung und Maifeier bittet Der Vertrauensmann **Carl Gabbert,** Friedrichstr. 131d.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Freitag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr,
im Saale **„Königsbank"**, Gr. Frankfurterstr. 117:

Mai-Feier,

bestehend in
Konzert u. **Gesang,** ausgef. v. Gesangver. „Liederlust", Mitglied des Sängerbundes.

Festrede,
gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Paul Singer.**

Nachdem: **Tanz.**

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Programme à 20 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Lokalen, sowie in den Zahlstellen des Vereins bei den Genossen im Süd-Osten: **Gottfried Schulz,** Admiralstr. 40 (Kottbuser Platz); **F. Zubeil,** Naunynstraße 86 part.; **Karl Scholz,** Wrangelstr. 32 part.; **Benno Stabernack,** Wrangelstr. 65 im Zigarrengeschäft; im Osten: **G. Tempel,** Breslauerstr. 27, Restaurant; **O. Heindorf,** Langestr. 70 part.; **Lock,** Friedrichsbergerstr. 11, Restaurant. — Auch werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen. 339/9

Achtung
Große Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung

am **Freitag,** den 1. Mai, Abends 8 Uhr, bei Orschel, Sebastianstr. 39.
Thema: Der Achtstundentag in der Bekleidungs-Industrie. Referent: Der Delegirte des Pariser Kongresses: **L. Pfeiffer.**

Sonntag, den 3. Mai:
Maifeier der Berliner Schneider und Schneiderinnen
bei **Möwes, Fichtestraße Nr. 29.**

Treffpunkt: Nachmittags 2 Uhr, bei **Gründel,** Dresdenerstraße 116.
Allseitiges Erscheinen ist dringend nöthig. Es ladet freundlichst ein
276/7 **Die Agitations-Kommission.**

Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen!
Große öffentliche Versammlung
und
Arbeiter-Maifeier

unter Mitwirkung des Gesangvereins **„Deutsche Eiche"**
am Sonnabend, den 2. Mai, Abends präzise 8 Uhr,
im Elysium, Landsberger Allee 39—41.

Tagesordnung: Der achtstündige Normalarbeitstag und seine Bedeutung. Referent: Herr **M. Otto.** Hierauf: **Tanz-Kränzchen.**

Die „Arbeiter-Festzeitung" wird am Saal-Eingang gratis abgegeben und findet daselbst nur Tellersammlung statt.
444b **Die Kommission.**

Rixdorf!
Freitag, den 1. Mai:

Gr. Volksversammlung

bei **Niesegk.**

Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiter.
Referent: **Wilhelm Werner.**

Sonntag, den 3. Mai 1891,
in den Lokalen der Herren **Niesegk** und **Barta:**

Grosse Maifeier
für Rixdorf, Britz und Umgegend

unter Mitwirkung der Arbeiter-Sänger-Vereinigung von Rixdorf.
(8 Gesangvereine.)

Alle Gewerkschaften und Vereine werden gebeten, im Interesse der Sache von einer eigenen Feier Abstand zu nehmen. 335/20

Näheres die Programme. Eintrittskarten zur Maifeier sind für beide Lokale giltig. **Die Beauftragten.**

Charlottenburg!
Große öffentliche Versammlung

am Freitag, d. 1. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokale „Bismarckshöhe".

Tagesordnung: 362/10
Die Bedeutung des Achtstundentages. Verschiedenes.
Entree 10 Pf. **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Pankow! Achtung!
Große öffentliche Volksversammlung

am Freitag, den 1. Mai 1891, Abends 8 Uhr,
im Lokale Kaiser Friedrichstr. 50/51 (nahe der Brauerei E. Willner).

Tagesordnung:
1. Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Genosse **Link.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 334/16

Parteigenossen, erscheint recht zahlreich. **Der Vertrauensmann.**

Grosse öffentliche
Volksversammlung
für Männer und Frauen

am **Freitag,** den 1. Mai cr., Abends 7½ Uhr,
im „Eiskeller", Chausseestr. 88 (hinterer Saal).

Tagesordnung:
Vortrag: „Ueber die Bedeutung des 1. Mai". Referent
Wilhelm Liebknecht.
Nach der Versammlung: **Gesellige Unterhaltung.**

Freie Vereinigung der Kaufleute.
Mai-Feier!

Am 3. Mai: Kremserpartie nach Saatwinkel
mit Damen

(nicht **Herrenpartie,** wie infolge Druckfehlers gestern gesagt).
Abfahrt: Nachm. **präzise** 2 Uhr vom Oranienburger Thor. Anmeldungen erbeten bis Sonnabend früh an **A. Laasch,** Solmsstr. 16, II.

Zentral-Halle
im Stadtbahnbogen unter Bahnhof Börse
(am Zwirngraben).
Verkauf von Lebensmitteln aller Art.
Billigste Bezugsquelle von frischem
Fleisch und Wurst etc.
Alle Waaren, die bis 5 Uhr nicht verkauft, werden von da ab zu den denkbar billigsten Preisen
verauktionirt.
Halles Centrales Börse. [520 L

Ausverkauf der Damen-Mäntelfabrik
M. Lohrmann,
Müllerstraße 4, Ecke Schulzendorferstraße

nach beendetem Engros-Geschäft ca. 2400 hochelegant ff. i. m. Werkstätten nach neuesten Modellen gefertigte Regenmäntel, Paletots, Jaquets, Fichus, Umhänge 2c. **zu sehr billigen** aber festen Preisen. 1128

Unterlasse jede weitere Anpreisung und verweise a. d. guten Ruf meiner langjährig best. Firma a. d. lobenden Referenzen d. Berl. Zeitungen über m. Geschäft.

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14
Die schönsten [588L
Kinder-Kleider
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröcke, Unterröcke, Trikottaillen u. Blousen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14
Geschäftshaus S. Heine.

Steppdecken!!
größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefèvres Fabrik,**
Berlin, Oranienstr. 158. [277 L
1 Posten **Schlafdecken** m. kleinen Flecken, reinw.
Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Sophabezüge-Reste
unter Kostenpreis. Fabrik von **Hille,** Zimmerstr. 86, Hof part. 516L.

Rester-Handlung.
Billige Rester zu Knaben-Anzügen von 1 M. an, sowie zu großen Anzügen von 6 M. an bis zum feinsten Kammgarn, sowie Rester zu Regen- und Sommermänteln, Sammt, Seide, Plüsch, Atlas (alle Besatz-Artikel), Trikot zu Taillen, alle Farben; auf Wunsch Alles **zugeschnitten,** auch **angefertigt,** empf. **Karle, Waldemarstr. 66, part.**

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren
604 L empfiehlt
Julius Apelt,
Sebastian-Straße Nr. 27—28.
Sol. Arbeit. Prompte Bedien. Bill. Pr.

Rohtabak **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Lacke'schen Markt. [746

L. Förster & O. Delcourt, [452]
Klempnerei,
Wienerstraße Nr. 28, II. Hof.
Wir empfehlen uns zur Ausführung aller ins Fach einschlagenden Arbeiten.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23,** H. p.

---

2 freundl. Wohnungen, Stube u. Küche m. Wasserl., 50 u. 54 Thlr. sof. z. verm. **Rixdorf,** Prinz Handjerystr. 50.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener **Fabrik.** Gr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Den geehrten Lesern dieses Blattes empfiehlt sich (Handelsfrau) in **Wäsche** jeder Art. **Kleider** nach Maß gegen Theilzahlung, streng reell. Adr. bitte schriftl. an Schuhmacher **Kleinschmidt,** Gitschinerstr. 81, H. I. Keller, einzusenden.

H. Matthées,
Nr. 70. Grüner Weg Nr. 70,
nahe der Koppenstraße.
Spezial-Geschäft 604b
für **Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte, Vogelfutter, Taubenerbsen,** empfiehlt nur beste Waare zu billigen Preisen.
Von 5 Pfund ab Engros-Preise.

Rohtabak
empfiehlt 114b
Rud. Seiffert, Reichenbergerstr. 171.

Im Tuchgeschäft
Oranien-Str. 126. I.
Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots,
sowie **Damenkleider etc.**
Auf Wunsch auch gegen Theilzahlungen. 625 L

Unserem Freunde und Genossen
Max Abraham,
Budikerwirth im Gasthaus „Zur Erholung", Straßburgerstr. 5, zu seinem heutigen Wiegenfeste ein drei Mal donnerndes Hoch, daß die ganze Wirthschaft wackelt. Die Rothen. F. V. D. J. N. Z. O. N. A. L. N. S. C. 647L

Unserem Freund und Genossen, dem Budiker 606b
Max Abraham
ein donnerndes Hoch zu seinem Wiegenfeste. Die Rothen vom Norden.

Unserem Kollegen **C. Prettien** zum 30. Geburtstage ein dreimal donnerndes Hoch. 615b
Vater Harisch ist dot.

Danksagung.
Für die vielfachen Beweise herzlichster Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben unvergeßlichen Sohnes u. Bruders **Karl** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Gesangverein „Nordstern" unsern aufrichtigsten Dank. 612b
Die trauernden Hinterbliebenen:
H. Scharnweber nebst Frau u. Geschw.

Achtung!
Bürsten- und Pinselmacher
Berlins.
Freitag, den 1. Mai,
Abends 8 Uhr,
in Keller's Gesellschaftshaus,
Bergstraße 68:
Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung der Arbeiter-Maifeier. Ref.: Genosse Wartig. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme event. Wahl eines Delegirten zum Apoldaer Kongreß. 4. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
120/10 **Der Einberufer.**

Vereinigung d. deutsch. Maler, Lackirer, Anstreicher 2c.,
Filiale Friedenau.
Sonntag, den 3. Mai cr.,
in Frenkel's Gesellschafts-Haus,
Rheinstraße 14:
Mitgl.-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht.
2. Vortrag des Kollegen **Minkley.**
3. Aufn. neuer Mitglieder u. Versch.

Nach der Versammlung zur Feier der Achtstunden-Bewegung findet ein **Tanzkränzchen** statt bei freiem Entree und verschiedenen Ueberraschungen, wozu ergebenst einladet.
546b **Der Filialen-Vorstand.**

Lese- u. Diskutirklub Fester Wille
Freitag, den 1. Mai 1891:
Ausserordentliche Sitzung.
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. **Der Vorstand.**
644L. J. A.: Ernst Pest.

Mein **Saal,** über 100 Pers. fassend, ist **am 3. Mai** für die Parteigenossen noch zu vergeben. 619b
Restaurant Wedding, **Lindower-straße 26.**

Empfehle allen meinen Freunden und Genossen mein ca. 45 Personen fassendes 681L
Vereinszimmer mit Piano.
Eignet sich auch sehr gut z. Zahlstelle.
E. Mothes, Restaurat.
Gesundbrunnen, Straße 66a Nr. 17.

Vereinszimmer
Mariannenstr. 19. 564b
Sonntag, Montag, Donnerstag noch frei.

Gesellschaftshaus Friedenau,
Rheinstraße 14.
Empfehle meine **Lokalitäten** am **1., 2. und 3. Mai,** sowie fernerhin zur gefälligen Benutzung. Großer **Vor- und Hinter-Garten.** — **Kaffeeküche. Kegelbahnen.** Vereinen und Versammlungen unentgeltlich. 547b
Der Wirth: **Jean Frenkel.**

In Berlin C wird an einer nicht zu schmalen Straße zur Aufführung eines
Neubaues
ein resp. mehrere Grundstücke von zusammen 26—30 m Straßenfront bei 40—45 m Tiefe gegen baare Auszahlung zu kaufen gesucht. 648L
Gefl. Angebote unter Preisangabe werden unter **A. B.** in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-1.

Achtung für Aerzte!
Ein tüchtiger, medizinischer **Arzt,** welcher Lust hat, in einer 10 000 Einwohner zählenden Stadt Schleswig-Holsteins sich eine Existenz zu verschaffen, wird ersucht, betreffs näherer Auskunft, sich baldigst mit dem Unterzeichneten in Verbindung zu setzen.
H. Schulz, Elmshorn, Peterstraße Nr. 11.
645L.

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.